

# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

## 7. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

- Ich abonniere die LN ab sofort / ab Nr. ....
- Ich bestelle LN - Nr. ....
- Ich bestelle Dokumentation Nr. ....
- Ich bestelle Sondernummer .....
- Ich bestelle KIRCHE IN LATEINAMERIKA .....
- Ich bitte um eine Gratisnummer .....
- Ich bestelle ein Geschenkabonnent für .....

(bitte ankreuzen)

\_\_\_\_\_  
(Name)

\_\_\_\_\_  
(Anschrift)

\_\_\_\_\_  
(Datum, Unterschrift)

Jahresabonnent DM 30,-. Vorauszahlung auf das Konto des Komitees "Solidarität mit Chile", Elfriede Kohut, Postscheckkonto Nummer 38 00 87-108, Berlin (W), Kennwort: Neuabo. Bezugsbedingungen für Mehrfachbezieher auf Anfrage.

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN c/o FDCL, Savignyplatz 5  
1 Berlin 12, Tel. (030) 313 50 65

# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 76

## 7. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

November 1979

Solidaritätspreis DM 2,-



## Militärputsch in Bolivien

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

**EL SALVADOR:** NEUER REFORMISMUS? — **BRASIL:** METALLERSTREIK — **CHILE:** COLONIA DIGNIDAD — **BRD** — **ARGENTINIEN:** 20 VON 500 — **VENEZUELA:** MASSENDEMONSTRATION

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>ZU DIESEM HEFT</b> .....	3
<b>I. LESERUMFRAGE</b> .....	4
<b>II. BOLIVIEN</b>	
— Rückkehr der Militärs .....	5
— Vor dem Putsch .....	10
<b>III. EL SALVADOR</b>	
— Militärputsch der Reformisten? .....	15
<b>IV. CHILE</b>	
— Colonia Dignidad .....	20
— Sünde der Ausbeutung .....	24
— Gewerkschafts- und Volksbewegung .....	26
<b>V. ARGENTINIEN — BRD</b>	
— Asyl für Argentinier .....	30
— Solidaritätstreffen .....	32
<b>VI. ARGENTINIEN</b>	
— Bewegung in der Gewerkschaftsszene .....	34
<b>VII. KOLUMBIEN</b>	
— Massenprozesse .....	37
— Briefe politischer Gefangener .....	40
<b>VIII. PERU</b>	
— Verlauf des Lehrerstreiks .....	41
<b>IX. NICARAGUA</b>	
— 10 Thesen zur Revolution .....	45
<b>X. BRASILIEN</b>	
— Relative Pornokratie .....	53
— 400 000 Metaller im Streik .....	60
<b>XI. URUGUAY</b>	
— Drei Jahre Folter .....	65
<b>XII. VENEZUELA</b>	
— Massendemonstration in Caracas .....	68
<b>XIII. GUATEMALA</b>	
— Interview mit Gewerkschaftsführer .....	71

**Impressum:**

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 7 der  
CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich (mindestens 11mal im Jahr)

Redaktionsschluß dieser Nummer: 8. November '79

Abonnementspreis: DM 30,-

Vorauszahlung auf:

Sonderkonto des Chile-Komitees — „Hilfe für Chile“  
PSA Berlin-West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108  
Bankleitzahl 100 100 10; Kennwort: Neu-Abo '79**Adresse:**LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
c/o FDCL  
Savignyplatz 5  
1000 Berlin 12  
Tel. 030/313 50 65**Redaktion:**Redaktionskollektiv  
V.I.S.d.P.: Gisela SommerDer Nachdruck von Artikeln aus den  
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
ist mit Quellenangabe gestattet. Beleg-  
exemplare erbeten.

## ZU DIESEM HEFT

Dem erneuten Militärputsch in Bolivien stellte sich eine breite Front von Massenorganisationen entgegen und erreichte so, daß der Oberst Natusch Busch, der Enkel eines deutschen Einwanderers, Zugeständnisse machen mußte, obwohl er das Regierungsgebäude bereits Tage lang in seiner Gewalt hatte.

Dagegen scheint die breite Oppositionsfront, die gegen die Diktatur Romeros in El Salvador bestanden hatte, unter der neuen Junta bereits zerbrochen zu sein. In Brasilien fanden die seit 15 Jahren mächtigsten Gewerkschaftsstreiks statt. Diese harte Konfrontation macht deutlich, daß die Liberalisierung ihre wirtschaftliche Grenze hat, gegen die die Arbeiter eine Gegenwehr aufzubauen suchen. 400 000 Arbeiter gingen auf die Straße. Ein Führer der Metallarbeiter von der Oppositionsliste 3 wurde erschossen. Wir fragen uns, warum hierüber in der Presse zu gut wie garnichts zu lesen war. Ob es nicht damit etwas zu tun hat, daß deutsche Konzerne ebenfalls sich in Frontstellung zu den Interessen der Arbeiter dort befinden?

Seit zwei Jahren beschäftigt uns die erschreckende Nachricht, daß Deutsche in der Siedlung "colonia dignidad" in Chile ein Folterzentrum unterhalten. Amnesty International publizierte es 1977 und strengte einen Prozeß an, der jetzt wieder an die Öffentlichkeit gelangte. Die Anschuldigung bewahrheitet sich. Es wäre höchste Zeit, daß das Auswärtige Amt von der Botschaft eine Stellungnahme verlangt, die der Siedlung bisher einen "Persilschein" ausstellte.-

Seit 1977 warten wir auf die von der Bundesregierung zugesagte Einreise von 500 politischen Gefangenen aus Argentinien. Viele Aktionen - unter anderem Hungerstreiks - wurden von deutschen Solidaritätskomitees durchgeführt. Angehörige der deutschen Botschaft in Argentinien hatten es nötig, die Gefangenen der Diktatur ausführlichst zu verhören, ja sie zogen sogar beim Geheimdienst der Diktatur Erkundigungen ein.

Steigende Lebenshaltungskosten waren die Folge der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der christdemokratischen Regierung Venezuelas. Seit 20 Jahren erlebte man keinen so breiten Protest, der auch jetzt noch anhält, während in Peru die Unterstützung des 120 Tage andauernden Lehrerstreiks abbröckelte.

Wer fragt nach Kolumbien? Die Repression wird legal. Der internationale Aufschrei gegen Unrecht, der Militärputschen zu folgen pflegt, soll so vorab unterbleiben. Die Regierung versucht durch Restriktion des Verteidigungsrechtes massenweise ihre Opposition zu "verurteilen".

## Endlich: Zur Leserumfrage vom März

In den LN 69 vom März hatten wir unsere Leser in Form einer Umfrage um Mitarbeit bei der Verbesserung der Zeitschrift gebeten. 102 ausgefüllte Fragebögen erhielten wir zurück - das ist ein recht gutes Ergebnis, und wir müssen uns bei allen Einsendern entschuldigen, daß wir bis jetzt mit keinem Wort über die Ergebnisse der Umfrage berichtet haben. Das lag u.a. auch daran, daß wir die Diskussion über das Konzept der Lateinamerika-Nachrichten und ggfs. auch über ihre inhaltliche Umstrukturierung immer vor uns hergeschoben haben. Jetzt wollen wir aber Nägel mit Köpfen machen; ein Wochenendtreffen der Redaktion im Dezember soll ganz dieser Diskussion vorbehalten sein. Im folgenden wollen wir kurz die wichtigsten Probleme benennen, die uns anhand der Umfrage klar geworden sind, und Sie/Each bitten, uns in den nächsten Wochen zu dem einen oder anderen Problem zu schreiben:

- Artikel über Kuba, die anderen karibischen Länder sowie über Mittelamerika und Mexiko (wohl außer Nicaragua) werden von vielen Einsendern vermißt. Ganz offensichtlich überfordert uns der Anspruch, der sich mit der Umbenennung in Lateinamerika-Nachrichten ergab, etwas, aber andererseits fänden wir es sowieso gut, wenn wir mehr Beiträge von unseren Lesern erhielten. Wer also Interesse hat, mit uns gerade über eines der genannten Länder zusammenzuarbeiten, sollte uns 'mal schreiben.
  - Es gab relativ viele Klagen über Unverständlichkeit, Abkürzungsmanie, Abstraktionsniveau usw. An vielen Stellen beruht die Schwerverständlichkeit einfach auf einer Nachlässigkeit unsererseits beim Schreiben der Artikel, und wir werden unser Bestes tun, hier Abhilfe zu schaffen. Wenn wir jedoch -wie von einigen Lesern verlangt - häufiger analytische Artikel zu oft komplexen Problemen bringen sollen, stellt sich die Frage, ob diese immer allgemeinverständlich sein müssen oder ob sie in Einzelfällen auch so geschrieben sein können, daß sie sich von vornherein nur an einen Teil unserer Leser wenden.
  - Viele Einsender hätten gerne mehr Analysen bestimmter Probleme. Wir haben in den letzten Nummern häufiger als früher analytische Artikel gebracht (etwa zu Multis in Brasilien, Entwicklung des mexikanischen Ölsektors und des Verhältnisses von Ölboom und Landwirtschaft in Mexiko) - Wäre es wünschenswert, diesen analytischen Teil stärker auszubauen und dafür die aktuelle Länderinformation weniger ausführlich zu gestalten (etwa: Artikel nur zu den wichtigsten Ereignissen, sonst Stichwortinformation), oder sollen wir etwa gar den aktuellen Teil noch weiter vervollständigen?
  - Einige Leser wünschten sich mehr Bilder; wir hörten auch den Wunsch, der Übersichtlichkeithalber unsere Artikel 1 1/2 zeilig zu schreiben. Seit der Umfrage haben wir die Zahl der Bilder noch stark reduziert, um den Preis der LN halten zu können. Es wäre für uns interessant zu erfahren, ob viele unserer Leser bereit sind, einen höheren Preis für optisch entsprechend besser aufgemachte (und vielleicht auch anschaulichere) Hefte zu zahlen. So viel zur Umfrage. Wir haben uns entschieden, keine statistische Zusammenfassung der Ergebnisse zu veröffentlichen, da diese sowieso nicht repräsentativ sind (102 Leser von insgesamt über 2000) und es uns ja von vornherein in erster Linie um Kritik und Anregungen und nicht um "Daten" ging. Interessant ist vielleicht, daß mehr als die Hälfte der Einsender die LN als Basis für eigene Arbeit (Unterricht, Quelle für eigene Artikel usw.) verwenden, sie also nicht nur "konsumieren".
- Wir hoffen auf viel Post in den nächsten Wochen und versprechen, ausführlich über unser Wochenendtreffen zu berichten.

## BOLIVIEN

### Die Rückkehr der Militärs

Knapp 84 Tage, nachdem die bolivianischen Militärs die Macht an einen Zivilisten abgegeben hatten, wurde der Regierungspalast in La Paz erneut von Panzern umzingelt, um den Rücktritt des Interimspräsidenten Walter Guevara Arce und die erneute Machtübergabe an die Militärs zu erzwingen.

Der extrem rechte Flügel der Armee putschte, unter der Führung des Oberst Alberto Natusch Busch, um die Macht an sich zu reißen und dem Demokratisierungsprozeß ein Ende zu setzen.

Die Putschisten stießen auf sehr starken Widerstand seitens der Bevölkerung, der politischen Parteien, der Gewerkschaften, der Kirche und sogar seitens einiger Offiziere der Armee. Sie stießen auch auf die Ablehnung der meisten gewählten Regierungen Lateinamerikas und der Carter-Administration.

Angesichts des geschlossenen Widerstandes wurde seitens der Putschisten eine Kompromißlösung vorgeschlagen, welche die Einsetzung einer Junta mit Einbeziehung eines Parlamentariers vorsieht.

### Panzer sollen rollen

In den Morgenstunden des Donnerstags, den 1.11.79 besetzten die Einheiten der Offiziersschule "Gualberto Villarroel", mit Unterstützung der Panzerregimenter "Ingavi" und "Tarapacá", die strategisch wichtigen Punkte im Regierungssitz La Paz. Unmittelbar danach fuhr der Anführer der Putschisten Oberst Alberto Natusch B. zum Präsidentenpalast und ließ durch den staatlichen Rundfunk einen Kommuniqué verlesen, in dem er den Interimspräsidenten Walter Guevara A. beschuldigte, einen Staatsstreich geplant zu haben, um seinen auf ein Jahr befristetes Mandat auf zwei Jahre zu verlängern und das erst im Juli gewählte Parlament aufzulösen. Ferner erklärte er, daß er mit der Unterstützung der Mehrheit des Parlamentes handelte, und daß Mitglieder des Parlaments in seiner Regierung wichtige Kabinettsposten bekleiden würden.

Nachdem die aufständischen Heeresseinheiten den Präsidentenpalast und das Innenministerium umzingelt und besetzt hatten, erschien der Luftwaffengeneral J. Pereda A., der im Juli 1978 durch einen Putsch an die Macht gekommen war, und sicherte Natusch B. seine Unterstützung zu. Pereda versprach gleichzeitig die Unterstützung der Luftwaffe für die Putschisten, welche schon den internationalen Flughafen von La Paz besetzt hielt.

Auch der Ex-Diktator General Hugo Banzer S., gegen den Pereda geputscht hatte und dessen Landwirtschaftsminister der 47 jährige Natusch B. gewesen war, sicherte dem Putschoberst seine Unterstützung und die seiner Partei der "Demokratischen" Nationalistischen Union (ADN) zu.

Noch am selben Morgen wurde ein Kommuniqué bekanntgegeben, in dem zwei der wichtigsten Führer der größten bürgerlichen Partei des Landes, der Nationalistischen Revolutionären Bewegung (MNR), Jose Fellman V. und Guillermo Bedregal ihre Unterstützung für Natusch B. bekannt gaben.



Einheiten der Militärpolizei vor dem Regierungspalast

### Der Widerstand wird organisiert

Das noch amtierende Parlament rief zu einer Sondersitzung für den selben Tag auf, zu der die 25 Parlamentarier der Partei von Banzer nicht erschienen. Viele der Parlamentarier der linken Parteien waren bereits im Untergrund, so daß sich nur 77 der 144 Parlamentsmitglieder im Kongress befanden. Diese verurteilten einstimmig den Putsch und bestätigten die Regierung von W. Guevara A. als die rechtmäßige Exekutive des Landes.

Die wichtigsten Parteien der größten politischen Front des Landes, der Demokratischen Volkseinheit (UDP), MIR (Bewegung der Revolutionären Linken), MNRI (linke Nationalistische Revolutionäre Bewegung) und die PCB (Kommunistische Partei Boliviens) waren schon im Untergrund, um den Widerstand gegen die neuen Machthaber zu organisieren. Gleichfalls tauchten W. Guevara A. und die meisten Mitglieder seines Kabinetts unter, und arbeiteten weiter als die rechtmäßige Regierung.

Der frühere Präsident (Nov. 78-Aug. 79) und spätere Befehlshaber der Streitkräfte unter Guevara A., General David Padilla A., der von Natusch B. abgesetzt wurde, ließ durchblicken, daß er loyal zu dem gestürzten Präsidenten stehe und verurteilte gleichzeitig den Putsch. Unmittelbar danach wurde Padilla unter Hausarrest gestellt.

Über die Haltung von anderen bekannten Offizieren und wichtigen Garnisonen gab es widersprüchliche Berichte. Einige Garnisonen wie die im Department Beni und Cochabamba sollen sich gleich den Putschisten angeschlossen haben, während andere die Ereignisse abwarteten. Die Generalstabsschule soll sich gegen Natusch B. gestellt haben.

Noch am Donnerstag rief die Bolivianische Gewerkschaftszentrale (COB) zu einem 24-stündigen Streik auf, um die demokratischen Rechte des Volkes zu verteidigen. Am selben Tag wurden alle Geschäfte und Fabriken geschlossen, so daß das öffentliche und ökonomische Leben im ganzen Land gelähmt wurde.

Studenten und Arbeiter gingen auf die Straßen, um gegen die neuen Machthaber zu protestieren. Sie wurden von den mit Panzern anrückenden Militärs auseinandergetrieben, wobei sogar Flugzeuge der Luftwaffe auf die Demonstranten schossen. Am ersten Tag soll es bei diesen Konfrontationen über 10 Tote und mehrere Verwundete gegeben haben.

Die politischen Parteien, die sich gegen die Putschisten stellten, alle Organisationen welche in der COB vereint sind, die wichtigsten Bauernorganisationen und andere Interessenvertretungen der Bevölkerung schlossen sich im "Komitee zur Verteidigung der Demokratie" zusammen, um den Widerstand gegen die neue Diktatur zu organisieren.

Dieses antifaschistische Komitee rief angesichts der Unnachgiebigkeit von Natusch B. zum unbefristeten Generalstreik auf, welcher auch von der gesamten arbeitenden Bevölkerung befolgt wurde.

Angesichts des wachsenden Widerstandes gegen seine Regierung ließ Natusch B. den Ausnahmezustand verhängen und löste das Parlament auf. Gleichzeitig erklärte er, daß "der gegen seine Regierung gerichtete Widerstand von ausländischen Söldnern angezettelt wurde, um die Demokratisierung in Bolivien zu verhindern."

Einen Tag nach dem Putsch erklärte der Führer des MNR, Victor Paz E. daß seine Partei den Putsch verurteile, und daß die Mitglieder seiner Partei, die an der neuen Regierung teilnahmen, aus der Partei ausgeschlossen würden. Trotz dieser Erklärung von VPE wurden am selben Tag mehrere wichtige Mitglieder des MNR als Minister beim ersten Kabinett von Natusch B. vereidigt. Der enge Vertraute von VPE und zweite Mann des MNR, Guillermo Bedregal, wurde zum Außenminister ernannt. Unmittelbar nach seiner Vereidigung gab er eine Erklärung ab, wobei er betonte, "daß die Regierung von Natusch B. sich in einer tragischen Situation befindet, da sie ihre demokratischen Absichten mit einer harten Repression gegen die Gegner dieser Regierung verbinden muß." Weiterhin gab er bekannt, daß die Ideologie des Regimes demokratisch und fortschrittlich, mit großem Respekt vor den Menschenrechten sei.

Währenddessen erlebten die demonstrierenden Arbeiter und Studenten in La Paz und Cochabamba, wie diese Regierung die Menschenrechte verteidigen wollte. Auf den Straßen von La Paz fanden zahlreiche Konfrontationen zwischen der Armee und den Demonstranten statt, wobei 40 Menschen den Tod fanden und mehrere verwundet wurden. Nach Berichten aus La Paz soll Natusch B. selbst in einem der Panzer gesessen haben, die das Feuer auf die Demonstranten eröffnet hatten.

## Die Putschregierung kann sich nicht stabilisieren

Am dritten Tag nach dem Putsch zeigte Natusch B. eine gewisse Bereitschaft, mit den oppositionellen Kräften über eine Lösung zu verhandeln, und schickte einen Abgesandten zu der Sitzung des Parlaments, welches im Gebäude der COB tagte. Als das Parlament die Bedingung stellte, daß Natusch B. zurücktreten und die Armee sich in die Kasernen zurückziehen sollte, wurden die Verhandlungen abgebrochen, und bald darauf besetzte die Armee das Gebäude der COB und verwestete es.

Der Widerstand breitete sich aus. Einige der führenden Offiziere der Armee wie der Ex-Innenminister Oberst Lopez Leyton, der Ex-Planungsminister Oberst Gari Prado und mehrere Offiziere der Polizei, stellten sich öffentlich gegen die Putschisten. Konfrontiert mit der Gefahr einer Spaltung innerhalb der Armee verhängte der Mächtigerndiktator das Kriegsrecht, setzte die Verfassung außer Kraft und drohte allen Beamten und Staatsangestellten mit Anklagen wegen Landesverrat, falls sie nicht zur Arbeit erschienen.



Der neue Staatschef Boliviens, Walter Guevara Arce, am Tag seiner Amtseinführung mit seinem Vorgänger, General Padilla

Trotz der zahlreichen Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und der Verstärkung der in La Paz stationierten Einheiten, gelang es den Putschisten nicht, den Widerstand der Bevölkerung zu brechen. Der Generalstreik wurde weiterhin mit wenigen Ausnahmen durchgeführt.

Währenddessen war die internationale Isolierung der putschenden Militärs zu einer sehr ernstesten Gefahr für diese geworden, da keine Regierung in Amerika sie anerkannt hatte, und die USA sogar mit der Einstellung der Militär- und Wirtschafts-Hilfe gedroht hatten.

Die schon katastrophale Wirtschaftslage verschlechterte sich zunehmend durch den Generalstreik und angeblich reichten die Devisenreserven des Landes nur noch für den Importbedarf von drei Tagen.

Am 5. Tag nach seiner Machtübernahme versuchte Natusch B. die Flucht nach vorn und ließ alle Offiziere die sich gegen ihn stellten wissen, daß er sie erschießen lassen würde, falls sie weiterhin gegen ihn seien. Dazu wurden zahlreiche Hausdurchsuchungen bei oppositionellen Politikern und Militärs vorgenommen. Eine straffe Zensur für Rundfunk und Presse wurde verhängt, und alle telefonischen und telegrafischen Verbindungen mit dem Ausland wurden unterbrochen.

Die Rundfunksender, die nicht in staatlicher Hand sind, stellten aus Protest ihre Sendungen ein; einige Zeitungen stellten ihr Erscheinen ein.

Die letzten Meldungen, die vor der Zensur nach Europa gelangten, sprachen von schweren Kämpfen in La Paz, und gaben die Zahl von 100 Toten und zahlreichen Verwundeten an.

## Die vorläufige Niederlage der Putschisten

Acht Tage nach dem Putsch und nach ebensovielen Tagen des Generalstreiks zeigten sich schon die ersten Anzeichen der Schwächung der Position von Natusch B.

Die Putschisten sahen sich gezwungen, den Kriegszustand und die Zensur aufzuheben, die Verfassung wieder in Kraft treten zu lassen, und dem Parlament einen Vorschlag zur Lösung der Krise vorzulegen.

Am Donnerstag den 8.11. trat das Parlament in La Paz zusammen, um über den Vorschlag von Natusch B. zu beraten. Der Putschist schlug vor, eine Regierungsjunta zu bilden, in der ein Vertreter des Parlaments (möglicherweise die Kongreß-Präsidentin Lidia Gueiler) und er, Natusch B. selbst, Mitglieder sein sollen. Diese Junta soll die Präsidentschaftswahlen für nächstes Jahr organisieren und das Land zurück zur Demokratie führen.

Am selben Tag gab der langjährige Führer der COB und ehemalige Parteifreund von Lidia Gueiler, Juan Lechin O. bekannt, daß die COB den Streik für beendet erklärt hatte.

Mit den Maßnahmen, die Natusch B. zuletzt unternommen hat, läßt sich jedoch die politische Krise nicht lösen, und wir können damit rechnen, daß es auch in den nächsten Tagen mehrere Veränderungen in der politischen Entwicklung Boliviens geben wird. Eines kann man jedoch schon sagen: Aus der momentanen Kraftprobe ist die bolivianische Arbeiterbewegung und mit ihr die revolutionären Kräfte vorläufig gestärkt hervorgegangen.

Die extreme Rechte innerhalb und außerhalb der Armee ist jedoch noch nicht besiegt worden, so daß mit einem erneuten Aufstand in den nächsten Monaten gerechnet werden muß.

## Die vier entscheidenden Wochen vor dem Putsch

Schon kurz nach der Wahl von WGA zum Interimspräsidenten für ein Jahr am 8.8.79 wurden die ersten Weichen für den Militärputsch vom 1.11.79 gestellt. Als der Senator für Cochabamba und Bündnispartner von Victor Paz E., Führer der Allianz der Nationalistischen Revolutionären Bewegung (AMNR) gewählt wurde, (siehe LN 75) ahnte man schon, daß eine so schwache Regierung den Präsidentschaftsträumen einiger Offiziere Flügel verleihen würde.

Der Interimspräsident versprach ein "apolitisches Kabinett" zu bilden, um die Unterstützung der beiden größten politischen Fronten im Parlament, der linken Demokratischen Volkseinheit (UDP) und der rechten Allianz der Nationalistischen Revolutionären Bewegung (AMNR) für seine Regierung zu garantieren.

Dieses "apolitische Kabinett" erfüllte zwar die Bedingungen, daß die Mehrheit des Parlaments es nicht ablehnte, war aber, da es keine politische Unterstützung der im Parlament vertretenen Parteien hatte, fast handlungsunfähig.

Guevara hatte als Interimspräsident zwei Hauptaufgaben zu erfüllen, einerseits sollte seine Regierung die Geschäfte der Exekutive bis August 1980 führen, andererseits sollte sie die Präsidentschaftswahlen im Mai 1980 durchführen.

Dabei blieb unklar, wie die katastrophale wirtschaftliche Lage des Landes gelöst werden sollte. Schon bald nach seiner ersten Kabinettsbildung stellte Guevara fest, was die linken Kräfte Boliviens Monate zuvor ausgesprochen hatten: nämlich, die Notwendigkeit tiefgreifende ökonomische Maßnahmen zu treffen, damit das Land vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch gerettet wird.

Guevara sah die Notwendigkeit wirtschaftliche Maßnahmen zu treffen, wollte aber, treu seiner Ideologie, die größte Last der Sanierung der Wirtschaft auf die Schultern der Arbeiter und Bauern Boliviens laden. Diese Meinung wurde auch von der AMNR des Ex-Präsidenten Victor Paz E. geteilt.

Angesichts des Organisationsgrades der bolivianischen Arbeiterklasse und der sicherlich geschlossenen Opposition gegen diese Maßnahmen seitens der Bevölkerung, mußte die Regierung versuchen die Unterstützung der UDP, oder mindestens eines Teiles davon zu erhalten, um die Arbeiter zu besänftigen.

### Der Versuch, die UDP zu spalten

Um diese Unterstützung zu erreichen wurde ab September ein starker Druck auf Sektoren der UDP ausgeübt, die wegen ihrer ideologischen Schwäche ziemlich schnell nachgeben würden. WGA ruft die Mitglieder der zwei größten Parteien des Landes, die in der UDP arbeitende Linke Nationalistische Revolutionäre Bewegung (MNRI) unter Führung von H. Siles Zuazo und die in der AMNR federführende Nationalistische Revolutionäre Bewegung (MNR) unter der Führung von Victor Paz E. auf, sich an der Regierung zu beteiligen, damit diese endlich handlungsfähig würde.

Der MNR ließ seine Bereitschaft zum Mitregieren erkennen, dagegen stellte sich der UDP und mit ihm H. Siles Zuazo katégorisch gegen eine Regierungsbeteiligung mit dem MNR.

Aber die Angebote von Posten im Kabinett fielen nicht auf taube Ohren und schon stellte sich innerhalb des MNRI eine Gruppe von "Opportunisten" auf die Seite von Guevara A. und verlangte die Teilnahme des MNRI an der Regierung. Gleichzeitig begann eine Gruppe von wichtigen Funktionären des MNR von VPE unter Führung von José Fellman V. und Guillermo Bedregal eine Offensive um den MNR und den MNRI zu vereinigen damit dieser "wiedervereinigte MNR" mit WGA mitregieren konnte. Obwohl H. Siles Z. alles unternahm um die parlamentarische Fraktion seiner Partei davon abzuhalten, mit dem AMNR im Parlament einen Pakt zu schließen, mußte er zusehen, wie der zweite Mann seiner Partei, Abel Ayoroa Argandona nach heftigen Attacken gegen die anderen Parteien der UDP und speziell gegen die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) und gegen die Kommunistische Partei (PCB), sich auf die Seite der Reaktion stellte und die UDP zu spalten versuchte. Mehrere Mitglieder des MNRI und die Bewegung der Nationalen Linken (MIN) wechselten zum AMNR über. Damit verfügte VPE über eine absolute Mehrheit im Parlament, mit der er die Regierung WGA und die Opposition unter Druck setzen konnte. Mit dieser Mehrheit wurden dann die Mitglieder des Obersten Gerichts gewählt, wobei alle zu der Partei von VPE gehören.

Parallel zu dieser "parlamentarischen Offensive" wurde eine Kampagne initiiert, um Unsicherheit und Angst in der Bevölkerung zu schaffen. In mehreren Städten explodierten Sprengkörper, die Tochter eines der reichsten Männer Boliviens wurde angeblich entführt. Diese Entführung wurde dann von der reaktionären Presse als ein Akt der "Links-Extremisten" bezeichnet. Die Reaktion benützte auch die Beschuldigungen, die im Parlament gegen den Ex-Diktator General Hugo Banzer S. gemacht wurden, um innerhalb der Armee Unsicherheit und Angst hervorzurufen und um eine Solidarisierung der Offiziere mit dem angeklagten General herbeizuführen. (Siehe LN 75)

### Ein »Probe-Putsch«

Diese Kampagne gipfelte am 11. 10. in einem Aufstand der Garnison im Departament Beni. Die aufständischen Militärs verlangten die Schließung des Parlaments, die Absetzung von WGA und die Einsetzung eines Militärs als neuen Präsidenten Boliviens. Nachdem sich keine andere Garnison für die Putschisten aussprach, brach der Aufstand zusammen.

Nach Berichten aus Bolivien befand sich General Hugo Banzer S. im Departament Beni als der Aufstand stattfand und konferierte dort mit den aufständischen Militärs, die mit dem Abgesandten aus dem Armeehauptquartier in La Paz verhandelten. Wie das Oberkommando der Armee bekanntgab, war dieser Abgesandte Oberst Alberto Natusch B. der zu diesem Zweck gesandt wurde, da er ein persönlicher Freund der führenden Offiziere im Beni war.

Die aufständischen Militärs wurden vom Oberkommando der Armee in Schutz genommen, mit der Behauptung ihr Handeln sei durch ihren Patriotismus und durch die Verteidigung der Ehre der Armee bestimmt gewesen, da die Armee in letzter Zeit im Parlament ständig ausgegriffen worden war.

Obwohl politische Beobachter in Bolivien schon Mitte Oktober über einen bevorstehenden Putsch sprachen, konnten sich WGA und der Oberkommandierende der Streitkräfte General David Padilla nicht entschließen gegen die Putschisten, die schon identifiziert worden waren, vorzugehen.



PUTSCHTRIO: General H. Banzer (21.8.71) General J. Pereda A. (21.7.78)  
Oberst A. Natusch B. (1.11.79) v. l.

Walter Guevara A. hoffte noch mit der Unterstützung der Mehrheit der Parlamentarier sein Mandat auf zwei Jahre zu verlängern, um wie er sagte "die wirtschaftlichen Problemen des Landes in konsequenter Weise lösen zu können." Er baute auf die Unterstützung großer Teile der Offiziere die dem MNR und somit Victor Paz E. nahestehen.

Uns fehlen zur Zeit noch die genauen Informationen, um die Entstehung der "Unheiligen Allianz", die den Aufstand von Oberst A. Natusch B. politisch unterstützte, zu erklären.

Vorläufig können wir sagen, daß es sich um einen Putsch handelte, bei dem sich Vertreter der extremen Rechten wie es Natusch, Pereda und Banzer sind, Vertreter der sogenannten "demokratischen Mitte-Rechts" Partei von Victor Paz E. wie Guillermo Bedregal und Jose Fellman V. und die Opportunisten aus der MNRI wie Abel Ayoroa A. und Edil Sandoval Moron handelt. Die letzten vier, allesamt Mitglieder des Parlaments, sind die wichtigsten Zivilisten, die den Putsch politisch unterstützten.

## Zur Person von Alberto Natusch Busch

Noch ist es schwierig, Alberto Natusch Busch, den Anführer des neuerlichen blutigen Militärputschs, endgültig zu charakterisieren und politisch einzuschätzen. Er ist jedoch auf der politischen Bühne Boliviens kein Unbekannter, und seine militärische und politische Karriere lassen einige Rückschlüsse zu. Unmittelbar nach der gewaltsamen Einnahme des Regierungspalastes in La Paz versuchte er sich als Retter der Demokratie darzustellen und erklärte, er bilde eine Regierung der "Nationalistischen Linken". Andererseits hatte er sich selbst unlängst rechts vom ultrakonservativen Ex-Diktator Banzer eingeordnet, eine Selbsteinschätzung, für die einiges spricht.

Der 47 jährige Oberst ist Enkel eines Deutschen aus dem Tiefland - Department Beni. Er galt immer als Rüsserst ehrgeizig und schloss die Kurse während seiner Militär-Laufbahn immer als Bester ab. Zunächst war er ein Gegner Banzers und galt als einer der massgeblichen Offiziere der "Generacionales", einer politisch heterogenen Gruppe von Offizieren, die sich Anfang der 70 Jahre gegen die Generalität um Banzer stellten. A. Natusch B. gilt jetzt als ein Offizier der harten Linie und wird zu den Vertrauten von Ex-Diktator Banzer gerechnet. Der Stimmungswandel Natuschs wurde von Banzer selbst eingeleitet, indem er ihn 1973 ins Kabinett berief und ihm das Landwirtschaftsministerium übertrug. Vollkommen neutralisieren und unter seine Kontrolle bringen wollte ihn Banzer, als er ihm bei einer Kabinettsreform 1974 das zusammengelegte Superministerium Landwirtschaft und Bauernfragen übertrug. Damit waren er und der mit ihm ins Kabinett gekommene Pereda Asbún Schlüsselminister, die schon damals als mögliche Erben des Militär-Regimes zur Diskussion standen.

Nachdem Pereda 1978 auserkoren wurde, zunächst auf parlamentarische Spielart einen Anlauf zu unternehmen, musste ANB auf eine spätere Gelegenheit warten. Es mag auch eine Rolle gespielt haben, dass ANB inzwischen reichlich Whisky und Kokain konsumiert und wegen seiner impulsiven Art als irrationaler und nicht sonderlich taktischer Politiker in der Konstitutionalisierungsphase nicht die richtige Karte war. Mit der Ablösung Banzers 1978 ernannte ihn sein Rivale Pereda zum Kommandeur der Militärakademie in La Paz. Diese Schlüsselstellung nutzte ANB, um die Durchsetzung seiner politischen Ambitionen vorzubereiten. Generalprobe der Vorbereitungen war der Putschversuch im Beni vom 11. Oktober, an dem neben ANB auch Banzer beteiligt war. Mit dem Hochverratsprozess, der gegen Banzer eingeleitet wurde, musste ANB befürchten, dass auch ihm illegale Aktivitäten aus seiner Amtszeit vorgeworfen werden. Unter seine Verantwortung fielen die Kreditvergabepraktiken, die zur Illiquidität der Agrarbank (-LN 71) führten. Das Institut für Kolonisation unterstand ihm; dort wurde nicht nur die Landvergabe an Militärs durchgeführt, sondern auch die Pläne für die Ansiedlung von weissen Rassisten aus dem südlichen Afrika entwickelt. Ausserdem war er durch den Militär-Bauern-Pakt (-LN 73) für Unterdrückungsmassnahmen gegen die Bauern direkt verantwortlich.

Quellen: Pressemeldungen, Sonderkorrespondent

## Zur Person von Walter Guevara Arze

Mit Regierungstätigkeit aus dem Untergrund nimmt der gestürzte Präsident Walter Guevara Arze eine weitere Spielart von politischer Aktivität in seine Sammlung auf. Er regierte im Präsidentenpalast zwar nur 3 Monate, spielt aber als Politiker seit über 3 Jahrzehnten fast ununterbrochen mit bei der bolivianischen Politik.

Als einer der Mitbegründer und Ideologen des MNR (Nationalrevolutionäre Bewegung) war er 1952 einer der Führer der Revolution und Außenminister der ersten Regierung von Paz Estenssoro. Bereits 1953 veranlasste er einen deutlichen Rechtsrutsch der Partei und unterband die Volksmobilisierung. Nach 3 Jahren als Botschafter in Paris wollte er sich ab 1958 als Innenminister unter Siles Zuazo zum künftigen Präsidenten aufbauen. In seine Verantwortung fiel auch die z.T. brutale Unterdrückung faschistischer Terrorakte, vor allem in Santa Cruz, wo diese heute noch politisch hochgespielt werden. Die Ambitionen W. Guevara Arzes vereitelte der Parteiführer Paz E., der selbst 1960 das Amt anstrebte und Lechin O. als Vertreter des linken Flügels zum Vize auswählte. Unmittelbar darauf leitete WGA die erste Parteispaltung ein (PRA, authentische revolutionäre Partei), weil ihm die linken Kräfte in der Partei zu stark geworden waren. Nach öffentlichen Anschuldigungen gegen Paz E. ging er nach Chile ins Exil.

Die Militärdiktatur von General Rene Barrientos O. (Nov.64-Apr.69) bekämpfte WGA zunächst, zog aber 1966 gemeinsam mit Barrientos in den Wahlkampf und wurde 67 sein Außenminister. Bereits ab 68 vertrat er Bolivien als Botschafter bei den VN während der Regierungen von Barrientos, Siles Salinas, Ovando, Torres und Banzer. 1971 verteidigte er sogar den blutigen Putsch des Diktators Banzer gegen Vorwürfe Cubas und rechtfertigte den "Kampf gegen Anarchie und Kommunismus in Bolivien". 1973, nach seiner Rückkehr, reihte er sich dann in die Opposition gegen Banzer ein und musste wegen seines aktiven Eintretens gegen den Gas-Vertrag mit Brasilien das Land verlassen. Mit der Amnestie 1978 kehrte er aus Cailien zurück und ging mit Paz E. ein Wahlbündnis ein, ohne jedoch seine Partei wieder mit der seines einstigen Mitstreiters Paz E. zu vereinigen. Trotz der Wiederannäherung der beiden Politiker bedeutete der Kompromiß vom 8. August, der WGA den Präsidentenstuhl - wenn auch nur kurz - sicherte, für den 68jährigen nach 19 Jahren eine späte Genugtuung gegenüber Paz E.

Quellen: Coyuntura, Sonderkorrespondent

## EL SALVADOR

### Militärputsch der Reformisten?

Nach drei Wochen unter der neuen Junta beginnt sich allmählich herauszukristallisieren, aus welchen Kreisen die Mitglieder der Junta stammen, wer die Drahtzieher waren und worin die Strategie der neuen Machthaber besteht.

Dennoch ist für die Bevölkerung und die Massenorganisationen wohl noch nicht klar absehbar, wie die Antwort auf die neue Situation auszusehen hat.

Im Folgenden soll daher versucht werden, die Hintergründe des Putsches, wie sie sich aus unserer Warte darstellen, näher zu beleuchten und einige Fragen aufzuwerfen, die sich für die Arbeit der linken Basisgruppen stellen.

#### Die Notwendigkeit des Putsches

Für die USA war es eindeutig, daß nach dem Erfolg der Sandinisten in Nicaragua El Salvador der nächste Krisenherd sein würde, wo eine ähnliche Volksbewegung gegen die diktatorische Gewalt Herrschaft möglich erschien.

In Nicaragua hatte sich gezeigt, daß es nicht damit getan war, auf Gewalt und Einschüchterung zu setzen, daß vielmehr die Bevölkerung auf blutige Repressionen, Gefangennahmen, Folterungen usw. mit einer verstärkten Mobilisierung gegen das bestehende Militärregime reagierte.

Außerdem hatte der Erfolg von Nicaragua den Guerilla-Gruppen und den linken Massenbewegungen neuen Auftrieb gegeben: die Zahl der Überfälle, Geiselnahmen, Besetzungen usw. häuften sich. Auch gab es erste Anzeichen der Annäherung zwischen den verschiedenen linken Gruppierungen: der "Revolutionäre Volksblock" BPR, die "Vereinigte Volksfront" FAPU und die "Volksliga des 28. Februar" hatten Anfang Oktober erstmals zu einer gemeinsamen Demonstration aufgerufen. Anlaß war die Ermordung von vier Bauernführern. Auch sollen sich drei Guerilla-Organisationen trotz ideologischer Differenzen zu einer gemeinsamen Front von 1500 Kämpfern zusammengeschlossen haben (Süddeutsche Zeitung vom 26.9.79).

Andererseits galt es, einem möglichen Putsch der Ultrarechten zuvorzukommen, denen die harte Gangart Präsident Romeros immer noch zu weich war, da es ihm nicht gelang, die kämpfenden Guerillas unter Kontrolle zu bringen oder auch nur aus besetzten Kirchen und Fabriken zu vertreiben.

Um das revolutionäre Potential zu spalten und zu dämpfen, hielten es die USA für notwendig, daß gewisse Minimalforderungen einer parlamentarischen Demokratie gewährleistet werden und daß sich auch die soziale Lage der Bevölkerung verbessert.

Für ein derartiges Reformprogramm erwies sich Romero als zu wenig geschmeidig und zu sehr an die herrschende Clique der "24 Familien" gebunden, die jeden Reformansatz als "kommunistisch" verwarfen. Auch hatte Romero seine Glaubwürdigkeit gegenüber der Bevölkerung, aber auch gegenüber dem Ausland verspielt. Keine Gruppierung ging auf seine Vorschläge einer vorgezogenen Präsidentschaftswahl und andere kleine Zugeständnisse ein.

So suchten die USA nach neuen, unbekanntem Gesichtern, die ideologisch nicht zu sehr vorbelastet waren und denen man ein Reformprogramm eher zutrauen würde. Sie fanden sie in einer Gruppierung junger Offiziere, der "Bewegung der militärischen Jugend", die durch die Ereignisse in Nicaragua nachdenklich geworden war: Somoza und seine Generäle hatten sich rechtzeitig abgesetzt, während das Fußvolk bis zuletzt gegen die sandinistische Übermacht den Kopf hinhalten mußte.

Diesen Militärs fehlte es aber an einem politischen Programm. So griffen sie auf eine Studie mit dem Titel "Demokratischer Ausweg aus El Salvadors Krise" zurück, die Mitarbeiter der jesuitischen Universität UCA erarbeitet hatten und die jetzt als die politische "Bibel" der Junta gilt. (FR 31.10.79)

Die angestrebte Politik liegt auf der Linie der Carter-Regierung und der Trilateralen Kommission (Expertenrunde mit Teilnehmern aus USA, Japan und Westeuropa). Wir gehen deshalb davon aus, daß die Junta die Unterstützung der USA genießt. Die wichtigsten Männer der Junta sind einerseits die Militärs Jaime Abdul Gutierrez und Adolfo Arnoldo Majano, andererseits der Direktor der UCA, Prof. Roman Mayora Quiriz.

### Die ersten Auftritte der Junta

Für das Ausland war zunächst unklar, in welches Lager die neuen politischen Machthaber einzuordnen seien: zum einen begründeten sie ihren Putsch damit, daß Romero nicht mit den linken Guerillos fertig geworden sei und lösten als erste Amtshandlung das Parlament und den Obersten Gerichtshof auf. Letzteres ließ sich auch damit begründen, daß das Parlament durch Wahlbetrug zustande gekommen sei und der Oberste Gerichtshof nicht den Willen des Volkes repräsentiere.



Die Mitglieder der gemischten zivilen und militärischen Junta San Salvadors: Unternehmensvertreter Andino, Oberst Gutierrez, Sozialdemokrat Ungo, Oberst Majano und Christdemokrat und früherer Rektor der Universität Mayorga.

Weiter verhängten sie den Ausnahmezustand über das Land, erließen eine Ausgangssperre und räumten ohne Rücksicht auf Tote und Verwundete besetzte Fabrikgebäude und Ortschaften, wovon Romero immer zurückgeschreckt war. Bei diesen Gefechten starben bereits in den ersten Tagen nach dem Putsch an die 100 Menschen, über 300 wurden verletzt. (TAZ 18.10.79)

Andererseits entließen die Militärs eine Anzahl politischer Gefangener gleich nach ihrer Amtsübernahme und kündigten eine Generalamnestie an. Außerdem versprachen sie die Ausschreibung von Präsidentschaftswahlen für 1980 und von Parlamentswahlen für 1982, die Legalisierung aller politischen Parteien (zunächst außer den Kommunisten), den Schutz des Privateigentums und die Durchführung von Sozial- und Agrarreformen. Schließlich wollen sie gutnachbarliche Beziehungen zu allen Staaten Mittelamerikas erreichen, insbesondere mit Nicaragua, aber auch mit Kuba und dem ehemaligen Kriegsgegner Honduras.

### Reaktion vom Ausland, Kirche und Parteien

So war denn auch die Haltung der meisten ausländischen Regierungen freundlich: die USA, Spanien, Guatemala, Brasilien und viele andere Länder sagten ihre Unterstützung zu; Alfonso Robelo von Nicaragua sprach von einem möglichen Wandel der ungerechten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Struktur. (Infopress)

Bischof Romero rief die Bevölkerung zur Ruhe auf und riet abzuwarten, inwieweit die Junta ihre Ankündigungen wahr machen würde. Allerdings vertrat er gegenüber dem Korrespondenten der "TAZ" die Meinung, daß Gerechtigkeit innerhalb eines kapitalistischen Systems unmöglich sei. (TAZ 22.10.79) Immerhin sind inzwischen Teile der Kirche, die früher ein Zentrum für die Aufnahme verfolgter Revolutionäre bildeten, zur Zusammenarbeit mit der Junta bereit und arbeiten in der Regierung mit.

Auch die etablierten Parteien, die sich 1977 an den Wahlen beteiligt hatten (Christdemokraten PDC, Sozialdemokraten MNR) sind inzwischen in der Regierung vertreten. Ein besonderer Erfolg der Junta ist hierbei die Mitarbeit des Führers des "Salvadorianischen Volksforums", Manuel Ungo. Das Volksforum ist ein Zusammenschluß von Christdemokraten, der rechten nationaldemokratischen Union, der Kommunisten, der Volksligen, des nationalen Gewerkschaftsverbandes und des Einheitsbundes der Arbeiter. Als Folge der Mitarbeit von Ungo sagte auch die Sozialistische Internationale der Junta ihre Unterstützung zu. Auch Ungo ist übrigens Dozent an der Universität der Jesuiten.

Der Kontakt zu den Unternehmern des Landes wird durch den Direktor des Tochterunternehmens eines US-Elektrokonzerns, Mario Andino, gewährleistet, der ebenfalls in die Junta aufgenommen wurde.

Die Junta hat damit erreicht, daß ein erheblicher Teil der Kräfte, die Romero absolut ablehnend gegenüberstanden, mit ihr zusammenarbeiten. Um die Mitarbeit all dieser Gruppen zu erreichen, zeigte sich die Junta zu weiteren Versprechungen bereit: Auflösung aller paramilitärischen Organisationen; Aufhebung der Ausgangssperre und des Ausnahmezustandes (am 25.10. verwirklicht); Ausweisung von 1200 Soldaten, die früher zur Nationalgarde Somozas gehört hatten; Amtsenthebung aller Bürgermeister und Gemeinderäte; Untersuchung der Anklagen der Menschenrechtskommission.

Ihren größten Triumph dürfte die Junta gefeiert haben, als am 2. November 200 000 Menschen den christdemokratischen Präsidenten-

schaftskandidaten von 1972, José Napoleon Duarte empfangen. Er gilt als eine "charismatische Führungspersönlichkeit", auch wenn seine Partei bisher kein klares Programm vorweisen kann.

Es wäre sicherlich voreilig, wollte man aus dieser Massenversammlung schließen, daß die Bevölkerung in ihrer Mehrheit hinter der Junta stünde. Das dringlichste Problem vieler Salvadorianer ist der Verbleib ihrer Vermißten. So ist das "Komitee der Mütter und Familienangehörigen von Gefangenen und Verschwundenen" in einen Hungerstreik getreten, um zu erfahren, wo ihre Angehörigen sich aufhalten. Ein Regierungssprecher erklärte hierzu, in den Gefängnissen gäbe es keine politischen Gefangenen mehr. Hieraus ergeben sich drei Möglichkeiten: entweder sind alle vermißten Gefangenen unter Romero getötet worden, sie befinden sich in geheimen Regierungsgefängnissen, oder sie wurden von den rechtsradikalen paramilitärischen Organisationen ORDEN, "Weiße Hand", "Falange" usw. ermordet oder verschleppt.

Die Regierung versucht bei allen blutigen Auseinandersetzungen die Schuld auf diese rechtsextremen Terrorgruppen abzuwälzen. Sie ist aber nicht in der Lage, diese Organisationen aufzulösen oder wirksam zu bekämpfen. Der Grund hierfür dürfte darin liegen, daß die "14 Familien" und die übrige Oligarchie, die diese Trupps finanzieren, weiterhin den bedeutenderen Einfluß auf die Geschehnisse des Landes haben. Sie sind sicherlich nicht die Urheber des jüngsten Putsches, und sie werden vermutlich zunächst die Entwicklung der Politik der Junta abwarten; ein Gegenschlag von rechts kann aber nicht ausgeschlossen werden. Aufgrund dieser Machtverhältnisse dürften die großen Versprechungen der Junta bezüglich Landreform und Einkommensumverteilung nichts als leere Worte bleiben.

### Die Situation der Volksbewegungen

Aufgrund der Zusammenarbeit weiter Teile der früheren Opposition mit der Junta stehen die linken Volksligen, der Revolutionäre Volksblock BPR, die Vereinigte Volksfront FAPU und die "Volksliga des 28. Februar" vor einem großen Problem:

Sollen sie zusammen mit den etablierten Parteien versuchen, auf einen Demokratisierungsprozeß im Rahmen der Junta hinzuwirken, der lediglich die Christdemokraten ans Ruder bringen würde, so daß mit einer Fortsetzung der jetzigen Politik mit allenfalls kleinen Reformen zu rechnen wäre? Oder sollten sie die neue Junta aktiv bekämpfen und hierbei möglicherweise Sympathien verlieren, die sie in den letzten Jahren haben gewinnen können.

Die Volksliga des 28. Februar und ihr "bewaffneter Arm", die Kampforganisation ERP ("Revolutionärer Arm des Volkes") waren zeitweise zu einem Dialog mit der Regierung bereit, widerriefen diese Haltung ziemlich bald wieder. Andererseits bezeichnet die Volksliga die zivilen Mitglieder der Regierung inzwischen nicht mehr als "Verräter", sondern als "progressive Elemente" und "Reformisten" (Neue 27.10.).

Der Revolutionäre Volksblock BPR wird wegen seiner hohen Mitgliederzahl (50 000 - 70 000) von der Junta am meisten umworben; als Reaktion darauf stellte er weitergehende Forderungen auf: eine allgemeine Lohnerhöhung; die Auflösung der paramilitärischen Organisationen; die Bestrafung der Folterer und Mörder unter Romero. Zur Bekräftigung dieser Forderungen besetzte der BPR zwei Ministerien und nahm 400 Personen, darunter drei Minister, als Geiseln fest. Dies sollte vermutlich ein Test für die Glaubwür-

digkeit der Junta sein. Die Regierung reagierte auch zunächst abwartend, setzte aber am 28.10. ein Ultimatum von 72 Stunden für die Freilassung der Geiseln. Am 30.10. ließ der BPR 125 Angestellte der Ministerien frei.

Am Abend des 5. November kam es zu einem Kompromiß: Der BPR ließ die drei Minister sowie die übrigen Geiseln frei. - Die Junta senkte die Fahrpreise für Bahn und Busse. Außerdem legte sie konkrete Maßnahmen zur gütlichen Beilegung von laufenden Arbeitskonflikten sowie zur Umverteilung des Volksvermögens vor. Juan Jacon, der neue Führer des Volksblocks, erklärte, der BPR werde einen Monat lang abwarten, um die Ergebnisse der Politik der Junta zu prüfen. (FR 8.11.79)

Die Vereinigte Volksfront FAPU hatte schon im September den baldigen Sturz Romeros vorausgesagt und eine echte demokratisch gewählte Regierung gefordert. Einen Dialog mit der Junta lehnte die FAPU stets ab, ebenso jede Einmischung der USA. Sie strebt am deutlichsten eine Vereinigung der Volksligen zu einer Volksfront - ähnlich dem FSLN - an (Presseerklärung vom 21.9.79). Ihre Aktivitäten beschränkten sich bisher auf eine Kirchenbesetzung, dennoch scheint ihre Politik am geradlinigsten zu sein: sie lehnt jede Art der Zusammenarbeit mit der Junta definitiv ab.

Die Linke in El Salvador sieht in der Junta inzwischen einen "Romerismo ohne Romero". Für den bewaffneten Befreiungskampf fehlt es aber noch an Ausrüstung und einer soliden revolutionären Infrastruktur ("Kontakt").

Während die Junta mit dem BPR zu Verhandlungen bereit ist, bekämpft sie die Guerillabewegungen rigoros, da sie an einer Zusammenarbeit mit diesen Gruppen kein Interesse hat. Aus den Reihen der Guerilla dürften wohl die meisten der Toten und Verletzten stammen. Sie waren auch nie von der Einstellung abgerückt, daß die jetzige Junta unerbittlich zu bekämpfen sei.

Die Volksbewegungen stehen momentan offenbar etwas isoliert da. Es gilt abzuwarten, wie lange sich die Junta mit ihrem Zugpferd Duarte im Sattel hält, bis die Bevölkerung ein weiteres Mal desillusioniert ist, weil die großen Versprechungen sozialökonomischer Reformen am festen Widerstand der "14 Familien" scheitern werden.

### Quellen:

Tageszeitungen seit September 79: Frankfurter Rundschau (FR), Die Neue, Süddeutsche Zeitung, Tagesspiegel, Die Tageszeitung (TAZ). Außerdem: "Arbeiterkampf" vom 15.10. und 29.10.79; "Kontakt" Nr. 6 des Lateinamerikakomitees München, Okt. 79; ZDF-Auslandsjournal vom 2.11.79; "Infopress Centroamericana" vom 26.10.79; "Latin America Political Report" vom 25.9. und Okt. 79; "Latin America Economic Report" vom 26.10.79; FAPU-Presseerklärung vom 21.9.79 in El Salvador.

Informationen über El Salvador liefert auch die El Salvador-Koordinationsgruppe von amnesty international, Postfach 1124, 7400 Tübingen.

# CHILE

## DINA-Agent berichtet über Colonia Dignidad

Daß die von Deutschen betriebene Siedlung "Colonia Dignidad" in Chile nach dem Militärputsch von 1973 lange Zeit vom Geheimdienst DINA als Folterzentrum benutzt werden konnte, ist jetzt auch von einem ehemaligen DINA-Agenten bestätigt worden. Die Verantwortlichen der Colonia Dignidad führen seit längerer Zeit einen Prozeß, um Amnesty International diese Behauptung zu verbieten.

Am 30. Oktober 1979 fand vor dem Bonner Landgericht die fünfte Gerichtsverhandlung in Sachen "Colonia Dignidad" statt. Ein von Amnesty International präsertierter Zeuge wurde gehört. Samuel Fuenzalida erklärte, daß er zur Zeit des Militärputsches in Chile seinen Militärdienst ableistete. Im November 1973 wurde er mit einer Gruppe von Soldaten seines Regiments nach Tejas Verdes, einem der berichtigtesten Folterzentren der DINA, geschickt, wo sie drei Monate lang von Oberst Manuel Contreras als DINA-Agenten ausgebildet wurden. Anschließend wurde er in die Villa Grimaldi, das Hauptquartier der DINA in Santiago, verlegt.

Als "El Gato" - so lautete sein geheimdienstlicher Deckname - im August 1974 in der Villa Grimaldi Wache hatte, erhielt er den Auftrag, einen Gefangenen "zu den Deutschen" zu bringen. "Zu den Deutschen" war der offizielle Deckname der DINA für die Colonia Dignidad. El Gato holte den Gefangenen aus dem Gefängnis "Cuatro Alamos" in Santiago ab. Der DINA-Agent erinnert sich nur noch an den Decknamen des Gefangenen: "Loro Matias". Amnesty International konnte ihn inzwischen als den bis heute verschwundenen Gefangenen Alvaro Modesto Vallejos Vilagrán identifizieren. Der Agent berichtete, daß die Hände dieses Gefangenen bereits gelähmt waren und daß seine Arme lablos vom Körper hingen aufgrund der vorangegangenen Folter. Zusammen mit Hauptmann Fernando/Fernández, dem DINA-Chef der Zone von Parral, fuhr er den Gefangenen nach Süden.

Die Wegbeschreibung, die Fuenzalida vor dem Bonner Landgericht gab, läßt keinen Zweifel daran, daß der Weg sie direkt in die Colonia Dignidad führte. Außerdem kannte der Zeuge den Weg bereits von früheren Fahrten in diese Gegend. Bei ihrer Ankunft "bei den Deutschen" wurde der Gefangene einem Deutschen übergeben, der bereits in einem hellblauen Mercedes am Eingangstor der Colonia Dignidad wartete. Anhand von Fotos, die das Bonner Gericht dem Zeugen vorlegte, konnte dieser Deutsche "mit Sicherheit" als Paul Schäfer, der Gründer und Leiter von Colonia Dignidad, identifiziert werden. Während Fuenzalida zum Essen eingeladen wurde, fuhr Paul Schäfer mit dem Gefangenen weg. Nach einer Weile kehrte Schäfer in den Bussal zurück und sagte: "Fertig". Dabei machte er eine Handbewegung, die andeutete, daß Loro Matias tot war. Als "El Gato" in die Villa Grimaldi zurückkehrte, konnte er feststellen, daß die Karteikarte des Häftlings Loro Matias bereits vernichtet war, was ihm die Gewißheit gab, daß die Person nicht mehr am Leben war.

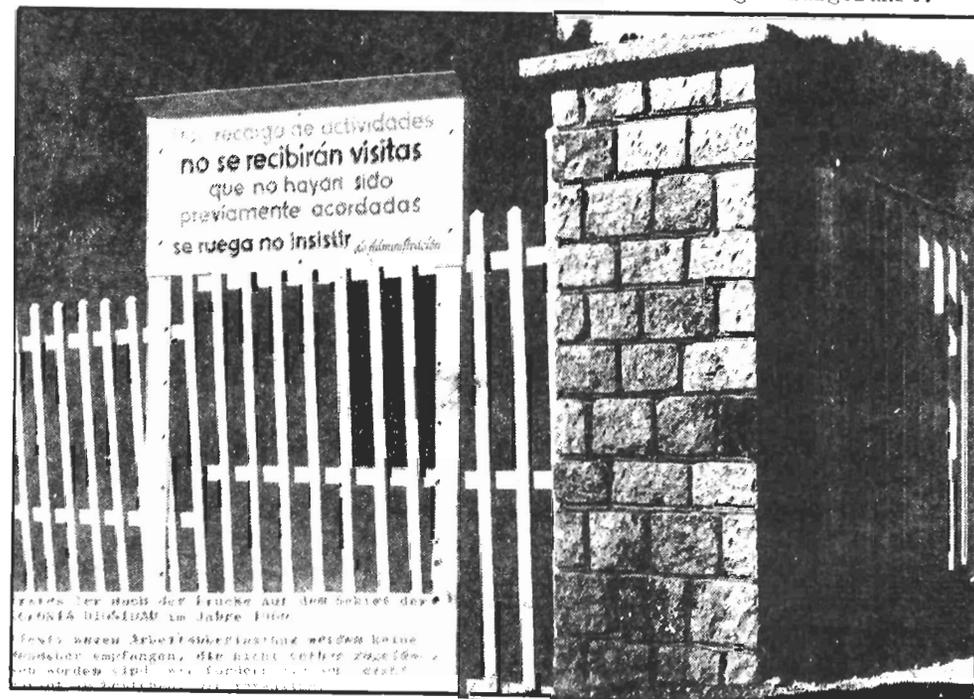
Der DINA-Agent Samuel Fuenzalida alias "El Gato" wurde ein zweites Mal in die Colonia Dignidad geschickt, um dort einige "Pakete" abzuholen. "Pakete" war der offizielle Deckname für Gefangene. Bei diesem zweiten Besuch begegnete er erneut Paul Schäfer.

Der Zeuge sprach außerdem mit anderen DINA-Agenten, die er im DINA-Quartier von Parral, der "Mausfalle" kennengelernt hatte. Diese Kollegen erzählten ihm, daß sie in der Colonia Dignidad die Gefangenen mit "wissenschaftlichen" Methoden folterten. Sie berichteten ihm, daß die getöteten Gefangenen auf dem Fundo der Colonia Dignidad selbst am Fuße der Cordillera begraben wurden.

Während der Gerichtsverhandlung wurde außerdem der ehemalige politische Gefangene Erick Zott gehört, der selber in der Colonia Dignidad gefoltert worden war und bereits im Oktober 1978 vor dem Bonner Landgericht als Zeuge ausgesagt hatte. Zott war zuvor längere Zeit in der Villa Grimaldi gefangen gehalten worden, wo er von dem DINA-Agenten "El Gato" bewacht wurde. Bei einer Gegenüberstellung im Bonner Landgericht identifizierten sich die beiden als "der Bewacher El Gato" bzw. "der Gefangene El Gringo Zott". Diese Gegenüberstellung des "Kerkermeisters" und seines Opfers bewegte die Zuschauer.

Anhand von Fotos konnte der Zeuge Fuenzalida den Bussal der Colonia Dignidad, ein bemaltes Fenster in der Eingangshalle und auch das Krankenhaus identifizieren.

Am 5. Dezember werden die Parteien zu dieser Zeugenaussage Stellung nehmen und die Namen derjenigen Zeugen benennen, die sie noch präsentieren wollen. Colonia Dignidad hat noch weitere 30 Zeugen, die alle in der Colonia Dignidad in Chile leben. Amnesty International hat unter anderen auch Paul Schäfer als Zeugen aufgeführt.



## Neues Massengrab entdeckt

Im September hatten 55 Verwandte von verschwundenen politischen Gefangenen mit Hilfe der Kirche in Santiago einen Hungerstreik durchgeführt, um die Behörden dazu zu zwingen, die Leichname von 15 vermissten Personen, die in einem Massengrab bei Lonquén gefunden worden waren, ihren Familien für eine christliche Bestattung herauszugeben. Der Hungerstreik endete schließlich mit dem Erfolg, daß der Militärgerichtshof die Herausgabe anordnete. Das Entsetzen war jedoch groß, als sich herausstellte, daß der Militärstaatsanwalt längst angeordnet hatte, die Leichen heimlich wegzuschaffen und in Abwesenheit der Verwandten in einem gemeinsamen Grab zu beerdigen. Die Hungerstreikenden wurden so um ihrer Erfolg betrogen. Die für die Ermordung der 15 Personen verantwortlichen Polizisten sind aufgrund der von Staatspräsident Pinochet erlassenen Amnestie längst wieder auf freiem Fuß.

Die Amnestie macht es offenbar auch möglich, das Schicksal weiterer Verschwandener aufzuklären. So hat der mit dieser Aufgabe betraute Untersuchungsrichter in Concepción im Oktober ein geheimes Massengrab auf dem öffentlichen Friedhof von Yumbel, einer kleinen Gemeinde 600 km südlich von Santiago, ausheben lassen, aus dem die Leichen von 18 Personen geborgen wurden, die schnell identifiziert werden konnten: Es handelte sich um Leute, die in der Woche nach dem Putsch vom 11. September 1973 in den Orten San Rosendo und Laja verhaftet worden waren und in die Provinzhauptstadt Los Angeles gebracht werden sollten, wo sie jedoch nie ankamen. Die an der Ermordung beteiligten zwei Polizeioffiziere und elf Polizisten sind inzwischen verhört worden. Sie haben jedoch wegen der Amnestie nichts mehr zu fürchten.

## Chiles Bischöfe in Rom und Deutschland

Zwischen dem 10. und 12. Oktober hat Papst Johannes Paul II. in Rom 27 der insgesamt 31 chilenischen Bischöfe in mehreren Audienzen empfangen und sich über die Situation der Kirche in Chile unterrichten lassen. Solche gemeinsamen Fahrten ganzer Bischofskonferenzen nach Rom entsprechen einer allgemeinen Übung in der katholischen Kirche. Diesem Besuch kam aber besondere Bedeutung insofern zu, als der Papst es übernommen hat, zwischen den Regierungen von Argentinien und Chile im Streit um den Grenzverlauf im äußersten Süden zu vermitteln.

Die chilenischen Bischöfe benutzten die Gelegenheit des Besuchs in Europa, um sich gemeinsam in Italien, Österreich, der Bundesrepublik, Holland und anderen Ländern über die Situation ihrer im politischen Exil lebender Landsleute zu informieren. In Deutschland gelang ihnen das nur unter großen Schwierigkeiten. Die Hierarchie der deutschen katholischen Kirche hat offenbar alles getan, um die Bischöfe nach Möglichkeit vor jedem Kontakt mit den politischen Flüchtlingen zu schützen, offenbar in der Vorstellung, daß es sich bei denen um gottlose Terroristen handelte, die gefährlich werden könnten.

Höhepunkt des Besuchs in Deutschland war ein feierliches Pontifikalamt in Sankt Matthias in Berlin-Schöneberg, zu dem elf chilenische Bischöfe anwesend waren. Das Ereignis war kaum bekanntgemacht worden; trotzdem war fast die gesamte chilenische Kolonie anwesend. Der Bischof Cox aus Chile, der die Predigt zum Weltmissionstag hielt, war offenbar inständigst gebeten worden, auf die Situation in Chile mit keinem Wort einzugehen. Stattdessen forderte er

die Katholiken in deutscher Sprache auf, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Mission in der Welt zu fördern. Dazu gehöre: erstens Beten, zweitens Spenden, drittens - das bewußte Zeugen von Kindern, um den Priesternachwuchs in der Welt zu sichern.

Bei einer anschließenden Zusammenkunft in Nebenräumen der Kirche zeigten sich die deutschen Gastgeber halb erstaunt, halb entsetzt darüber, daß die chilenischen Bischöfe von ihren im Exil lebenden Landsleuten umlagert wurden, die über die Situation in Chile und im Exil sprechen wollten, und daß der Generalsekretär der chilenischen Bischofskonferenz sogar eine kurze Ansprache an seine Landsleute hielt, in der er die Hoffnung aussprach, daß alle möglichst bald nach Chile zurückkehren könnten.

In den Gesprächen wurde die unterschiedliche politische Haltung der chilenischen Bischöfe nur zu deutlich. Während die Mehrzahl versuchte, das Engagement der Kirche für die Armen und Verfolgten und für die Sicherung der Menschenrechte herauszustellen und dabei Möglichkeiten und Grenzen dieses Engagements freimütig diskutierte, rechtfertigte der Militärggeistliche Gilmore den Militärputsch und die politische Verfolgung in Chile noch nachträglich mit angeblichen Mordplänen der Linken. Für Chile sei es gefährlich, wenn die Exilchilenen in ihre Heimat zurückkehren könnten. Seiner empörten und wegen solcher seelischen Brutalität verzweifelte Gesprächspartnern entgegnete er auf ihre Argumente damit, daß er sie persönlich segnete - mit denselben Händen, mit denen er gewöhnlich die Waffen ihrer Verfolger zu segnen pflegt.



## Sünde der Ausbeutung

### Hirtenbrief der chilenischen Bischofskonferenz an die Landarbeiter

Im August dieses Jahres wandte sich die chilenische Bischofskonferenz in einem Hirtenbrief an die Landarbeiter Chiles. Ausgehend von den internationalen und nationalen Ursachen der miserablen Lage der Campesinos und der Analyse der wirtschaftspolitischen Probleme der Landwirtschaft mündet der Hirtenbrief in einem 'Aufruf zum Handeln'. In verhältnismäßig scharfer Form greifen die Bischöfe die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung an und solidarisieren sich mit den Landarbeitern. Auszüge des Hirtenbriefes seien im folgenden wiedergegeben.

#### Der rationale Kontext

...Der Freiheit wird Vorzug gegeben, ohne zu bedenken, daß die Campesinos in zu unterschiedlichen Situationen leben, um Nutznießer dieser Freiheit sein zu können. Die unternehmerische Initiative und Leistung werden angespornt, der freie Wettbewerb auf dem nationalen und internationalen Markt wird erwünscht, obwohl viele nicht in der Lage sind, aussichtsreich in den Wettbewerb einzutreten und so zu verlieren werden. (...) Gleichzeitig bitten wir euch (die Campesinos, die Red.) jedoch, laßt nicht jene zurück, denen Fähigkeiten, Kenntnisse oder Mittel fehlen. Es ist besser, gemeinsam einen Schritt vorwärts zu tun, als zehn Schritte allein.

#### Vorherrschenden wirtschaftlicher Werte

Der ländliche Bereich befindet sich heute wegen der Angleichung sozialer und wirtschaftlicher Strukturen an die neue Wirtschaftspolitik in einer schwierigen und häufig sogar beängstigenden Lage. Es scheint uns, als ob überall die rein wirtschaftlichen Gesichtspunkte mehr Beachtung fänden als das Recht auf gerechte Entlohnung, auf Arbeit, auf Zusammenschluß sowie andere soziale Rechte. Als Hirten sagen wir, daß diese Tatsache dem Geist des Evangeliums und der Lehre der Kirche widerspricht, wonach die Wirtschaft im Dienste des Menschen steht und nicht der Mensch im Dienste der Wirtschaft.

#### Die Wirtschaftslage

Die gegenwärtige Agrarpolitik ist dabei, die Strukturen der chilenischen Landwirtschaft tiefgreifend zu verändern. Von diesem Wandel werden die Kleingrundbesitzer, die Kleinstbauern und die Asignatarios am meisten betroffen, da sie sich weder den Strukturen des freien Marktes anpassen, noch mit den landwirtschaftlichen Unternehmern des Landes oder gar auf internationaler Ebene konkurrieren können. Sie treten in diesen freien Konkurrenzkampf bereits unter schlechteren Anfangsbedingungen ein. (...)

#### Der Grundbesitz

(...) a.) Im Zuge der Bodenzuweisungen blieb etwa die Hälfte der früher Ansässigen unberücksichtigt. Auf diese Weise ist ein menschliches, familiäres und soziales Problem entstanden, das wir in seiner ganzen Auswirkung betrachten müssen.  
b.) Bei der Regelung der Erbgüter, die enteignet und ihren früheren Eigentümern zurückgegeben wurden, mußten viele der Ansässigen die Gegend verlassen; sie sind bis heute ohne Arbeit.

d.) Bei manchen neuzugeleiteten Besitzen mußten zur Tilgung der CORA gegenüber bestehenden Schulden Maschinen und Vieh versteigert werden. Die neuen Eigentümer blieben ohne die notwendigen Arbeitsgeräte.  
e.) Als Resultat dieses Vorgehens wird offensichtlich Schritt für Schritt zum System der Latifundien zurückgekehrt. Der überwiegende Teil des Bodens kommt in die Hände einiger Weniger, während die Campesinos wieder zur Hörigen werden, ein Zustand, den man in Chile überwinden wollte.

#### Die sozio-kulturelle Situation

(...) c.) Organisation: Mit tiefer Besorgnis - und damit machen wir uns zur Stimme der Klagen seitens der Campesinos - beobachten wir die fortschreitende Schwächung und sogar das Verschwinden vieler Organisationen der Campesinos, deren Aufbau soviel Mühe kostete. Diese Entwicklung wurde durch einige gesetzgeberische Maßnahmen beschleunigt, sei es durch Entzug der finanziellen Basis der Organisationen, sei es durch das zeitweise Verbot von Versammlungen oder der Wahl von Führungsgremien. Einige Maßnahmen des Plan Laboral werden zweifellos die Lage der Campesinos verschlechtern, indem ihr Zusammenschluß in Organisationen und die Möglichkeit gemeinsamen Auftretens, um dadurch mit größerem Gewicht Gerechtigkeit zu verlangen, erschwert werden. (...)

#### Aufruf zum Handeln

(...) Wir bitten euch ferner, sich der Campesino-Organisationen anzunehmen, mit ihnen zusammenzuarbeiten, verantwortungsvolle Positionen zu übernehmen. Die Einheit ist die Kraft der Schwachen. Euch ist das bekannt, deshalb fördert und verteidigt eure Organisationen!

Unsere Worte richten sich auch an die für die Agrarpolitik verantwortlichen Behörden. (...) Der Plan Laboral muß dahingehend abgeändert werden, daß den Campesinos zumindest die gleichen genossenschaftlichen Möglichkeiten eingeräumt werden, wie das in dem früheren Gesetz festgelegt war. (...)

#### Schluß

Dieses Dokument, liebe Campesino-Brüder, soll euch ein Wort der Hilfe und der Aufmunterung sein. Wir wünschen, daß ihr zu Handelnden in der Befreiung eurer selbst und eurer Familien auf wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem und politischem Gebiet werdet. (...)

Santiago, 14. August 1979



**SPENDET FÜR DEN  
WIDERSTAND IN CHILE**

Pschk. Berlin-West E. Kohut Nr. 380 087-108  
Kennwort: Hilfe für Chile

## Lage der Gewerkschafts- und Volksbewegung

Im Oktober konnten die LATEINAMERIKANACHRICHTEN in Caracas ein Gespräch mit dem Genossen M.vom CODEHSCh führen, dem "Komitee zur Verteidigung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte in Chile". M.ist Mitglied des Exekutivkomitees des CODEHSCh.- Aus dem Gespräch wird die große Bedeutung der politischen Arbeit deutlich, die in den legalen und halblegalen Gewerkschaftsorganisationen in Chile heute gemacht werden kann. Es werden darin auch die Widersprüche mit der kirchlich-humanitären Arbeit angesprochen, die unvermeidlich auftreten müssen, wenn sich die Volks- und Gewerkschaftsbewegung wieder auf die eigenen Beine stellt. Einerseits wird in diesem Interview deutlich, wie weit man heute in Chile von jenem Revolutionsheroismus entfernt ist, dem auch die deutsche Solidaritätsbewegung oft verfallen ist; andererseits stellt sich heraus, wie heroisch der Kampf für anscheinend "bescheidene" Ziele (Amnestie der politischen Gefangenen, Rückkehr der Exilierten usw.) in Wirklichkeit ist.

**LN:** Kannst du erläutern, wann das "Comité de los Derechos Humanos y Sindicales" in Chile gegründet wurde und in welcher Form es heute arbeitet?

**M.:** Das "Comité de Defensa de los Derechos Sindicales" wurde Anfang 1978 gegründet; sein Hauptziel ist die Reorganisation der Gewerkschaftsbewegung. Das "Comité de Defensa de los Derechos Humanos" wurde, was besonders hervorzuheben ist, bereits im Juli 1970 ins Leben gerufen, als die damalige Regierung den MIR verfolgte. Seit jener Zeit hat unser Komitee bestanden. Wir arbeiten, das ist im voraus zu klären, in einem überparteilichen Sinne. An unserer Arbeit nehmen Mitglieder aller Parteien teil. Wir arbeiten, das ist das zweite Merkmal, an allen Fronten, die es in der chilenischen Politik gibt: Mit den Stadtteilorganisationen, der Studentenbewegung, den MAPUCHE-Indianern, den Folklore- und Kulturvereinigungen, der Vereinigung der Familienangehörigen der Verschwundenen und Hingerichteten, den Bauern usw. Unsere Struktur ist so eingerichtet, daß in jedem dieser Sektoren ein Unterkomitee von uns gebildet wird; alle politische Arbeit wird bei uns von der Basis aus strukturiert, alle Arbeit ist überparteilich.

**LN:** Man weiß, daß die chilenische Gewerkschaftsbewegung seit einiger Zeit in eine Neustrukturierungsphase getreten ist. Wie verhalten sich in dieser Situation die christdemokratischen Gewerkschaftsführer, und wie unterscheidet sich eure Arbeit von ihnen?

**M.:** Ob es sich nun um die Christdemokraten oder um die Sozialdemokraten handelt, so gibt es einen Punkt, in dem wir nicht mit ihnen übereinstimmen: Sie handeln stets von einem Parteistandpunkt aus. Die "Gruppe der Zehn" (Christdemokraten) hat schon eine ganze Reihe von Mißgriffen begangen, so z.B. das Spiel mit dem internationalen Boykott im vergangenen Dezember; hier haben sie ganz offen spalterisch und auf eigene Rechnung gehandelt. Sie haben wiederholt gegen die Vereinigung der Gewerkschaftsbewegung, gegen den Wiederaufbau der CUT gearbeitet. Für sie

sind die Anweisungen der eigenen Partei entscheidend. Unser oberstes Ziel ist dagegen die breite Einheit.-Man muß allerdings hinzufügen, daß wir versuchen, mit allen Teilen der Gewerkschaftsbewegung gute Beziehungen zu unterhalten, auch wenn sie, wie in diesem Fall, bis heute eine sektiererische Haltung an den Tag gelegt haben.

**LN.:** Kannst du an einem Beispiel erläutern, wie ihr für die Vereinigung der Gewerkschaftsbewegung arbeitet?

**M.:** Im April dieses Jahres haben wir z.B. Einladungen an alle vier Gewerkschaftszentralen in Chile geschickt, um eine einheitliche Feier des 1.Mai vorzubereiten. Diese Zentralen sind die "Gruppe der Zehn", die FUT und die CEPCh; sogar die regierungstreue UNIMACH haben wir eingeladen. Die einheitliche Feier des 1.Mai hat eine lange Tradition in Chile. Auf unsere Einladung sind in diesem Jahr allerdings nur die Vertreter der FUT und der "Coordinadora Sindical" erschienen. Die anderen blieben aus offensichtlichen Gründen fern.

**LN.:** Augenblicklich wird um den Abschluß einer ganzen Reihe von Tarifverträgen gerungen. Welche Rolle spielen dabei die unabhängigen Gewerkschaften und das CODEHSCh?

**M.:** Das Hauptproblem der gegenwärtigen Tarifverhandlungen ist es, daß die neuen Tarifverträge von jetzt an bis zum Jahre 1983 (!) gelten sollen. Die Arbeiter sollen also jetzt einem Lohnniveau zustimmen, das sich in Zukunft durch die ständigen Preissteigerungen nur noch senken kann. Gegenüber diesem Betrug sehen wir nur die Möglichkeit, die Teilnahme an den Tarifverhandlungen solange zu verweigern, bis die Tarifvertragsdauer bis auf sechs oder zwölf Monate herabgesetzt wird. Nur dann kann man sinnvoll verhandeln.

**LN.:** Ist es richtig, daß sich in Chile gegenwärtig eine neue Generation von Arbeiter- und Gewerkschaftsführern formiert?

**M.:** Nach 1973 war die Gewerkschaftsbewegung fast führungslos geworden; viele Gewerkschaftsführer waren geflüchtet, andere wurden ermordet. Seitdem



Gruppe von Frauen, die als politische Gefangene im Frauengefängnis von Santiago sind, während eines Besuchs von Clotario Fleck, Gewerkschaftler und Präsident des Chilenischen Komitees für Menschenrechte.

sind viele in die Gewerkschaftsführungen aufgerückt, die zunächst nicht die Interessen der Arbeiter vertreten haben. Durch die Dynamik der Wirtschaftsentwicklung und ihre politischen Erfahrungen haben sie sich aber gewandelt und nehmen nun zum großen Teil eine klassenkämpferische Haltung ein. Sie haben z.Z. der Unidad Popular in der Parteipolitik keine Rolle gespielt, aber sie stellen jetzt eine Generation dar, die eine revolutionäre Alternative sucht.

LN.: Schließt dieser Wandel auch die Gewerkschaftsvertreter ein, die in den manipulierten Gewerkschaftswahlen im letzten Oktober bestimmt worden sind?

M.: Ja, dafür kann ich ein Beispiel erzählen. In der Papierfabrik Papelera, die immer eine Bastion der gelben Gewerkschaften war, haben die Delegierten im April dieses Jahres das Angebot der Unternehmer abgelehnt und sich offen auf einen kämpferischen, klassenbewußten Standpunkt gestellt. Wir hoffen auf diesen Lernprozeß und einen neuen Aufschwung, der von dieser Entwicklung ausgeht.

LN.: Was sind die dringendsten Probleme des chilenischen Arbeiters in diesem Augenblick?

M.: Das Hauptproblem ist die Repression. Es ist unglaublich schwer, sich zu organisieren. Um sich überhaupt treffen zu dürfen, müssen die Arbeiter immer noch eine besondere Genehmigung einholen. Wird eine Versammlung dann genehmigt, sitzen darin die Polizisten und hören sich alles an. Das andere, hautnahe Problem der Arbeiter ist die Armut. Das monatliche Mindesteinkommen liegt jetzt bei 40 US\$.

LN.: Was sind also die Hauptziele deiner Organisation auf dem Gebiet der Gewerkschaftsbewegung?

M.: Unsere nächste Hauptaufgabe ist die einheitliche Organisation des 1.Mai 1980. Wir wollen, daß alle Gewerkschaftszentralen sich dann vereinigen und zur Bildung einer neuen Einheitsgewerkschaft übergehen. Unser zweites Hauptziel ist es, daß die Gewerkschaften in Chile wieder eine unabhängige Klassenorganisation werden und die Interessen der Arbeiter verteidigen.

LN.: Man hat davon gehört, daß sich in den Stadtvierteln sogenannte "Arbeitsbörsen" (bolsas de cesantes) gebildet haben, um bei der Arbeitssuche behilflich zu sein. Handelt es sich dabei um eine rein kirchliche Organisation, oder arbeitet ihr da mit?

M.: Diese Arbeitsbörsen haben sich unter dem Schutz der katholischen Kirche gebildet. Sie haben sich stark ausgebreitet. Wir wollen die wichtige Rolle der Kirche nicht negieren oder abwerten. Aber die Kirche hat schwere Fehler gemacht. Als die Genossen z.B. zu einer nationalen Organisation dieser Arbeitsbörsen voranschreiten wollten, hat die Kirche sie zurückgehalten. Wir haben auf diesem Gebiet auch gearbeitet. Wozu die Kirche ihren Schutz nicht hergibt, da arbeiten wir weiter.

LN.: Wie wird dieser Grundsatz - "da weiterzuarbeiten, wo die Kirche zurückweicht" - auf die Aktionen der Familienangehörigen der Verschwundenen und politischen Gefangenen angewendet?

M.: Wenn die Kirche ihre Hilfe verweigert, kommen diese Gruppen zu uns und suchen Unterstützung. So haben z.B. die Pressekonferenzen im letzten Hungerstreik bei uns stattgefunden, weil die Kirche keine Räume zur Verfügung stellte. Ebenso arbeitet die kürzlich gegründete "Vereinigung der Familienangehörigen der Hingerichteten Gefangenen" mit uns zusammen, weil sich die Kirche ihnen aus bestimmten Gründen verschlossen hat.

LN.: Kannst du etwas zum letzten Hungerstreik sagen, der im Mai dieses Jahres begonnen hatte?

M.: Der Hungerstreik ist eine der Aktionsformen, mit denen man in den letzten Jahren versucht hat, die Macht der Regierungsjunta zu neutralisieren. Was den letzten Hungerstreik betrifft, so haben bestimmte kirchliche Kreise versucht, das Problem in bilateralen Verhandlungen mit der Junta zu lösen. Dabei haben sie noch nicht einmal eine direkte Vertretung der Hungerstreikenden bei den Verhandlungen zugelassen. Viele Priester, die sich dem Hungerstreik anschließen wollten, wurden von der Kirche zurückgehalten. Dennoch hat dieser Streik einen gewissen Erfolg gehabt. Zumindest hat man die Regierung zu der Erklärung veranlaßt, daß die Verschwundenen den Tod gefunden haben. - In ähnlicher Weise hat sich die Kirche in der Mapuche-Frage verhalten. Als die Regierung die traditionellen Dorfländereien aufteilen wollte, haben die Bischöfe eine Verteidigungsaktion der Mapuche verhindert und hinter verschlossenen Türen mit der Junta verhandelt.

LN.: Kannst du noch einmal zusammenfassen, was die kurz- und mittelfristigen Hauptziele eurer Politik sind?

M.: Das wichtigste, das die Gegner der Diktatur in Chile jetzt erreichen können, ist: 1. Die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen, 2. die freie Rückkehr aller Exilierten, 3. die Befreiung aller politischen Gefangenen. Auf diese drei Punkte hat sich unser Programm festgelegt. Es kommt darauf an, politisches Bewußtsein zu schaffen, und auf diese drei Punkte können sich al-Chilenen im In- und Ausland einigen. Wenn wir diese Ziele erreichen, wäre das der denkbar größte Erfolg dessen, was wir den "Widerstand" in Chile nennen können.

LN.: In welcher Weise kann eure Arbeit vom Ausland her unterstützt werden?

M.: Wir möchten an dieser Stelle ganz besonders den deutschen Genossen für ihre Hilfe danken, die sehr nützlich gewesen ist. Das wichtigste ist es, daß sie unseren politischen Kampf für die drei genannten Ziele unterstützen. Dabei kommt es weniger auf Organisationspolitik auf höchster Ebene an, als auf direkte politische Aktionen an der Basis, z.B. Demonstrationen vor den chilenischen Botschaften. An direkter Hilfe für unsere Arbeit können wir uns vorstellen, daß man uns Materialspenden schickt, z.B. Druckmaschinen, Papier, Büromaterial usw. - Geldspenden möchten wir aus bestimmten Gründen nicht annehmen.

LN.: Sind die Solidaritätserklärungen und Telegramme, die bei Euch von deutschen Gewerkschaftsorganisationen und Solidaritätskomitees eingetroffen sind, von politischer Bedeutung gewesen?

M.: Einmal sind an einem einzigen Tage fünf Telegramme aus Deutschland eingetroffen. Das war für uns eine großartige Ermutigung. Wir bitten die Solidaritätsgruppen, in ihrer Arbeit fortzufahren.

# BRD / ARGENTINIEN

## Asyl für verfolgte Argentinier

Nachdem die Aufnahme von 500 argentinischen politischen Gefangenen, die seit Ende 1977 von der Solidaritätsbewegung gefordert wird, von der Bundesregierung endlos verschleppt worden ist (vgl. LN 66), sind nun seit Anfang September etwa 20 Argentinier - politische Häftlinge mit ihren Familien - in der BRD und Westberlin eingetroffen.

### Der Stand der Flüchtlingsaufnahme

Argentinier, die in ihrem Land ohne Prozeß im Gefängnis sind, haben das verfassungsmäßige Recht, das Land zu verlassen, sofern sie ein Visum für ein Aufnahmeland haben (Optionsrecht). Wer also in die BRD ausreisen möchte, muß bei der deutschen Botschaft in Buenos Aires einen Antrag auf ein Visum stellen. Dann besucht ein Botschaftsangehöriger den Gefangenen und unterzieht ihn einer ausgiebigen Befragung über sein politisches Vorleben. Bis jetzt hat die Botschaft 191 Gefangene überprüft, von denen bisher 78 eine Zusage für ein Visum erhielten. Das betrifft dann mit den Familienangehörigen insgesamt 167 Personen.

Der Häftling muß dann beim argentinischen Innenministerium einen Antrag auf Ausreise stellen. Seit dem Putsch verweigern die Militärs - verfassungswidrig - auch oft die Genehmigung. 10 der von der Botschaft vorgeschlagenen Häftlinge erhielten die Ausreisegenehmigung (das sind 24 Personen), 15 Gefangenen wurde die Ausreise verweigert, weitere 51 Gefangene haben noch keinen Bescheid.

Nach der Überprüfung durch die Botschaft in Buenos Aires stellen die Bundesländer, die Flüchtlinge aufnehmen sollen, noch einmal eine Sicherheitsüberprüfung an, wobei der Verfassungsschutz eingeschaltet wird. Bis jetzt wurden von den Bundesländern 30 Asylbewerber überprüft, von denen 2 (betroffen sind insgesamt 5 Personen) aus nicht genannten Gründen abgelehnt wurden.

Weitere 38 Gefangene, die ursprünglich einen Antrag auf Ausreise in die BRD gestellt hatten, sind in ein Drittland ausgereist. 33 Gefangene wurden in der Zwischenzeit "beschränkt" freigelassen, d.h. sie müssen sich regelmäßig bei der Polizei melden und dürfen ihren Wohnort nicht verlassen; sie wollen in Argentinien bleiben.

### Bericht eines argentinischen Flüchtlings

Bei dem Treffen der Argentinien-Solidaritätsgruppen in Essen hatte eine Mitarbeiterin der LN-Redaktion die Gelegenheit, mit einem der Flüchtlinge aus Argentinien über die Prozedur der Asylgewährung zu sprechen. Der folgende Bericht gibt die Erzählung von Marcos (der Name wurde geändert) wieder.

Vor dem Putsch im März 1976 war Marcos an der medizinischen Fakultät der Universität von Buenos Aires angestellt, wo er auch in einer Gewerkschaftsgruppe aktiv war.

Am 16. Mai 1976 wurde er an einen ihm unbekanntem Ort entführt und gefoltert. Drei Monate lang hatte seine Familie keine Nachricht über seinen Verbleib. Dann wurde der Familie von den Behörden mitgeteilt, Marcos stehe "zur Verfügung der nationalen Exekutive", d.h. daß er ohne Gerichtsverfahren gefangen gehalten wurde. Zunächst sagte man ihm, er werde bald wieder freigelassen werden, da es keine Anklagepunkte gegen ihn gäbe. Aber dann blieb Marcos über drei Jahre lang in verschiedenen Gefängnissen, ohne je den Grund für seine Gefangenschaft zu erfahren oder einem Richter vorgeführt zu werden.

Während dieser Zeit war er ständig einer systematischen Repression ausgesetzt, die seine physische und psychische Kraft brechen sollte: schlechte einseitige Ernährung, Verweigerung von körperlicher Betätigung, Isolationshaft, Verweigerung von Arbeit und Information, willkürliche Bestrafungen. Auch wurde er gezwungen bei der Ermordung eines Genossen zuzusehen.

Im Dezember 1978 erfuhr Marcos' Familie, daß die Möglichkeit bestand, Asyl in der BRD bei der deutschen Botschaft zu beantragen und daß es dort Visa gäbe. Seine Angehörigen wandten sich sofort an die Botschaft, die auch zusagte, den Fall zu bearbeiten.

Im Januar 1979 besuchte der deutsche Konsul in Buenos Aires Marcos im Gefängnis. Er unterzog Marcos einer sehr ausführlichen Befragung, um nicht zu sagen einem Verhör. Der Konsul wollte so ziemlich alles wissen: warum Marcos verhaftet worden sei, wie seine politische Einstellung sei, ob er einer politischen oder gewerkschaftlichen Gruppe angehöre, wie er bei den letzten Wahlen gewählt habe, ob er Kontakt zu "Terroristen" habe, was für Pläne er für seinen Aufenthalt in der Bundesrepublik habe. Später erfuhr Marcos durch Fragen nach bestimmten Einzelheiten aus seinem Leben, daß die deutsche Botschaft offensichtlich auch bei den argentinischen Sicherheitskräften und dem Geheimdienst Erkundigungen über ihn eingezogen haben mußte.

Im Februar 1979 erhielt er von der Botschaft die Bestätigung, daß ein Visum für ihn bereitliege. Jetzt mußte er beim Innenministerium seine Ausreiseerlaubnis beantragen. Das Ministerium ließ sich für die Entscheidung ganze vier Monate Zeit.

In der Zwischenzeit wurde er in das Gefängnis Caceros verlegt, das unter der Verwaltung des Geheimdienstes steht. Dort wurde er zwar nicht mehr physisch gefoltert, aber weiterhin in Isolationshaft gehalten und auf alle möglichen Arten unter Druck gesetzt, um doch noch irgendwelche Informationen preiszugeben.

Am 24. Juli bekam er schließlich die Nachricht, daß sein Ausreiseantrag genehmigt worden sei. Marcos ist der Meinung, daß dies deshalb geschah, weil der Besuch der OAS-Kommission bevorstand. Mit ihm zusammen durften 50 weitere Gefangene das Land verlassen, unter denen sich viele befanden, denen vorher das Optionsrecht verweigert worden war. Auch Marcos war bereits einmal die Ausreise verboten worden. Wie aus Marcos' Bericht hervorgeht, hat sich die deutsche Botschaft in keiner Weise bemüht, das Genehmigungsverfahren im Innenministerium abzukürzen, obwohl der Botschaft bekannt sein muß, unter welchen Umständen die Gefangenen leben müssen.

Am 20. September wurde Marcos aus dem Gefängnis entlassen. Er hatte gerade fünf Minuten Zeit, um sich von seiner Familie zu verabschieden, dann wurde er zum Flughafen gebracht und ins Flugzeug gesetzt.

In Frankfurt, wo er umsteigen mußte, kümmerte sich ein Angehöriger der Emigrantenkommission der EG um ihn, während sich kein Vertreter einer bundesdeutschen Behörde blicken ließ. In München wurde er schließlich von Leuten von Amnesty International in Empfang genommen. Auch diesmal fand sich kein Vertreter einer Bundes-, Landes- oder Kommunalbehörde ein. Der Kontrast zu der publizitätsträchtigen Aufnahme der Vietnam-Flüchtlinge springt ins Auge: aber offensichtlich läßt sich aus der Ankunft eines Ex-Gefangenen einer befreundeten Diktatur eben weniger Kapital schlagen als aus der Ankunft der "boat-people".

Marcos wartet nun auf seine endgültige Asylzusage, wozu er noch einmal eine Befragung durchstehen muß, in der er noch einmal beweisen soll, daß er tatsächlich politisch verfolgt wird. Seine ökonomische Situation ist schlecht: er lebt von 8 DM pro Tag. Hilfe bei den notwendigen bürokratischen Formalitäten hat er nur von Leuten aus der Solidaritätsbewegung zu erwarten. Hilfe von offizieller Seite dagegen gibt es so gut wie nicht.

## Treffen der Argentinien-Solidaritätsgruppen

Anläßlich der Ankunft der ersten 14 Flüchtlinge aus Argentinien in der BRD fand in Essen vom 12. bis 14. 10. ein Treffen von Argentinien-Solidaritätsgruppen statt. Drei Tage lang befaßten sich die Teilnehmer ausführlich mit der Situation in Argentinien, besonders mit den Menschenrechtsverletzungen und mit der verzögerten Aufnahme von Flüchtlingen in der Bundesrepublik. In der Presseerklärung, die auf dem Treffen erarbeitet wurde, heißt es:

"Die argentinischen Flüchtlinge informierten eindringlich über das Martyrium der Verfolgung und Haft und über die bürokratischen und juristischen Schwierigkeiten, von der Bundesrepublik aufgenommen zu werden. Dabei konnte nachgewiesen werden, daß die sogenannte Sicherheitsüberprüfung deutscher Behörden die Entlassung aus menschenunwürdiger Haft um Monate verzögert. Mit Scham und Empörung stellten die Vertreter der Organisationen fest, daß von 500 argentinischen Häftlingen, die die Bundesrepublik ursprünglich aufnehmen wollte, bis heute erst 14 einreisen durften.

Ein Jahr nach der Fußballweltmeisterschaft fordern die Vertreter der Organisationen, im Blick auf die Aufnahme von mehr als 6 000 vietnamesischen Flüchtlingen, die unbürokratische Gleichbehandlung der argentinischen Verfolgten und die Abschaffung der entwürdigenden Sicherheitsüberprüfung.

Sprecherinnen der Organisationen der Angehörigen der 15 000 in Argentinien Verschwundenen informierten u.a. über die Auswirkung des neuen Militärgesetzes zur Toterklärung vermißter Personen. Nach dem Gesetz 22 068 vom 28.8.79 können die argentinischen Behörden vermißte und verschwundene Personen nach 90 Tagen für tot erklären (vgl. LN 74). Die Auswirkung des Gesetzes trifft u.a. 17 in Argentinien verschwundene Deutsche, 60 schwangere Frauen und über 100 Kinder und Jugendliche (die sich bis zu ihrem Verschwinden im Gewahrsam argentinischer Sicherheitsbehörden befanden).

Die deutschen und argentinischen Angehörigen der Verschwundenen befürchten die Liquidierung ihrer vermißten Verwandten, wenn das Gesetz ab Dezember dieses Jahres Anwendung findet. Nachdrücklich begrüßten die in Essen Versammelten eine Initiative des 12. Internationalen Strafrechtskongresses Mitte September 1979 in Hamburg gegen dieses Gesetz.

Aufgrund der zunehmenden Verfolgung auch von Angehörigen Verschwundener und Inhaftierter wollen die Solidaritätsgruppen eine internationale Aufklärungskampagne über die Lage der politischen Gefangenen und der Verschwundenen beginnen. Die humanitären und gewaltlosen Aktionen der Angehörigen in Argentinien wollen sie nachdrücklich unterstützen.

Sie bitten die diese Woche nach Argentinien reisenden Bundestagsabgeordneten, bei den argentinischen Militärbehörden nachdrücklich gegen die gesetzlich eingeführte Möglichkeit der Todeserklärung von vermißten Personen zu protestieren. Die Abgeordneten werden aufgefordert, Auskünfte über den Verbleib der verschwundenen Deutschen einzuholen und insbesondere über den Verbleib der verschwundenen Kinder und die Freilassung der Betroffenen zu fordern.

Die Solidaritätsgruppen appellieren an Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und Parlamentarier, Menschenleben aus argentinischen Gefängnissen zu retten, indem sie die Aufnahme argentinischer Verfolgter aktiv unterstützen."

Essen, den 14.10.1979

### Solidaritätsaktionen

Ein weiterer wichtiger Punkt auf dem Treffen war die Diskussion darüber, wie man die Solidaritätsaktivitäten für Argentinien in der BRD wieder verstärken kann, nachdem diese nach der Kampagne zur Fußball-WM ziemlich abgeschlafft sind. Ein Problem liegt darin, daß es noch einige Gruppen gibt, die auf lokaler Ebene arbeiten, aber die Gruppen untereinander nicht erfahren, was andere machen und welche Erfahrungen bei bestimmten Aktionsformen zu verzeichnen sind.

Aus diesem Grund beschlossen die Teilnehmer des Treffens in Essen, eine Koordinationssstelle einzurichten und ein Argentinien-Info mit Berichten aus den Solidaritätsgruppen und einem Pressespiegel herauszugeben. Der Pressespiegel soll Berichte aus der lokalen Presse über gelaufene Solidaritätsaktionen und Berichte aus der überregionalen und internationalen Presse zur Situation in Argentinien enthalten. Gruppen, die Berichte an das Info schicken möchten, oder gern selbst ein Exemplar hätten, wenden sich an die Argentinien-Hochschulgruppe c/o G. Reprich, Eschensiepen 42, 5600 Wuppertal 2.

Die Koordination zwischen den Gruppen läuft über die Kinderhilfe Lateinamerika e.V., Siebengebirgsallee 29, 5 000 Köln 41

Eine der geplanten Aktionen zur Unterstützung der Arbeit der argentinischen Menschenrechtsorganisationen ist die monatliche Demonstration vor der argentinischen Botschaft in Bonn. Dabei werden dem Botschafter Petitionen übergeben mit der Aufforderung, das Schicksal der Verschwundenen aufzuklären. Es ist wichtig, daß diese Petitionen von möglichst vielen Personen und Organisationen unterschrieben werden. Bitte fordert bei der Kinderhilfe Köln die Texte an und versucht, in Eurer Umgebung Unterschriften zu sammeln. Auch Informationen über die Demonstrationen (Termine etc.) sind bei der Kinderhilfe zu bekommen.

# ARGENTINIEN

## Bewegung in der Gewerkschaftsszene

Während weiterhin ständig spontane Streiks um Lohnerhöhungen stattfinden, haben sich die beiden rivalisierenden Gewerkschaftsgruppierungen CNT (Comisión Nacional del Trabajo) und die "Kommission der 25" zu einer neuen Einheitszentrale zusammengeschlossen. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben in der nächsten Zeit wird der Kampf gegen die Verabschiedung eines neuen repressiven Gewerkschaftsgesetzes sein.

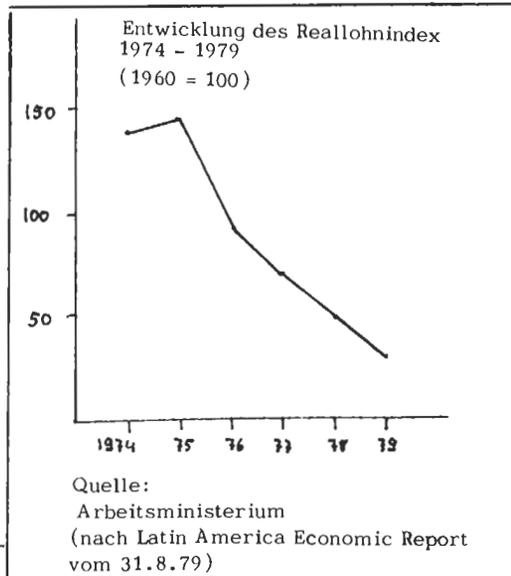
### Streikbewegung

Auch in den letzten Monaten ließ die Welle spontaner Streiks um Lohnerhöhungen nicht nach. Wie drängend das Problem der Lohnerhöhung ist, zeigt eine Berechnung der Tageszeitung LA NACION vom 7. August 1979: nimmt man als Basisjahr für den Reallohnindex eines Industriearbeiters das Jahr 1960 mit dem Index 100, dann lag der Index im Juni 1979 bei 36,5. Nach Angaben dieses Blattes sank der Reallohn seit dem Putsch 1976 auf die Hälfte.

Im September war besonders die Automobilindustrie von den Arbeitsniederlegungen betroffen. Es gab Streiks bei Chrysler, Renault und Peugeot sowie bei Standard Electric. Allein bei Peugeot befanden sich 5 500 Arbeiter im Ausstand und erreichten dadurch eine Lohnerhöhung um 22,3%.

Im Oktober verlagerten sich die Streiks auf kleinere Betriebe in der Textil- und Metallindustrie. Im Landesinneren legten in Tucumán und San Juan die Arbeiter der Transportunternehmen die Arbeit nieder. Bei den meisten Streiks wurden Lohnerhöhungen um 20% erzielt.

Diese Streiks wurden wie schon die vorhergehenden Streiks von lokalen Gewerkschaftskomitees organisiert und waren nicht von den traditionellen Gewerkschaftsführern, die in den Gruppierungen an der Spitze der Gewerkschaftshierarchie stehen, geleitet. Die meisten der Arbeitsniederlegungen sind spontan und haben keine nationale Koordination. Insofern haben sie zwar einerseits meist Erfolg bezüglich der Lohnforderungen, doch können sie die Wirtschaftspolitik nicht insgesamt in Frage stellen.



## Die neue Gewerkschaftszentrale

Anfang August führten die langwierigen Verhandlungen zwischen den beiden rivalisierenden oppositionellen Gewerkschaftsfraktionen CNT (Comisión Nacional del Trabajo) und der "Comisión de los 25" (vgl. LN 70) über die Vereinheitlichung des gewerkschaftlichen Widerstandes zu der Gründung einer neuen, einheitlichen Gewerkschaftszentrale - der CUTA (Conducción Unica de Trabajadores Argentinos - Alleinige Führung der argentinischen Arbeiter). Die CUTA wurde sofort vom Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) als legitime Vertreterin in der argentinischen Arbeiter anerkannt.

An der Spitze der CUTA steht ein nationales Komitee aus dreißig Gewerkschaftsdelegierten, wobei je 15 Delegierte von der CNT, bzw. der "Kommission der 25" gestellt werden. Die laufenden Geschäfte soll eine Exekutive aus 16 Mitgliedern führen (9 CNT, 7 "25"). Daneben wurden 5 Sekretariate gebildet mit den Ressorts: nationale Angelegenheiten, internationale Angelegenheiten, soziale und gewerkschaftliche Belange, Öffentlichkeitsarbeit sowie Wirtschaft und Statistik.

Bis jetzt stellt die CUTA aber noch keine wirkliche Einigung aller wichtigen Gewerkschaftssektoren dar, da sich ein Flügel innerhalb der "Comisión de los 25" von der Neugründung bereits distanziert hat. Dieser Flügel, der von der Mehrheitsfraktion der "25" von den Verhandlungen mit der CNT ausgeschlossen worden war, fordert neue Verhandlungen aller drei Gruppierungen, um zu einer "Einheit mit allen Sektoren" der Gewerkschaftsbewegung zu kommen. Während die Mehrheitsfraktion vorwiegend aus rechtsperonistischen Gewerkschaftern besteht, arbeiten in der Minderheitsfraktion andere peronistische Strömungen und auch Nichtperonisten zusammen.

In ihrer ersten Deklaration verlangte die CUTA sofortige Lohnerhöhungen und die Freilassung aller gefangenen Gewerkschafter. Außerdem forderte sie die unverzügliche Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen in Argentinien.

Das wichtigste Problem, das sich der neuen Zentrale in der nächsten Zeit stellen wird, ist der Kampf gegen die Verabschiedung des geplanten neuen Gewerkschaftsgesetzes, das bereits seit Frühjahr dieses Jahres in der Diskussion ist (vgl. LN 70).

### Diskussion um das Gewerkschaftsgesetz

Bis jetzt liegt noch kein fertiger Text des Gesetzes vor, das das alte peronistische Gewerkschaftsgesetz ersetzen soll, doch zeichnen sich folgende Regelungen ab:

Nach Aussagen von General Viola sollen nach diesem Gesetz Gewerkschaften nur noch auf Betriebs- und Industriezweigebene erlaubt sein. Dagegen soll der Zusammenschluß zu einem gemeinsamen nationalen Dachverband, wie er in der alten Confederación General del Trabajo (CGT) bestand, nicht mehr zugelassen werden. Die Kommission zur legislativen Beratung (Comisión de Asesoramiento Legislativo - CAL), die sich aus Offizieren der drei Teilstreitkräfte - Heer, Luftwaffe und Marine - zusammensetzt und Gesetzestexte ausarbeitet, schlug dagegen vor, den Zusammenschluß zu einer nationalen Zentrale zu erlauben. Aber die Aussagen Violas und des Finanzministers Juan Alemann, der die zu große Macht der Gewerkschaften beklagte und ganz offen zugab, die Wirtschaftspolitik diene der Schwächung der Arbeiterbewegung, lassen nur den Schluß zu, daß sich die Fraktion, die eine harte Linie gegenüber den Gewerkschaften vertritt, durchsetzen wird.

Bei der Neuorganisation soll das Prinzip der Einheitsgewerkschaft allerdings beibehalten werden. In jedem Betrieb, bzw. Industriezweig wird nur eine Gewerkschaft juristisch anerkannt werden. Den anderen gewerkschaftlichen Strömungen soll aber gemäß ihrer Stärke ein Mitspracherecht eingeräumt werden.

Das neue Gesetz sieht weiterhin vor, daß die Gewerkschaften keinerlei soziale Dienste unterhalten dürfen, wie z.B. Krankenhäuser, Ferienzentren, Versicherungen u.ä., was bisher eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften gewesen ist. Außerdem stehen die Finanzen der Organisationen unter einer strikten staatlichen Kontrolle.

Jegliche "politische Betätigung" soll streng verboten sein. Diese Maßnahme zielt darauf ab, den Peronismus, der sich seit dem Verbot der Parteien durch die Gewerkschaftsbewegung artikuliert, mundtot zu machen. Allerdings gibt es bereits jetzt Stimmen, denen dieses neue Gesetz noch nicht radikal genug ist. Vor seinem Putschversuch erklärte General Menéndez, die neuen Regelungen würden zwar verhindern, daß die alten, bekannten Peronisten wieder die Führung der Gewerkschaften übernehmen könnten, doch bestände weiterhin die Möglichkeit, daß die peronistische Bewegung die Gewerkschaften dominiere. Auch LA NACION äußerte diese Befürchtung, ging aber noch weiter, indem sie davor warnte, auf Betriebsebene könnten sich Elemente "vom linken Rand der Linken" einschleichen. (7.10.79)

Die CUTA versuchte bereits eine Audienz bei Präsident Videla zu erhalten, um ihm ihre Meinung zu dem bevorstehenden Gesetz zu sagen. Aber Videla verweigerte bisher die Audienz, da dadurch die nicht anerkannte Gewerkschaftszentrale einen offiziellen Status erhalten könnte.

Die Haltung der Militärs in der Gewerkschaftsfrage faßte Arbeitsminister General Llamil Reston zusammen: "Man muß sich mit dem Gesetz abfinden, statt gegen es zu kämpfen, denn es wird nicht geändert werden. Die Reorganisation der Gewerkschaften braucht Zeit, man darf sie nicht verschwenden. .. Das Gesetz muß erfüllt und nicht diskutiert werden." (LA NACION, 8.10.79)



## KOLUMBIEN

### Massenprozesse

Für November werden in Bogota vom Heeresinstitut (BIM) 3 Militärgerichte einberufen, die insgesamt 379 Angeklagte aburteilen sollen. Im ersten Prozeß, der am 22. Oktober auf der Militärpolizeistation "Puente Aranda" in Bogota begann, sind 7 Personen angeklagt, die beschuldigt werden, der Guerillaorganisation ELN (Nationale Befreiungsarmee, castristische Organisation) anzugehören. Sie waren im Mai dieses Jahres verhaftet worden. Ein Prozeß gegen weitere Angehörige der ELN wird ebenfalls in diesem Monat einberufen und in Rincon Quinones (Militärkaserne) stattfinden. Ein zweiter Prozeß soll am 12. November gegen 312 seit Januar diesen Jahres verhafteten Angehörige der Bewegung M-19 einberufen werden. Neben weiteren mutmaßlichen Mitgliedern dieser Organisation befinden sich zahlreiche Arbeiter, Bauern und Intellektuelle unter den Angeklagten, die z.B. nur wegen persönlicher Bekanntschaft mit den Mitgliedern der Organisation oder vollkommen fadenscheiniger Vorwürfe verhaftet wurden. Dazu gehören die Frau des Soziologen Fals Borda und der Ökonom Alfredo Sarmiento sowie 5 Mitglieder der Indianerorganisation CRIC, die der Zusammenarbeit mit den Guerrillas beschuldigt werden. (vgl. LN 69)



"Es lebe die Einheit der Bewegung der Indianer Kolumbiens"

UNTER DEN JETZT LAUFENDEN MASSENPROZESSEN SIND AUCH ANGEHÖRIGE DES INDIANERRATES AUS DEM CAUCATAL (CRIC)

Der Prozeß soll auf dem Fußballfeld (!) des Picota-Gefängnisses in Bogota stattfinden.

Gegen 40 Personen, denen die Zugehörigkeit zur FARC (Guerrillaorganisation der kommunistischen Partei, "Bewaffnete revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens") vorgeworfen wird, soll der Prozeß innerhalb des "Modelo"-Gefängnisses von Bogota ebenfalls demnächst stattfinden.

Seit dem dritten September läuft bereits ein Verfahren in Rincon Quinones gegen Mitglieder der Gruppe Pedro León Arboleda aus der Guerrilla-Organisation EPL. Es wird gegen 15 Personen verhandelt, davon gegen 4 in Abwesenheit, der Rest ist seit Oktober vorigen Jahres in Haft. (vgl. LN 74)

Bei diesem laufenden Prozeß zeigt sich bereits, wie die Wahrung der "Öffentlichkeit" des Verfahrens von den Militärs gehandhabt wird: Bei Eröffnung des Kriegsgerichts war der Saal bereits bis zum Dach mit Offizieren und Unteroffizieren verschiedener Waffengattungen gefüllt, deren Teilnahme mit angeblichen Ausbildungszwecken begründet wurde: damit sie später auch einmal die Funktion von Militärgerichten und Staatsanwälten wahrnehmen können.

### Neues Dekret behindert die Verteidigung

In allen diesen Prozessen (mit Ausnahme des letzten, der bereits im September begann) wird auf die Strafprozeßordnung ein neues Dekret angewandt, das am 9. Oktober im Rahmen des Notstandsrechts erlassen wurde. Mit der Begründung, daß die Abwicklung der Gerichtsverfahren, insbesondere der Militärverfahren (consejos verbales de guerra), die sich mit Verstößen gegen die öffentliche Ordnung befassen, einer Beschleunigung bedürften, wird der Artikel 594 des Militärprozeßrechts geändert, der die Verlesung sämtlicher schriftlicher Prozeßunterlagen in Gegenwart der Angeklagten und ihrer Anwälte vorschreibt. Nach der Änderung sollen in den Militärverfahren nur noch jene Schriftstücke verlesen werden, die von den Berichterstattern bzw. den Militärrichtern für wichtig erachtet werden. Die Verteidiger sollen nur noch Kopien aller Anklageschriften gleichzeitig für kurze Zeit einsehen dürfen, während die Originale in den Händen des Vorsitzenden verbleiben.

Ein Grund für dieses neue Dekret liegt einmal darin, daß infolge der Massenverhaftungen und hunderter von Hausdurchsuchungen im Laufe des letzten Jahres die Prozeßakten auf tausende von Aktenbänden angewachsen sind, sodaß die Militärverfahren Monate in Anspruch nähmen, wenn das Anklagematerial vollständig verlesen würde.

Dies ist jedoch nur der Anlaß für die Änderung des Prozeßrechtes bei Militärgerichtsverfahren. Das Hauptmotiv besteht darin, vor den Verteidigern, den Angeklagten und der Öffentlichkeit die Anhäufung von Unregelmäßigkeiten in der Voruntersuchung zu verschleiern und dabei zu kaschieren, daß die Kriegsgerichtsverfahren auf Geständnissen beruhen, die durch Foltern und Verletzung aller legaler Verfahrensregeln zu stande gekommen sind.

Das neue Dekret verletzt damit in flagranter Weise das Recht der Verteidigung und nimmt den Anwälten die Möglichkeit, solche Schriftstücke verlesen zu lassen, die für die Angeklagten sprachen und zu ihrer Verteidigung unerlässlich sind.

### Briefaktion von ai

elgener Name	Adresse
Adressat	
Su Excelencia,	
estamos profundamente preocupados por los ultimos acontecimientos en Colombia de los cuales nos enteramos por la prensa internacional.	
La expedición reciente del decreto No. 2482 del 9 de Octubre, el cual modifica el artículo 574 de la justicia penal militar, limita la lectura del expediente durante el consejo de guerra. Esto significa una medida más que apunta a hacer impracticable el ejercicio del derecho de defensa.	
Tememos que así se quieren ocultar ante la opinión pública irregularidades en la instrucción de los procesos ( confesiones arrancadas mediante torturas, violación de procedimientos legales).	
Atentamente	
Übersetzung:	
Sehr geehrter Herr Präsident,	
die neuesten Ereignisse in Kolumbien, die wir der internationalen Presse entnehmen, beunruhigen uns auf das Stärkste.	
Der am 9. Oktober erfolgte Erlass des Dekretes Nr. 2482, das den Artikel 574 der militärischen Strafjustiz modifiziert und festsetzt, daß das Verlesen der Prozeßakten während des Kriegsgerichtes nicht stattfinden kann, es sei denn dies wird von den Beisitzern gefordert. Hierin sehen wir eine weitere gravierende Beschneidung des Verteidigungsrechtes.	
Wir fürchten, daß man auf diese Weise vor der öffentlichen Meinung Unregelmäßigkeiten bei der Durchführung des Prozesses verbergen will (Geständnisse werden durch Folter erzwungen, legale Vorgehensweisen werden übertreten).	
Hochachtungsvoll	
Die Briefe sind zu senden an:	
- S.E. Presidente Julio César Turbay Ayala, Presidencia de la República, calle 10 Carrera 5-6, Bogota, Col.	
- Procurador General de la Nación, Guillermo Gonzalez Charry, Procuraduría General de la República, Bogota, Colombia	
- General Vega Uribe, Brigada de Institutos Militares, Bogota, Kolumbian	
Kopien bitte an:	
- El Espectador, Avda 68, Calle 22, Bogota, Colombia	
- Alternativa, Apartado Aereo 25496, Bogota, Colombia	

## Politische Gefangene schreiben...

Die politischen Gefangenen mehrerer Gefängnisse haben sich an die Öffentlichkeit gewandt:

1) Die Gefangenen aus San Isidro /Popayan (Cauca) beschwerten sich unter anderem über das verseuchte Wasser, das Darmkrankheiten erzeugt, über fehlende medizinische Hilfe, über das Essen, das unter völlig unzureichenden unhygienischen Bedingungen zubereitet wird und über die Verwahrlosung des Gebäudes, erniedrigende Behandlung und unzureichende Entlohnung der Wärter.

2) Die Politischen Gefangenen der Penitenciería Nacional von Palmira denunzieren, daß:

"Der Kollege und Politische Gefangene Gustavo Guzman seit 6 Monaten gefangen ist und infolge der Folter, der er unterworfen wurde, schwerkrank ist und daß ihm die notwendige ärztliche Hilfeleistung nicht gewährt wird."

2 Frauen und 5 Männer sind daher am 17. Oktober 1978 für 48 Stunden in einen Hungerstreik getreten.

Sowohl die Familie der Kollegen als auch das Komitee der Familienangehörigen haben versucht, alle legalen Möglichkeiten zu nutzen und haben keine Antwort erhalten.

### Verschleppung auf die KZ-Insel Gorgona

Zur Vorgeschichte

Wie wir in den LN 63 berichteten, fand im Oktober 1978 ein Prozeß in Bogota statt, in dem mehrere Personen abgeurteilt wurden. Unter ihnen auch Mauricio Trujillo der zusammen mit seiner Gefährtin Omaira Montoya festgenommen worden war, Omaira Montoya ist seither verschwunden. Wie wir in den LN 74 berichteten erhielten wir von den Gefangenen einen Brief, in dem sie uns mitteilen, daß sie ohne jegliche Beweise zu 14, 20 und 24 Jahren Haft verurteilt wurden.

Am vergangenen 26. Oktober wurden zwei der damals verurteilten: Mauricio Trujillo und Milton Orduzo gewaltsam aus dem Gefängnis La Picota herausgeschleppt und zur Insel Gorgona gebracht.

Auf der KZ Insel Gorgona werden die Menschenrechte systematisch verletzt. Die politischen Gefangenen ist sodann die Möglichkeit der Berufung in der zweiten Instanz verwehrt. Sie sind danach vollkommen isoliert.



DIE IM DAMALIGEN PROZESS ANGEKLAGTEN (MAURICIO TRUJILLO RECHTS)

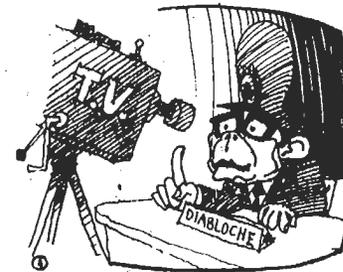
## PERU

Obwohl keine konkreten Ergebnisse erzielt worden waren, beschloß am 29.9. die Lehrgewerkschaft 'Sindicato Unico de Trabajadores de la Educación del Perú (SUTEP) ihren am 4. Juni aufgenommenen Streik abbrechen. Einen Tag zuvor, am 28.9., hatte der größte Gewerkschaftsverband Perus, die von der Moskauer orientierten KP (Unidad) geleitete CGTP, die Ausrufung eines Generalstreiks zur Unterstützung der SUTEP für den gegenwärtigen Zeitpunkt definitiv abgelehnt. Gleichzeitig haben die linken Politiker, Eltern, Lehrer und Studenten, die noch immer in Unterstützung der SUTEP im Hungerstreik waren, diesen abgebrochen. Eine verheerende Niederlage für die revolutionäre Linke?

### Der Verlauf des Lehrerstreiks

Nach kurzen aber intensiven Diskussionen mit den Basisorganisationen hatte die Führung der SUTEP zum 4. Juni den unbefristeten Streik ausgerufen. Sie forderte von der Regierung die Einhaltung des nach dem dreimonatigen Lehrerstreiks 1978 von beiden Seiten unterzeichneten Abkommens; hierin hatte sich die Regierung verpflichtet, inflationsausgleichende Lohnerhöhungen zu zahlen und die SUTEP offiziell als Gewerkschaft anzuerkennen. Ab Januar dieses Jahres wurden jedoch die Lohnerhöhungen 'vergessen' - nicht zuletzt aufgrund des vom IWF verordneten Sparprogramms - und die SUTEP ist noch heute illegal. Darüber hinaus forderte die SUTEP vor allem die Freilassung der ca. 200 Lehrer, die ab Februar verhaftet worden waren; einziger Anklagepunkt gegen sie: 'Subversion' und 'Agitation'!

Die Streikbewegung hat sich unter den 100 000 vom Staat angestellten Lehrern schnell ausgeweitet. Im Juli und August haben in fast allen Provinzen des Landes um die 90% der Lehrer gestreikt, in den traditionell kämpferischen Süd - Provinzen sogar 97 - 98%! Doch nach ca. drei



... "Und nun wollen wir das Lehrer-Problem gründlich betrachten..."

\* Der Erziehungsminister ist General Guabloche, im Volksmund Diabloche genannt (Diablo = Teufel)



"...ersten hat es sich erwiesen, daß es sich nur um einige wenige Agitatoren handelte"



Monaten ist die Streikbeteiligung allmählich in allen Provinzen zurückgegangen. Nach der Aufnahme des Hungerstreiks durch die 32 Führer linker Parteien und Gruppen am 3. September in Lima hat die Streikbewegung nochmals einen Aufschwung erhalten. Doch nach dem unkoordinierten schrittweisen Abbruch ihres Hungerstreiks ist auch die Streikbeteiligung der Lehrer kontinuierlich zurückgegangen; völlig zusammengebrochen ist die Streikfront jedoch nur in Lima - City.

Die Ursache für das Abbröckeln der Streikfront ist primär ökonomischer Natur: Nach drei Monaten Streik, d.h. nach drei Monaten ohne einen Pfennig Verdienst, konnten es sich viele Lehrer und Lehrerinnen schlichtweg nicht mehr leisten zu streiken. Die illegale SUTEP verfügt über keine geregelten Einkünfte; Spenden wurden zwar zur Einrichtung von Gemeinschaftsküchen verwendet, doch von einer Mahlzeit pro Tag kann niemand leben. So erzählte mir eine Lehrerin, die Anfang September wieder zur Arbeit ging: 'Ich finde es ungeheuerlich schmerzhaft, jetzt, wo meine Genossinnen mich so nötig brauchen, sie im Stich zu lassen. Aber ich bin nicht nur Lehrerin, sondern auch Mutter von drei Kindern. Ich kann die nicht verhungern lassen und meine Eltern können uns auch nicht mehr miternähren.' Um ihre Unterstützung für die weiterkämpfenden Genossinnen und Genossen der SUTEP zu zeigen, unternahmen viele der Lehrer und Lehrerinnen, die die Arbeit wieder aufgenommen hatten, verschiedene Kampfmaßnahmen in der Schule und auf der Straße: Die Demonstrationen waren bis zum Ende des Streiks zahlreich und militant und in den Schulen fand ein geregelter Unterricht nicht statt. Dennoch war die Masse der Lehrer/innen finanziell derart erschöpft, daß ein geschlossener Streik nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte; alles atmete auf, als die Versammlung der SUTEP am 29. September offiziell den Streik aussetzte.

Neben dieser rein materiellen Erschöpfung der Lehrerschaft war jedoch auch eine politische Isolierung, in die die SUTEP geriet, der Grund für die Aussetzung des Streiks. Die Front der in den Hungerstreik getretenen 32 Führer der Linksparteien und Basisvereinigungen war abgebröckelt und kurz vor dem Ende des SUTEP - Streiks hatten die letzten in Lima aufgegeben. Zudem hatte am 28. September die Generalversammlung der CGTP endgültig beschlossen, keine konkreten Kampfmaßnahmen zur Unterstützung der SUTEP zu unternehmen, d.h. sie verschob den von Basisvereinigungen und unabhängigen Gewerkschaften vehement geforderten 48 - stündigen Generalstreik auf unbestimmte



"...aber dank der analytischen, verantwortungsvollen und besonnenen Haltung einiger Sektoren...hatten sie keinen Erfolg..."

\*Streik? Welcher Streik?



"...das Erziehungssystem wurde intakt gehalten..."

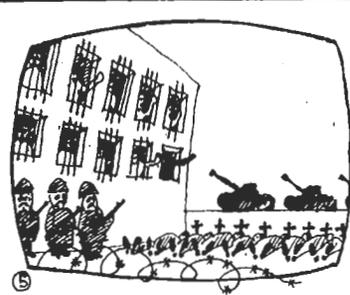


Zeit. Diese Isolierung wird auch von der Führung der SUTEP erkannt und der bei Ausbruch des Streiks verhaftete und noch immer in einem Militärhospital internierte erste Führer der SUTEP, Horacio Zeballos Gámez, meint: "So ließen uns diese beiden Ereignisse allein in der Konfrontation mit der Diktatur ... und es war taktisch recht geschickt, den Streik zu diesem Zeitpunkt auszusetzen, um wieder Kräfte zu sammeln..." (Aus einem Interview mit der linken Wochenzeitschrift Amauta, Nr.228, der es gelang, mit Horacio Zeballos in einer unbewachten Ecke des Hospitals zu sprechen).

Erfolg oder Niederlage

Die knapp 120 Tage Streik kosteten ca. 30 Tote und unzählige Verletzte; Hunderte wurden verhaftet - darunter die gesamte Führung der SUTEP - und viele von ihnen wurden gefoltert. Tausende wurden aus dem Schuldienst entlassen. Nach dem Ende des Streiks wurden zwar viele der Verhafteten freigelassen, doch Anfang Oktober begann eine neue Hexenjagd auf aktive SUTEP - Mitglieder. Mitte Oktober waren noch 100 Lehrer in den Gefängnissen der Militärs. Die meisten der aus dem Schuldienst entlassenen sollen zwar wieder eingestellt werden, ihre Wiedereinstellung wird jedoch von den Behörden systematisch verzögert. Von der Regierung wurde zwar informell zugesichert, daß sie 85% der einbehaltenen Löhne der Streikenden nachträglich ausbezahlen wolle, doch ist noch immer ungewiß, ob und wieviel sie wirklich ausbezahlen wird. Zudem wurde von den ursprünglichen Forderungen, mit denen die Lehrer in den Streik getreten waren, keine einzige erfüllt. Die sozialen Kosten waren somit sehr hoch, ohne daß die SUTEP konkrete Erfolge erzielt hätte. Nach 120 Tagen härtester Auseinandersetzungen ist einer der kämpferischsten Sektoren des peruanischen Volks gegen die Diktatur unterlegen und die konservative Wochenzeitschrift Carretas kann sich zu recht freuen, daß jetzt nach dem Ende des Streiks die gesellschaftlichen Kämpfe auf einem Tiefpunkt angelangt sind und der geregelte Ablauf der Wahlen im kommenden Mai gesichert zu sein scheint.

Einen solchen Streik wie den der SUTEP jedoch nach kurzfristigen Erfolgen und eurer platten Kosten - Nutzen - Rechnung beurteilen zu wollen, ist mit Sicherheit falsch. So meint Horacio Ceballos G. in dem erwähnten Interview mit Amauta: "Über den sogenannten Triumph der Regierung will ich in aller Klarheit folgendes sagen: Der poli-



"...die Probleme wurden friedlich und ohne irgendwelche sozialen Kosten gelöst..."



"...und zwar mittels des Dialogs und der gegenseitigen Verständigung..."



tische und moralische Triumph ist auf seiten der SUTEP, ist auf seiten der Sektoren des Volks. Von welchem Erfolg kann eine Diktatur reden, die völlig demaskiert worden ist und völlig ihr letztes Ansehen verloren hat? Von welchem Erfolg kann jemand reden, der wieder einmal das Land mit Blut getränkt hat und seinen repressiven und volksfeindlichen Charakter unter Beweis gestellt hat...? ...über einen Streik hinaus haben wir einen demokratischen und antidiktatorischen Kampf vor 120 Tagen geführt (und) ich habe immer erklärt, daß man Schlachten gewinnt oder verliert, sie sind Teil des Zick-Zacks immerhalb des Klassenkampfes, aber...sein Fortschritt ist unaufhaltsam, denn er ist Teil der Geschichte; in diesem letzten Streik haben wir ungeheuerer ideologische und politische Fortschritte gemacht, Fortschritte insbesondere im Klassenbewußtsein."

Der Kampf der SUTEP hat in der Tat das peruanische Volk stark politisiert. Die Repression gegen die SUTEP auf der Straße - bei den fast täglichen Protestkundgebungen in den Städten, richtete sich immer stärker gegen das Volk im allgemeinen; immer weitere Teile des Volks solidarisierten sich mit 'seinen' Lehrern und wurden in der Kampf mit einbezogen. Die ONIS, eine Vereinigung peruanischer Priester, stellte sich militant hinter die SUTEP und sprach offen die wachsende Sympatie aus, die das Volk der SUTEP entgegen bringt. Selbst die konservative 'Acción Popular' des Ex-Präsidenten Bedoya sah sich genötigt, die SUTEP zu unterstützen, um zumindest etwas Ansehen zu gewinnen und ihre antidiktatorischen Phrasen glaubhaft zu machen. Lediglich die APRA verurteilte den Streik dieser 'Marxisten'.

So hat die SUTEP zwar ihre konkreten Ziele, mit denen sie in den Kampf mit der Diktatur gegangen ist, nicht erreicht und mit ihr hat die gesamte Volksbewegung eine 'Niederlage' erlitten. Die peruanische 'Linke' dürfte hieraus jedoch gelernt haben, daß die Diktatur stärker ist, als viele meinten; der Traum, jetzt schon auf der Straße die 'Machtfrage' stellen zu können, ist vorbei. Als Ergebnis dieses gescheiterten Streiks ist es wohl auch anzusehen, daß die linken Parteien sich jetzt verstärkt auf die Vorbereitung der Wahlen im kommenden Mai stürzen. Das Gerangel um linke Bündnisse und Mehrheitsverhältnisse in diesen Bündnissen ist voll im Gange.



"...unter allen Umständen wurde eine schreckliche Politisierung und Bewußtseinsbildung unsere Jugend vermieden..."

\* Schluß mit der Ausbeutung



"...und wegen alldem glauben wir, daß wir die größten sind und nicht einmal Pinochet die Situation besser geregelt hätte."

# NICARAGUA

## 10 Thesen zur Revolution in Nicaragua

Leserbrief von Werner Middendorf:

(Wir veröffentlichen den Leserbrief von Werner Middendorf, weil er Ansatzpunkte zu einer Einschätzung des nicaraguanischen Prozesses enthält, die uns geeignet erscheinen, eine Diskussion in Gang zu setzen. Wir hoffen auf weitere, auch kontroverse Beiträge der Leser der LN und werden uns bemühen weiteres Material für diese Auseinandersetzung zu publizieren. die Red.)

1. Der Aufstand ist gelaufen. Seine Bilanz:

- ca. 40.000 Tote
- Industrie und Landwirtschaft sind zu 80% zerstört
- die Hungersnot: allein in Managua brauchen 80.000 Flüchtlinge jeden Tag 125 t Nahrung; weitere 125 t für die anderen Bezirke; wenn überhaupt, gibt es täglich eine karge Mahlzeit (die eigenen Ressourcen fallen auch demnächst erstmal wegen "Kriegsfolgen" aus, so daß schon die bloße Versorgung/Ernährung der Bevölkerung derzeit vom Ausland abhängt!)
- Demzufolge ist die Hauptaufgabe der neuen "Regierung des Wiederaufbaus" eben den Wiederaufbau des "in Schutt und Asche" liegenden Landes zu organisieren. Dabei steht es vor ziemlich leeren Kassen: vor seinem Abgang nach Miami Beach hat Somoza noch das gesamte Geld der Zentralbank abgehoben, was den von ihm schon vorher abgesehenen nationalen Reichtum von ca. über eine Milliarde Dollar nochmal um einiges erhöhen dürfte. Außerdem hinterließ er nationale Auslandsschulden, vor allem an die USA, von ca. 1,8 Mrd. Dollar, d.h. alles in allem ist seine Hinterlassenschaft ein fast kaputtes und total bankrotttes Land.

2. Für dessen Wiederaufbau hat die neue Regierung in den nächsten 8 Jahren 2,5 Milliarden Dollar als unbedingt notwendig beziffert. Da deren Verbuchung auch nicht absehbar ist, zeigt sich die neue Junta gegenüber ausländischen Besuchern auch enttäuscht darüber, daß die weltweite Hilfe gegenwärtig wesentlich geringer ist als die vom Somoza-Staat kassierte nach dem Erdbeben von 1972.

Immerhin sind einige Kredite schon sicher:

- die "Interamerikanische Entwicklungsbank" mit 500 Millionen
  - die BRD mit 22,5 Millionen
  - die EG mit 5,5 Millionen
  - das kath. Hilfswerk Misereor mit 3,6 Millionen sowie in Zusammenarbeit mit dem IRK viel humanitäre Hilfe.
- Höhe und Herkunft dieser "Entwicklungshilfe" läßt ökonomische und politische Absichten erahnen, die auch schon zur Zeit von Somoza & Co. dessen Interessen näherstanden als denen, die nun als doppelt "Leidende und Geschundene" dastehen mit nichts.

### Ökonomische Gegensätze im politischen Bündnis

3. Schon als Abhängige der Wirtschaft, deren Herrichtung für die Interessen des Imperialismus von Somoza & Co. gründlich so besorgt wurde, das auch für ihn einiges abfiel, hatten die "Geschundenen" wenig zu beißen und zu lachen: -die durch ihre Arbeit exportfähigen Produkte Baumwolle und

Kaffee (60% des gesamten Exports) wurden von den Großgrundbesitzern hauptsächlich an die USA geliefert.

-fast die gesamte Industrie ist im unmittelbaren Besitz ausländischen Kapitals, mit Ausnahme einiger Somoza-Firmen und diverser Zulieferbetriebe.

Um die optimale Ausbeutung durch o.g. Eigentümer zu sichern, um die nationalen Konkurrenten auf Sparflamme zu halten und um die wachsenden Krisenerscheinungen und sozialen Unruhen zu managen, hielt sich der Somoza-Staat ein politisch-bürokratisches Kontrollsystem und einen militärischen Unterdrückungsapparat, der ca. 1/3 des Staatshaushaltes kostete. Dagegen wollte das heranwachsende nationale Kapital die Ausweitung seines Anteils an diesem Reichtum ohne die von Somoza repräsentierten Schranken; dagegen wollte das zunehmend verelendende Volk ebenfalls seine Beteiligung in Form der ihm zunehmend vorenthaltenen Subsistenzmittel, also Arbeit und Brot, und auch mehr Gerechtigkeit. Dieser ökonomisch also sehr unterschiedlich begründete Wille der Veränderung herrschender Zustände vereinigte sich politisch in dem gemeinsamen Willen die Wirtschaft des Landes entsprechend zu modernisieren. Der falsche Glaube, diese Zustände seien wesentlich das Werk eines Mannes, ist die von den Betroffenen gewöhnlich vollzogene Personifikation ihrer ökonomischen und sozialen Abhängigkeit. (...hier wurde ein Satz ausgelassen, der uns sprachlich unverständlich war; die Red.)

Der in der jeweiligen Ausbeutung begründete Wille nach Veränderung artikuliert sich politisch/ideologisch, weil die wirtschaftlichen Bedingungen aller bzw. der Mehrheit durch gemeinsame politische Macht verändert werden sollen. Daß dabei die ökonomischen Gegensätze zunächst mal in den Hintergrund treten, wird auch heute noch deutlich, wenn an das "gemeinsame Interesse am nationalen Wiederaufbau" appelliert wird. Erst danach sollen die vermeintlich nur "ideologischen Differenzen" diskutiert werden, wenn die Grundposten von Staat und Wirtschaft stehen.

"Antisomocismo" und Nationalismus als echter Patriotismus sind so die Katalysatoren einer an sich heterogenen Bewegung. Diese "Große Koalition" von Beamten, Bankiers, Priestern, Geschäftsleuten, Professoren, Lohnabhängigen, Arbeitslosen wollte dergestalt gemeinsam "Freiheit und Gerechtigkeit in einem neuen, demokratischen Nicaragua."

### »Neues Nicaragua« unter kapitalistischen Verhältnissen

4. Die militärische Durchsetzungskraft, die ein solcher politische Wille braucht, war die FSLN.

1962 von einer Gruppe junger Oppositioneller - meist Intellektuelle - gegründet, waren die Sandinistas eine der zahlreichen Gruppierungen, die unter dem Eindruck der kubanischen Veränderungen die revolutionäre Überwindung mit den Waffen schaffen wollten. Sie stellten sich dabei in die Tradition General Sandinos, der schon 1928 mit patriotischem Geist erfolgreich kämpfte. Von dieser Strategie des "langandauernden Volkskrieges", deren wesentliche Vertreter Ruiz, Borge, Modesto sind, grenzte sich nach längeren ideologischen Querelen die "Proletarische Front" ab, in der hauptsächlich Studenten, die mit marxistischer Theorie in Berührung gekommen, eindeutiger ant imperialistische und klassenkämpferische Ansprüche vertraten. Aus den '77 er Aktionen heraus entwickelte sich dann die dritte Tendenz der FSLN, die "terceristas", was auch die "dritte Kraft" heißt. Diese wollte im Bündnis mit allen antisomocistischen und patriotischen Teilen der Bevölkerung für ordentliche und demokratische Verhältnisse kämpfen, eine Orientierung,

der sich naturgemäß viele schnell anschließen konnten. Sowohl deren z.T. militärischer Aktionismus, u.a. die mit Tausenden von Toten bezahlte Palastbesetzung, wie auch ihre offene Zusammenarbeit mit der FAO wurde von der "Proletarischen Tendenz" öffentlich kritisiert. Wohl auch die Erfordernisse des pragmatischen Kampfes brachten dann schließlich eine pragmatische Vereinigung dieser verschiedenen Organisationen mit KP und SP (Die "SP" war eine Moskau-orientierte Kommunistische Partei, die sich mittlerweile in der FSLN aufgelöst hat; die "KP" war eine Peking-orientierte Organisation. die Red.) in der MPU (vereinigte Volksbewegung) zu Stande, die sich "programmatisch" durch aneinandergereihte demokratische Forderungen auswies.

Die FSLN bewährte sich in der Tat als "die moralische Autorität, die den Gerechtigkeitssinn und den Freiheitswillen des Volkes zum Ausdruck" brachte. Genau dies ist die politische Stellung der Sandinistas gewesen, ihrem Gründer Sandino traditionell verbunden. Nicht politische Avantgarde mit klarer anti imperialistischer Agitation, die den ausschließlich demokratischen Nationalismus des Volkes kritisiert, sondern eben der autoritative Ausdruck des patriotisch-nationalen-moralischen Bewußtseins des "leidenden Volkes". Am 22.3.79 gibt es z.B. die "Unidad Sandinista" als "Wiedervereinigte Drei Tendenzen" ein Kommuniqué heraus, in dem diese politische Stellung als Aktionsbasis programmatisch formuliert ist: gegen die Tyrannei Somoza's, für Freiheit und Gerechtigkeit und Unabhängigkeit, mit ehrlichen und demokratischen und mutigen Kämpfern zum Sieg.

Daß die alten Regenten sowohl für den Imperialismus wie auch für die nationale Bourgeoisie unwirtschaftlich und politisch brisanter wurden, weil sie mit äußerster, kaum zu verbergender Brutalität allzusehr in die eigene Taschewirtschafteten, machte mittelfristig eine Ablösung notwendig, die den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen entspricht. Als militärische Kräfteiner auf ein "neues Nicaragua" drängenden Bevölkerung sorgte die FSLN für den Übergang von überkommenen Herrschaftsverhältnissen zu den zu erwartenden, modernen, aber immer noch ganz kapitalistischen Verhältnissen. Mit ihrem "bewaffnetem Kampf" schaffte die FSLN den beschleunigten Abgang der alten Herrscher-Clique. Dieser Übergang hinterließ ein in 1. beschriebenes Land mit Hungersnot usw., woran deutlich wird, daß die Kosten dieses Übergangs die Bevölkerung des Landes selbst trägt, weswegen es auch falsch ist, daß die USA oder andere imperialistische Mächte "die großen Verlierer" sein sollen

Allerdings täuschen sich zunächst diese Mächte in ihrer Suche nach einer adäquaten Ablösung in dem politischen Willen der FSLN. Die überschätzte Bedeutung der z.T. anti amerikanischen und sozialistischen Losungen suggerierten Bestrebungen nach einem "zweiten Kuba", was einerseits die Befürchtung der ganzen westlichen Welt und ihrer Journaille war, und andererseits Identifikationsmoment dieverser hiesiger Linker. Daß es soetwas auch nicht geworden ist, bestätigt Staatschef Castro auf der eigenen Revolutionsfeier ausdrücklich noch hinterher. Spätestens, als es um Übergangsregierung und weitere Zukunft ging, und noch mehr im Juli/August, als die weitere Zukunft praktisch angegangen werden musste, wurde der Grund des "herzlichen Einvernehmens" bei den letzten Verhandlungen seitens US-Botschafter Bowdler und der Sandinistas offensichtlich.



### »Blockfreiheit« und imperialistische Interessen

5.D.Ortega, FSLN-Tercerista-Führungsmitglied in der neuen 5köpfigen Ziviljunta, wies wie alle anderen Regierungsmitglieder "ausdrücklich darauf hin, daß die neue Regierung das Privateigentum respektieren werde, auch in der geplanten Agrarreform". Klar formulierte es A.Robelo in einem Interview (als junger Unternehmer und Vertreter der FAO in der Junta): die Privatinitiative sei ein außerordentlicher Anreiz zur Entwicklung; wo das nationale Kapital nicht zurechtkäme (wofür er erstmal sorgen wird), wo man sie eben brauche, da könne man auch ausländische Investitionen akzeptieren; und auch die Industrie solle der Privatinitiative überlassen sein.

Der in materieller Form überhaupt noch verbliebene Somoza-Besitz (hauptsächlich einige Firmen und Banken und viel Ländereien) wird verstaatlicht, was zwar "zum passiven Volksvermögen" beiträgt, aber deren nutzbare Werte (von wem, bleibt offen) werden erst in einigen Jahren produktiv sein. Neben der Verstaatlichung der sieben Privatbanken, deren Kassen eh leer sind, können auch alle Geschäfte der ausländischen Banken "ungestört weitergeführt" werden. Auch die von Teilen beabsichtigte Verstaatlichung von Fisch- und Holzindustrie und Bergbau tangiert zumindest imperialistische Interessen wenig, sind deren Pfründe doch überwiegend in Kaffee und Baumwolle und im restlichen industriellen Sektor aktiv. Die angestrebte "unabhängige Aussenpolitik" und zukünftige Mitgliedschaft in der "Blockfreien Bewegung" mag der eigenen politischen Souveränität einiges an Selbstbewußtsein geben; ökonomisch soll es dazu dienen, die "einseitige Abhängigkeit von den USA zu vermindern". Bleibt die Frage, auf welchen "Blockfreien" Absatzmärkten?

Zum anderen bleibt anzunehmen, das sich auch in den anderen Bereichen die "anreizende Privatinitiative" durchsetzen wird, wenn der Wiederaufbau erst mal abgeschlossen ist.

### Die Regierung des nationalen Wiederaufbaus

6. eine derartige sog. "Misch-Wirtschaft", deren sich internationale Kapital nach wie vor bedienen wird, in der die nationalen Kapitalisten jetzt besser dastehen als früher und der Rest erstmal vom Staat auf Schwung gebracht wird, wo also mit Privateigentum und Konkurrenz wesentliche Bedingungen einer freien Marktwirtschaft installiert sind, erfordert ihre adäquate politische Absicherung bzw. Begleiterscheinungen, in der sich schon lange einig sind: "das neue Nicaragua wird Demokratie."

Deren politische Institutionalisierung steht größtenteils "für die nächsten 3-5 Jahre" schon fest:

- eine 5 köpfige Ziviljunta;
- V.Chamnorro, reiche Großgrundbesitzerin
- S.Ramirez als Mitglied der "Gruppe der 12" und Vertreter der "nationalen patriotischen Front" (womit die MPU gemeint ist), der in einem Interview auch seinem Hauptanliegen Ausdruck gab, nämlich die Gründung "einer von Grund auf nationalen Partei" von Arbeitern bis "hin zu fortschrittlichen Teilen des Großbürgertums"...
- A.Robelo, zitierter Unternehmer und Vertreter der FAO, weiß auch politisch Bescheid: die Regierung hat "unseren 70% Analphabeten die Grundkenntnisse des demokratischen Lebens beizubringen" (in seinen Fabriken als Übungsstätten?)

- M.Hassan als liberaler Vertreter der MPU, Patriot und Professor
- D.Ortega als Mitglied der nationalen Führung der FSLN

--ein 13-Mitglieder-Kabinett, in dem, wie schon in der Junta, ebenfalls "Repräsentanten aller demokratischen Kräfte des neuen Nicaragua" sitzen, z.B. der neue Wirtschaftsminister, früher zu Diensten als Präsident der Industrie- und Handelskammer in Costa Rica, z.B. der Agrarminister als Besitzer einer Zuckerfabrik und mehrerer tausend Hektar Land, (inzwischen ersetzt durch Jaime Wheelock, von der "tendencia proletaria der FSLN, die Red.)

z.B. der Verteidigungsminister, früher ein unzufriedener Oberstleutnant in der Nationalgarde.

Und auch der Innenminister, Anwalt Tomas Borge, hat als langjähriger Führer der FSLN, "geprägt von Guevara, Castro und Debray" schon vor dem großen Endsieg die Demokratie als einzig machbare Möglichkeit herausgestellt; außerdem kann er mit seiner Organisation am besten den Wiederaufbau organisieren.

-- für 'legislative' Belange einen Statsrat mit 33 Plätzen, auf denen ebenfalls Repräsentanten aller Parteien, aber 'auch Kirche, Gewerkschaft und andere Gemäßigte' vertreten sind.

-- Zur Absicherung des 'wirtschaftlichen und politischen Lebens' wird 'unverzüglich eine neue Armee aufgebaut, ganz im Dienste der Demokratisierung, der Souveränität' usw. . Zu diesen Diensten dürfen auch 'vaterlandsliebende, ehrlich' Soldaten und Offiziere der ehemaligen Nationalgarde weiterwirken. Deren obere Chargen haben sich im übrigen gut versorgt in die USA abgesetzt.

Außerdem liegt auch schon ein 'Notstandsgesetz' vor, welches die 'somozistische Verfassung ersetzen soll', und auf dessen Grundlage auch 'Anordnungen' getroffen werden, gegen Plünderung, Prostitution, Glücksspiel usw., die auch von 'Sondertribunalen' überwacht werden.

### Sozialdemokratisierung des Sandinismus?

7. Die somit komplettierte demokratische Institutionalisierung wurde bereits - auf Einladung der neuen Regierung - von einer Delegation der Sozialistischen Internationale unter der Leitung von Herrn Soares (der ja Erfahrung hat) besichtigt, und auch von einem deutschen, sozialdemokratischen Staatssekretär für äußerst positiv befunden. Schließlich hatte ein Monat vorher auf einem Sozi-Chef-Treffen der Abgesandte der neuen Regierung ein klares Bekenntnis der neuen Regierung - 'auch Sandinistenführer Pastora' - zur Sozialdemokratie überbracht. Erfreut bei der Besichtigung über 'Großzügigkeit und Humanität der Revolutionäre' waren sie hinterher sicher, daß der 'eingeschlagene Weg mit pluralistischer Demokratie, politischer Liberalität und Privatinitiative einen Wiederaufbau im Interesse aller' besorgen wird, weswegen man sich auch für finanzielle und politische Kreditierung einsetzen will. Und wenn sich dann noch die Sandinistische Befreiungsfront, wie beabsichtigt, als sozialdemokratische Partei etablieren wird, zeigt sich wie schon bei der portugiesischen Entwicklung, daß die Kontakte zur SI und zur SPD zur Sicherung und Etablierung marktwirtschaftlicher Verhältnisse nützlicher sind als sich mancher Strauß-Kritiker das hierzulande sich denken mag. So gibt es nun also ein neues, blockfreies, sozialdemokratisch regiertes Nicaragua, mit freier Marktwirtschaft und Demokratie.

### Bewaffneter Kampf für ordentliche Lohnarbeit

8. Das mit Hilfe Somozas Regierung extremistisch ausgebeutete Volk ist nun angesprochen, seinen Beitrag für das gelungene Zustandekommen o.g. Entwicklungen zunächst mal im vereinigten Wiederaufbau zu leisten. Die Junta hat über ihre Medien "Arbeits-Produktions-Aufbaubrigaden" verordnet (ähnlich wie unser Volk damals).

Die verschiedenen Elemente der Selbstorganisation des Volkes in der Stadt und auf dem Lande, von in- und ausländischen Linken immer vorschnell als Antizipation der selbstständigen neuen Gesellschaftsordnung gefeiert, haben wie immer in der Regel wenig ideologische, ganz praktische Funktionen, nämlich die Versorgung mit Lebensnotwendigem zu organisieren.

Danach darf es dann auf dem Lande und in der Fabrik durch ordentliche Lohnarbeit einen nationalen Reichtum produzieren, von dem es zur Belebung des Binnenmarktes eben auch den Lohn als Subsistenzmittel erhält (ganz wie unser Volk heute), also wenn es leben will, gezwungen ist, für Andere Lohnarbeiten zu gehen. Wenn es dabei als werdende Lohnarbeiter nicht nur demokratisch-alphabetisiert wird, also Ausbildung und vielleicht Soziales sich leisten muß, dann sind seine derzeitigen Forderungen nach Arbeit und Brot und Gerechtigkeit auch ordentlich erfüllt.

### Internationales Vertrauen in ökonomische Zwänge

9. neuere Überlegungen seitens interessierter Kreise zur imperialistischen Einflußsicherung lassen sich etwa so zusammenfassen:

1. arbeitsteilige Regelung zwischen USA, EG/BRD, JAPAN im gemeinsamen Geschäft von Ausbeutung und strategischer Interessenabsicherung, wobei die Konkurrenz gelegentlich für Querelen sorgt;

2. in den imperialistischen Randzonen nationalselbstständige Staaten ökonomisch in stabiler Abhängigkeit halten, dabei großzügig deren militärische Handlungsmöglichkeiten sicherstellen, wodurch in der jeweiligen Gegend für ökonomischen und politischen Einfluß gesorgt ist;

3. ideologische Differenzen in der Erledigung von 1 u. 2 zurückstellen, eigene militärische Intervention soweit wie möglich hinter der des geförderten Staates zurückstellen, wobei, falls der zu selbstständig wird, notfalls nicht nur 110.000 Mann schnell zur Verfügung stehen.

In dem Übergang zum neuen Nicaragua läßt sich die erfolgreiche Wirkungsweise dieser Regeln beobachten:

in dem Interesse an der Verhinderung cubanischer Verhältnisse spielen wirtschaftliche und geopolitische Faktoren eine Rolle: die Möglichkeit des Kanalbaus will man sich erhalten und dem Gegner verwehren; und die Praxis des wirtschaftlichen Nutzens nicaraguanischer Natur- und Arbeitskraftressourcen will man sich erhalten. Zu diesem Zweck diente den USA militärisch die Nationalgarde, bei deren Einsatz sie selbst besser dasteht. Die war zum Schluß nicht mehr so brauchbar, aber zu dem Zeitpunkt auch nicht mehr so notwendig, weswegen die Waffenlieferungen aus Israel, Spanien usw. auch ausblieben. Schließlich gab es ja zunehmend Erfolg auf der Ebene politischer Verhandlungen, wobei deren begleitende symbolische Interventionen und andere Drohungen, wenige anders gesinnte zurückstecken ließ. Die für die Installation einer partnerschaftlichen Regierung ebenso hilfreichen Dienste der SI runden die wohlgemeinte Einbettung des neuen Nicaragua ab.

## Imperialistische Kontinuität und traditionelle Strategien

10. Griechenland, Chile, Portugal, Iran, Nicaragua (Fortsetzung folgt) sind national variierende Beispiele für die erfolgreiche Durchsetzung des Imperialismus. Obwohl sich das auch bei genauerem Zeitungslesen rauskriegen läßt, weigert sich die Linke nicht nur hierzulande, traditionelle Strategien diverser Avantgarde-Organisationen mal kritisch zu beleuchten. Diese sind oft auf Sand gebaut, weil sie zum einen von falschen Vorstellungen besetzt sind und darin die Frage imperialistischer Abhängigkeit entweder mit dem "demokratischen Kampf" oder mit dem "bewaffneten Kampf" glauben beantwortet zu haben.

Die falschen Vorstellungen sind häufig folgender Art:

1. daß die "Erfahrung von Ausbeutung und Unterdrückung" potenziell revolutionäres Bewußtsein hervorbringt, heißt noch lange nicht, daß einer derart praktisch werdenden Gesinnung eine für die Produzenten vernünftige Gesellschaftsordnung folgt.

2. wer sagt, daß revolutionäres Bewußtsein eigentlich dabei, könne aber nicht praktisch werden, weil die Unterdrückung es eben daran hindere, soll sich nur ansehen, was dann darauskommt, wenn es dann doch passiert (s. Wahlen in o.g. Ländern)

3. wer das dann einer falschen Führung zuschreibt und dieser die richtige (ML) entgegen hält, verwechselt auch leicht den Aufbau der eigenen Organisation mit der Selbstorganisation des Widerstandes des Volkes. Auch wäre zu begründen, warum die richtige Führung fehlt, wo meist auch offensichtlich wird, wer da führen will. Außerdem zeigt sich u.a. in o.g. Ländern, da deren Volk mehrheitlich solche ideologischen Orientierungen durchsetzen wollte, womit die bestehenden Verhältnisse so modernisiert oder reformiert werden sollen, das es als "unterdrückte Mehrheit" zu Arbeit und Brot und Gerechtigkeit kommt. Diese Orientierung entspringt näher zu bestimmenden gesellschaftlichen Verhältnissen einschließlich derer Produktivkräfteentwicklung und ist nicht einfach durch eine richtige Avantgardeführung umzupolen.

4. der zusätzlich organisierte bewaffnete Kampf - das ist die Lehre aus dem Übergang zum neuen Nicaragua - ist an sich kein adäquates Mittel, die ökonomische und politische Macht des Imperialismus im Verein mit nationalen Kapitalisten und seinen politischen Interessen zu brechen. Wer hier Cuba als positives Beispiel zitiert, sollte erstmal die Analyse von F. Mires im Rotbuch 187 w. derlegen

5. wo sich auf Weltmarktebene das Wertgesetz durchsetzt, also gesellschaftlich durchschnittlich die Freiheit von Eigentum und Lohnarbeiter hergestellt wird, da muß derjenige, der sich dieser Entwicklung entgegenstellen will ernsthaft überlegen, wie er das mit bloßem Willen und Opfermut machen soll. Außerdem ist mit diesen Charaktereigenschaften nicht die hohe Entwicklung der Produktivkräfte ersetzt, die für eine "Gesellschaft frei assoziierter Produzenten und freier Entfaltung der Individualität" Voraussetzung ist. Der Wille und die Agitation des wahren Revolutionärs vermag allerdings für die beschleunigte Negation der ganzen Scheiße zu sorgen, dabei auch dafür, daß in demokratisch-kapitalistischen Verhältnissen des Staatsbürgers das Recht auf Koalition und Rede und Pressefreiheit in seinem Sinne genutzt werden mag.

## BRASILILIEN

### Relative Pomokratie

Nach dem Willen der Regierung erlischt Ende November das Zweiparteiensystem und mit ihm die beiden bisherigen Blöcke MDB und ARENA. Die Proteste sind laut, aber wirkungslos: Der Kampf um die Erbmasse ist in vollem Gange. Das neue Gesetz bevorteilt dabei bestehende Machtpositionen und begünstigt damit Parteistrukturen "von oben nach unten", die selbst in linken Parteiinitiativen vorherrschen. Der Übergang zur "relativen Demokratie" vollzieht sich nach dem Fahrplan des Regimes, die Opposition zerfleischt sich im "Parteiaufbau", und die Regierung... regiert.

Mitte Oktober hat die Militärregierung ihren lang angekündigten Entwurf eines neuen Parteien-Gesetzes vorgelegt zur Beratung im Kongreß, in dem ihre Anhänger eine sichere Mehrheit haben. Die offizielle Oppositionspartei MDB und selbst Teile der Regierungspartei ARENA zeigen sich über die antidemokratischen, autoritären Züge des Entwurfs überrascht und empört. Echt daran ist allenfalls die Empörung, und auch die wird bald pragmatischen Anpassungsbemühungen Platz machen: Im wesentlichen war nichts anderes von dieser Regierung erwartet worden.

Die Interessenlage ist zu klar: Das 1966 von den Militärs geschaffene Zwangskorsett eines unveränderbaren Zweiparteiensystems hat sich gegen seine Urheber gekehrt, seitdem der MDB zunehmende Wahlerfolge erzielt, während der Name "ARENA" selbst von den Regierungskandidaten als politische Negativ-Werbung verabscheut wird. Die bisherige "Lösung", durch immer skandalösere Verbiegungen der Wahlgesetze die Niederlagen bei der Stimmauszählung in Siege bei der Sitz-Verteilung umzumünzen, ist auf die Dauer unvereinbar mit der Projekt der Militärs, ihr Regime in eine "relative Demokratie" zu überführen. Die offene Diktatur soll durch den Schein von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit abgelöst werden; ständige willkürliche Eingriffe, die diesen Schein enlarven würden, müssen daher vermieden werden. Die Regierung erwartet zu Recht, daß die Oppositionsfront sich in mehrere Teile spalten wird, und daß dabei insgesamt weniger ARENA-Leute zu oppositionellen Neugründungen abwandern als bisherige MDB-Politiker zu den Futterkrippen des Regierungslagers überlaufen.

Dennoch beinhaltet diese größte Neuerung in den parteipolitischen (Falsch-)Spielregeln des Landes seit 1966 auch Risiken für die Regierung: Sie muß die Gründung linker Parteien zulassen, und sie muß sich bei den kommenden Wahlen von 1980/81 (Gemeinde-Parlamente), 1982 (Gouverneure, Staats-Parlamente und Bundeskongreß) und vor allem 1984 (Präsident) viel stärker als bisher auf Verhandlungen mit zivilen Kräften einlassen.

Der zentrale Artikel 2 des Entwurfs lautet: "Die gegenwärtigen Parteien sind aufgelöst, (...) da sie die in diesem Gesetz aufgestellten Voraussetzungen für ihr Bestehen nicht erfüllen." Rechtstech-

nisch stellt dies einen Urteilsspruch dar, den ein Gericht zu fällen hätte, und ist daher als Gesetzestext ein Unding. Aber um ja kein Schlupfloch zu lassen, schrieb die Regierung die gewünschte Anwendung noch vor die Regeln selbst mit ins Gesetz.

Die weiteren Bestimmungen besagen: Die künftigen politischen Gruppierungen müssen sich "Parteien" nennen; Bezeichnungen wie "Movimento" oder "Alianza" sind also verboten. Der Name darf auch nicht an "religiöse Überzeugungen oder Zugehörigkeitsgefühle rassistischer oder klassenmäßiger Art" appellieren - ein Damoklesschwert über linken Parteinitiativen wie die "Partido dos Trabalhadores" (Partei der Arbeiter, PT) von Gewerkschaftsführer Lula oder selbst die "Partido Trabalhista Brasileiro" von Ex-Gouverneur Brizola. Auch eine "Christdemokratische Partei" (die niemand plant) wäre verboten.

Der Geist des Gesetzes kommt aber vor allem in seinen Bestimmungen über Parteigründungen zum Ausdruck. Danach sind Parteigründungen "von oben" - ausgehend vom heutigen parteipolitischen Establishment - sehr erleichtert, Parteigründungen "von unten" dagegen zwar nicht verboten, aber unter fast unerfüllbare Bedingungen gestellt. Für eine Gründung "von oben" sind 10 % der Parlamentarier in beiden Häusern des Kongresses nötig, das sind 42 Abgeordnete und 6 Senatoren. Diese Mindestzahl ist so angesetzt, daß alle laufenden Initiativen im Spektrum von Sozialdemokratie bis Rechts sie mühelos überspringen, nicht aber das kleine Häuflein fortschrittlicher Parlamentarier: Sie müssen sich einer bürgerlichen Parteigründung unterordnen, oder sonst sich auf den langwierigen und ungewissen Weg einer Parteigründung "von unten" machen.

Dafür braucht man 101 Gründungsmitglieder, die ein Parteiprogramm und -statut verabschieden und dem Obersten Wahlgericht zur Genehmigung vorlegen müssen. Schon dort können alle unerwünschten Parteien, vor allem die verschiedenen kommunistischen Parteien, ausgesiebt werden. Werden die Dokumente als systemloyal befunden, dann haben die Initiatoren knappe 8 Monate Zeit, um in mindestens der Hälfte aller Bundesstaaten und dort in jeweils mindestens einem Drittel aller Gemeinden Gründungs-Versammlungen durchzuführen und so Parteiführungen auf unterster und mittlerer Ebene zu bilden, die schließlich eine nationale Führung anstelle der 101 Gründer wählen. Die Partei kann dann an Wahlen teilnehmen. Dabei hat sie alle vier Jahre eine komplizierte Sperrklausel zu überwinden: Sie muß 5 % der Stimmen im Durchschnitt von mindestens 9 Staaten (fast der Hälfte) erhalten, in keinem davon aber weniger als 3 %. Schafft sie das nicht, so erhält sie nirgends ein Mandat, auch nicht in den Staaten, in denen ihre Kandidaten sehr viel höhere Stimmenanteile erzielten. Dieses Verbot von Regionalparteien soll es unmöglich machen, fortschrittliche Parteien auf der Grundlage oppositioneller "Hochburgen" in den wenigen Industriestädten des Landes - vor allem in Sao Paulo - aufzubauen.

Schon in den vorangegangenen Monaten hatte die bevorstehende Neugruppierung der Parteien heftiges Gerangel um Ausgangspositionen ausgelöst: Jeder Politiker mußte bemüht sein, durch die Neugründungen nach oben statt zwischen die Stühle zu fallen. Mit der Veröffentlichung des Entwurfs wurde die Hektik unbeschreiblich. Zum ersten Mal war der Kongreß in Brasilien selbst an Montagen und Freitagen bevölkert, die sonst zu verlängerten Wochenenden in den jeweiligen Heimatstaaten verwandt werden. Aus den Reihen der Opposition und selbst einiger ARENA-Dissidenten kamen scharfe Protest-Erklärungen. Der Fraktionssprecher der Opposition Freitas Nobre nannte den Entwurf "pornokratisch" (einer Herrschaft von Schweinen entstammend).

## Aufbauen geht über Spalten

Die erste Reaktion der verschiedenen Flügel des MDB bestand darin, die brüchige Einheit erneut zu beschwören: Man werde sich das Markenzeichen "MDB" nicht kampfflos wegnehmen lassen. Gleichzeitig war jedoch allen bewußt, daß die Regierung manche Bestimmung im Entwurf als Verhandlungsmasse betrachtete, nur nicht diesen: Die Auflösung der bestehenden Parteien.

Während also noch öffentliche Einheits-Kundgebungen abgehalten wurden - wie z.B. mit breitester Beteiligung am 27.10. in Sao Paulo -, läuft gleichzeitig ein unbeschreibliches Hauen und Stechen um die Erbmasse. Jeder mißtraut und verhandelt mit jedem, bedacht, die sich bildenden Züge nicht zu verpassen, sondern den eigenen Weggen möglichst nahe hinter die als Lokomotiven fungierenden Integrations- und Führungsfiguren zu koppeln. Niemand möchte seinen potentiellen Gegnern von morgen den Namen, die Kartekästen, Gebäude und Verbindungen der bisherigen MDB-Leitungen überlassen. Dabei biedert sich die MDB-Rechte bereits offen der Regierungspartei an, in Erwartung künftiger Gemeinsamkeit mit deren "aufgeklärtem" Flügel.

So fanden sowohl im Staat Sao Paulo wie auch auf Nationaler Ebene nervenaufreibende Kämpfe um die Neubesetzung der Vorstandsposten statt - in einer Partei, die noch einen Monat zu leben hat. Auf nationaler Ebene erlangte die vereinigte Parteirechte der "moderados" (Mitte-Rechts-Gruppierung um Tancredo Neves) und der "adesistas" (regierungstreue Rechte um Chagas Freitas) rund die Hälfte der zu vergebenden 71 Vorstandssitze, das heterogene Zentrum um Franco Montoro ("liberales" oder "Nicht-Gebundene") etwa 20 %, und die "auténticos" (Linke, Sozialdemokraten und Populisten) rund 30 %. Alle 71 sind Parlamentarier, also Parteileute - wieder wurde kein einziger Vertreter der Arbeiterschaft, der Bauern, Studenten oder städtischen Basisbewegungen zugelassen.

In Sao Paulo verliefen die Fronten im Kampf um eine Kompromißliste nicht nur zwischen rechts und links, sondern zusätzlich - und noch erbitterter - zwischen den Linken um Alberto Goldmann, denen eine Nähe zur traditionellen Kommunistischen Partei nachgesagt wird, auf der einen und denen um Fernando Henrique Cardoso auf der anderen Seite, die ein "partido popular" sozialistischer Orientierung vortreiben. Eine dritte Gruppe linker MDB-Abgeordneter, die mehrheitlich aus städtischen Basisbewegungen hervorgegangen waren, präsentierte eine aussichtslose Protestliste "unidade popular", die 14 % der Delegiertenstimmen erhielt. - Es ist kennzeichnend für den Zustand des MDB in Sao Paulo, daß Gouverneur Maluf (ARENA) fast immer Mehrheiten für seine Gesetzesvorlagen findet, obwohl der MDB über 2/3 der Sitze verfügt.

Allgemein wird erwartet, daß sich aus dem gegenwärtigen Bestand an Senatoren und Abgeordneten im Kongreß vier Parteien "von oben" bilden werden:

- eine rechte Regierungspartei als direkte Nachfolgerin der ARENA
- eine Mitte-Rechtspartei unter Tancredo Neves, die sich auf den Großteil der "moderados" und "adesistas" zuzüglich einiger ARENA-Dissidenten stützt. Zu den Promotoren gehören mehrere ehemalige Regierungsmitglieder und Bankiers wie Magalhaes Pinto und Olavo Setubal. Ein solches "partido independente" könnte auf Unterstützung aus Kreisen des Großkapitals rechnen und hat damit reelle Chance, von den Militärs als alternative Regierungspartei akzeptiert zu werden.
- die PTB von Brizola (vgl. LN Nr.74), und
- ein Zentrums-Bündnis aus "liberales" und restlichen "auténticos".



Eine Ausnahme und Auflehnung demgegenüber stellt der Vorschlag eines "Partido dos Trabalhadores" dar, das von den neuen kämpferischen Gewerkschaftsführungen um Lula vorangetrieben wird (vgl. LN Nr. 75). Gerade aus der Erfahrung, daß in der Vergangenheit Gewerkschaften immer zu Instrumenten von Parteipolitik degradiert wurden, bemühen sich die neuen Gewerkschafter um eine von ihnen selbst kontrollierte parteipolitische Organisierung, als einzige Garantie für eine reale Vertretung von Arbeiterinteressen.

Dagegen hat es von anderen wichtigen Vertretern der brasilianischen Linken - wie dem früheren Arbeitsminister Almino Affonso, dem Soziologen und Vize-Senator Cardoso und dem Abgeordneten Aurelio Perez, selber Arbeiter und führendes Mitglied der Lebenshaltungskosten-Bewegung - ernstzunehmende Einwände gegeben: Ein PT könnte die wenigen kämpferischen Gewerkschaftsführer personell überfordern und zu einer Ausblutung von gewerkschaftlichen Aktivitäten führen; eine Partei der Linken dürfe nicht auf die Industriearbeiterschaft beschränkt sein, sondern müsse kleine Angestellte, Arbeitslose, kleine Selbständige und Hausfrauen mit umfassen; ein PT allein werden niemals genügend Stimmen bekommen, um zu einer ernstzunehmenden Kraft zu werden, geschweige denn die bestehenden Parteigesetze zu erfüllen. Sie schlagen daher die Gründung eines "partido popular" vor, zu dessen Initiatoren auch Teile der "auténticos" und die Führungen kämpferischer Stadtteilbewegungen gehören sollen.

Beide Gruppen haben sich seit Juni mehrfach getroffen - in Sao Bernardo, Porto Alegre, Sao Paulo und soeben am 20/21.10. bei einem "Treffen der Oppositionen" in Belo Horizonte, an dem 520 Vertreter von Parteien, Gewerkschaften, Basisbewegungen, Kirchenleute und Intellektuelle teilnahmen - und dabei ihre Standpunkte angenähert, ohne ihre Initiativen jedoch bisher vereinheitlichen zu können. Die Angst der Gewerkschafter, ihre Interessen könnten in einer breiteren Gruppierung verwässert und fremdbestimmt werden, ist nicht ausgeräumt.

Sie haben daher beschlossen, die Gründung des PT voranzutreiben - und sei es nur, um gesicherte Ausgangspositionen und ein festes Unterpfand für künftige breitere Zusammenschlüsse zu haben. Am 13.10. fand in Sao Bernardo die Gründung einer "Bewegung für den PT" statt, an dem außer Lula und die ihm nahestehenden Gewerkschaftsführer auch der ehemalige Gewerkschaftsführer Ibrahim und der frühere Bauernführer Manoel da Conceição - beide frisch aus dem Exil zurückgekehrt - teilnahmen. Ibrahim vertritt einen Gutteil der Gewerkschaftsopposition, und Conceição vermag die Brücke zur Landbevölkerung zu schlagen. Außerdem nahmen mehrere bekannte Intellektuelle um das sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut CEDEC wie Francisco Weffort und José Alvaro Moises teil.

In der dort verabschiedeten "Politischen Erklärung" kündigen die Unterzeichner an, "unnachgiebig die Autonomie und Unabhängigkeit der Gewerkschaften und aller sozialen Bewegungen nicht nur gegenüber dem Staat, sondern auch gegenüber den politischen Parteien" zu verteidigen. Als soziale Grundlage der Initiative nennen sie "jene neue und breite soziale Bewegung", die außer den Gewerkschaften auch Stadtteilorganisationen, Basisgemeinden, die Lebenshaltungskosten-Bewegung, die Studentenbewegung, die Zusammenschlüsse von Intellektuellen und Freiberuflern, die Bewegung der Frauen, die Bewegung der Schwarzen und schließlich die Bewegungen zum Schutz der Indianer umfaßt. Ein so breiter Bezug auf soziale Bewegungen außerhalb der Gewerkschaften hatte in den bisherigen Erklärungen und Anstrengungen der PT-Initiatoren gefehlt (und auch diesmal waren kaum Vertreter dieser Bewegungen dazugeladen), zeigt aber eine Bereitschaft zur Öffnung gegenüber dem Vorschlag eines PP.

Der Vergleich zwischen der beabsichtigten Bandbreite der Führungen im oberen Schaubild und der realen heutigen Trägerschaft der jeweiligen Initiativen ergibt: Den breitesten Anspruch hat die Initiative zur Neugründung der PTB unter Brizola, die mit einem Schwerpunkt im sozialdemokratisch modernisierten Populismus auch linke Strömungen umfassen möchte. Dies äußert sich innerhalb der Gruppierung bereits in einem heftigen Streit zwischen "gemäßigten" und radikalisierten Gruppen (die als "históricos" bzw. "ideológicos" bezeichnet werden). Brizola hat weder in den neuen Gewerkschaftsführungen noch in den Basisbewegungen nennenswerten Rückhalt; seine Partei wird sich aus einer Gruppe von Abgeordneten der Gruppe der auténticos bilden, zu der einzelne "liberales" und selbst der eine oder andere "moderado" hinzugewonnen werden sollen. Im übrigen vertraut Brizola zu Recht auf die Zugkraft des traditionellen, mit der Vaterfigur von Vargas verbundenen Namens PTB bei der unorganisierten Wählerschaft. Nach einer Gallup-Umfrage würden heute 22 % der brasilianischen Wähler die Parteikürzel "PTB" wählen - ebensoviele wie "MDB", wenn beide nebeneinander auf dem Stimmzettel stünden.

Der PT-Vorschlag geht von der neuen Gewerkschaftsbewegung, einigen Linksintellektuellen sowie vereinzelt Abgeordneten des "grupo popular" (ehemalige Führer von Gewerkschaften und Basisbewegungen) aus, beabsichtigt aber nach der neuen Erklärung, in den städtischen sozialen Bewegungen insgesamt, den Intellektuellen und in Gefolge dessen bei einem Gutteil der heutigen auténticos Unterstützung zu finden. Der Vorschlag eines PP möchte dagegen das Spektrum bis zu vereinzelt Liberalen erweitern. Nur bei dieser Gruppe von Partei-Initiatoren sind schon heute Führungen von Stadtteilbewegungen beteiligt, von den neuen Gewerkschaftsführern dagegen nur eine Minderheit.

Es wird deutlich, daß von der Konzeption und der heutigen Trägerschaft die Vorschläge PT und PP sich am meisten ähneln - es wäre daher ein schwerer Schaden für die brasilianische Linke, wenn deren Vereinheitlichung mißlänge. Bleibt jedoch als unvermeidlich die Konkurrenz zwischen einer solchen sozialistischen Linkspartei und der sozialdemokratischen PTB, die unweigerlich ein ähnliches Wählerpotential mit ähnlichen kurzfristigen Programmpunkten ansprechen werden.

Eine Sonderstellung nimmt die PCB ein, die als einzige politische Kraft die Beibehaltung des MDB - bereinigt um die adesistas - als breites Bündnis bis hin zu den moderados fordert (Grund genug für die Regierung, in der Begleitbotschaft zum Gesetzesentwurf alle als heimliche Kommunisten zu brandmarken, die gegen die Auflösung des MDB sind). Ihre Logik ist klar: Die PCB läuft sonst Gefahr, isoliert zu werden und damit legale Handlungsmöglichkeiten zu verlieren. Sie bewegt sich derzeit in einem Graufeld geduldeter Illegalität: Ihr legendärer Generalsekretär Prestes kehrte Ende Oktober 81-jährig aus dem Moskauer Exil heim und wurde von 5000 Leuten stürmisch begrüßt. Auch andere bekannte Mitglieder des Zentralkomitees sind zurückgekehrt und sprechen offen im Namen des PCB.

Andere prominente Rückkehrer der letzten Tage sind José Novas, Mitglied des Zentralkomitees der "albanischen" PCdoB, und der Bauerführer Juliao, der sich dem PTB zuordnen will.

## 400 000 Metaller im Massenstreik Polizei erschießt Gewerkschaftsführer

Wer konnte es ahnen, daß frau/man sich nicht mehr so schnell (oder garnicht!) mehr wieder sieht ?

Wir lernten uns im April 1978 in Sao Paulo kennen. Es war ein "historischer Abend", wie es einige Gewerkschaftskollegen sagten und sie meinten die großartige Versammlung in den Räumen der Gewerkschaftszentrale von Sao Paulo-Stadt. Die "Oppositionsliste -3" stellte sich der Metallarbeiter-Basis der größten lateinamerikanischen Metall-Einzelgewerkschaft (60 tausend Mitglieder, zuständig für 350 Metallarbeiter) vor. "Oppositionsliste -3": ein Sammelbecken fortschrittlicher Arbeiterführer, eine Vielzahl von ihnen selbst ehemalige Gewerkschafter in führenden Ämtern, derer sie - sei es durch den Putsch von 1964, den Massenverhaftungen im Jahre 1968, oder sei es durch Spitzeltätigkeit nach 1968 und Polizeieinsätzen - beraubt wurden.

Knapp tausend Arbeiter drängten sich an jenem "historischen Abend" in einem Saal, in den höchstens ein Drittel der Anwesenden normalerweise hineinkam - und dies vor den Augen des "pelego" (=Schaffsfell, das das Reiten weicher macht, d.h. den Klassenkampf entschärft) Joaquim dos Santos Andrade. Dem wurde ganz heiß an diesem Abend, denn 14 Jahre "Verrat" an den Metallarbeitern von Sao Paulo wurden da vorgetragen und eine alternative, basis-orientierte Gewerkschaftspolitik gefordert.

SANTO DIAS DA SILVA saß vorne am Rednerpult. Für die Arbeiter der Mecânica Alfa (eines Maschinenbau-Großbetriebes) und für die jahrelange Tätigkeit - teilweise nur durch illegale Arbeit aufrechtzuhalten - zum Zweck der gewerkschaftlichen Verankerung in den Betrieben, liess er sich als 2. Vorsitzender dieser oppositionellen Liste der Metallarbeitergewerkschaft von Sao Paulo aufstellen. Die Liste bestand fast nur aus Arbeiterführern, die wie der Listen-Spitzenkandidat ANISIO BATISTA DE OLIVEIRA, die bei multinationalen Konzernen tätig waren und ihren Arbeitsplatz wegen ihrer Aktivität ständig bedroht sehen mussten.

Die meisten mussten, selbst nach verlorener Wahl (die trotz Anfechtung im Juli 1978 nicht wiederholt wurde) des neuen Metallarbeiter-Gewerkschaftsvorstandes, ihre Betriebe verlassen; sie wurden gefeuert. So auch SANTO DIAS DA SILVA.

Dann kam der Massenstreik vom November 1978 in Sao Paulo-Stadt. Die Metallarbeiter erzielten einige Erfolge durch ihre Verhandlungen mit dem Staat (als "Wächter" der Interessensgegensätze...) und den Unternehmern. Doch eine neue Entlassungswelle aktiver Gewerkschafter auf der Grundlage der von den Unternehmern untereinander ausgetauschten "schwarzen Listen", machte vor allem die kämpferischen Gewerkschafter zu Dauerarbeitslosen.

"Klassenkampf von oben": das heißt für den Industriellenverband von Sao Paulo (FIESP - ein Arbeitgeber-Gremium, in dessen Vorstand auch die Geschäftsführer einschlägiger BRD-Konzerne sitzen) Lohndruck, Polizei auf dem Werksgelände (VWI), Entlassungen, Werkschutz-Einsatz und Mord.

SANTO DIAS DA SILVA wurde am 29. Oktober vor den Werkstoren der Firma Sylvania von der Militärpolizei erschossen! Seine Beisetzung erfolgte weniger Tage später - mitten im Streik - mit einer Massenveranstaltung in der Kathedrale von Sao Paulo, wo sich Kardinal Evaristo Arns mit den streikenden Arbeitern solidarisierte, während draußen die Kirche von der Polizei systematisch abgeriegelt wurde.

Wie sich bis Redaktionsschluss zeigte, bildeten in den darauffolgenden Tagen, die Kirchen den einzigen Zufluchtsort der streikenden Arbeiter, die ihrer Gewerkschaftszentralen durch die Polizei beraubt wurden.



Santo Dias da Silva



### Kampf für gewerkschaftliche Einheit

Bemerkenswerterweise ist dies gleichzeitig der größte Streik der brasilianischen Geschichte der letzten 15 Jahre und derjenige, über den die westdeutschen Medien sich am meisten ausschweigen. Gibt oder gab es da Winke aus den Konzernzentralen der BRD-Multis, eine Nachrichtensperre über Brasilien zu verhängen? Es darf darüber spekuliert werden. Allerdings aus gutem Grund, denn es gibt keinen Tag, an dem nicht neue skandalöse Fakten über die Praktiken von Siemens/KWU im Atomgeschäft an das Tageslicht gehievt werden. Zwei westdeutsche Korrespondenten (Manfred von Conta-Süddeutsche Zeitung - und Klaus Eckstein, ZDF) mussten schon ihren Hut nehmen; Schwerpunkt ihrer Korrespondenzaktivität in den letzten 2 Jahren waren eben Gewerkschaften, Multi-Machenschaften und Atomgeschäft. Während sich die etablierte Zensur über den BRD-Medienwald gelegt hat, tut Hintergrundinformation Not.

Bei dem immer noch anhaltenden Streik in Sao Paulo ging es diesmal um mehr als nur Lohnerhöhungen: trotz einer repressiven Welle, die sich seit einigen Monaten wieder auf die Soziale Massenbewegung im Lande niederschlägt, sahen sich die Metallarbeiter von Sao Paulo und Umgebung durch die Massenstreiks in den Bundesstaaten Minas Gerais und Rio Grande do Sul zu einer "Generaloffensive" gegen die Regierung

Figueiredo ermutigt. Die Lohnrunde der Metallarbeiter von S. Paulo sollte ein "heißer Frühling" werden, der für sie bereits im August mit der Aufstellung der wichtigsten Forderungen und, später, mit dem Comando Geral de Luta (= Allgemeines Kampf-Kommando) begann. "Heiß" sollte diese Lohnrunde deshalb werden, weil 3 Gewerkschaftsbezirke gleichzeitig - und nicht wie vorher, isoliert - mit der Unternehmerseite verhandeln wollte.

Durch diese einheitliche Aktion sollte ein Exempel für andere Gewerkschaften (auch für andere Branchen) statuiert werden, die ebenfalls im November ihre Tarife kündigen wollten. Neben den 400 tausend Metallarbeitern, waren Lohnerhöhungen der Drucker (41 tausend), Chemiarbeiter (60 tausend), Textilarbeiter (240 tausend) und der Handelsangestellten der Hauptstadt und des Landesinnern von Sao Paulo (560 tausend) fällig.

So haben sich im August bereits 32 Gewerkschaften auf einen gemeinsamen Forderungskatalog geeinigt, mit dem Ziel jetzt schon den Unternehmern den Atem durch gleichzeitige und angepasste Lohnrunden zu nehmen und die Arbeitsgesetzgebung des Regimes in der Praxis weiter zu unterlaufen.

Diese 32 Gewerkschaften, zuständig für circa 2 Millionen Metallarbeiter stellten folgende Forderungen auf, die durch die Arbeitskämpfe der letzten beiden Jahren immer noch nicht erfüllt worden waren:

- 50% ige Lohnerhöhung,
- Festbetrag von ca. 150 Mark,
- Grundgehalt von ca. 360 Mark,
- Arbeitsplatz-Stabilität sofort nach Aufnahme des Arbeitsverhältnisses,
- Ausdrücklicher Kündigungsschutz für die von der Basis gewählten Gewerkschafts-Kommissionen und Betriebsräte,
- Einheitliche Tarifrunde in der Metallindustrie Sao Paulos auf Landesebene (Bundesstaat/Anm. d.Red.),
- 40-Stunden-Woche bei gleichem Lohn (bislang 48-Stunden-Woche!).

Die Gewerkschaften räumten jedoch ein, daß es jeder einzelnen vorbehalten bleibe, zusätzliche, spezifische Forderungen hinzuzufügen. Der Forderungskatalog wurde sodann, in den darauffolgenden Wochen des September und Oktober, den Arbeitern in den einzelnen Betrieben und der Gewerkschaftsbasis zur Diskussion gestellt. In Osasco, einem bedeutenden Industriebezirks Sao Paulos mit ausgesprochen kämpferischer Basis, forderten die Arbeiter die Unternehmerseite sogar mit einer 90%igen Lohnforderung heraus. Die Unternehmerseite bot jedoch nicht mehr als 66%, nachdem die Lohnrunde schliesslich mit der einheitlichen Forderung von 83% seitens der Gewerkschaften aufgenommen wurde. Die Diskussionen an der Basis und die Zahl der gewerkschaftlichen Massenveranstaltungen häuften sich zusehends im Oktober; dieser wurde tatsächlich der Beginn eines heißen Frühlings. Einmalig für die Mobilisierung war diesmal die Aktivität des Allgemeinen Kampf-Kommandos, dessen Aufstellung die basisorientierten Oppositionslisten durchsetzen konnten und personell schliesslich auch anführten. Die Metallopposition von Sao Paulo-Stadt, beispielsweise, wurde sogar an personell an den Verhandlungskommissionen mit den Unternehmern beteiligt. "Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser" war die Parole, die die Runde machte. Sie richtete sich gegen die alteingesessene Gewerkschafts"mafia", die nochmal... unter dem Druck der Basis nachgeben musste. Massenveranstaltungen im Fussballstadion Pacambú von Sao Paulo (mit 400 tausend Arbeitern) bildeten den Höhepunkt vor dem endgültigen Eintritt in die Verhandlungsrunde am letzten 28. Oktober. Doch die Unternehmer blieben hart - wohl wissend, daß eine Novellierung des

## Arbeitskämpfe der Metaller in Sao Paulo halten an

# IG Metall protestiert gegen Polizeieinsatz

FRANKFURT/SAO PAULO (NEUE). - Die IG Metall und die nationale brasilianische Bischofskonferenz haben inzwischen auch gegen die Unterdrückung der streikenden Metallarbeiter in Sao Paulo protestiert

In einem Schreiben des Vorsitzenden der IG Metall, Eugen Loderer, an den Vorsitzenden der brasilianischen Metallarbeitergewerkschaft in Sao Paulo heisst es wörtlich: „Wir haben mit Bestürzung von der Erschiebung des Kollegen da Siva sowie den vielfachen Verhaftungen während des jüngsten Arbeitskampfes in Sao Paulo gehört. Wir protestieren mit Euch gegen das brutale Vorgehen der Polizei, gegen die Behinderung des Streikrechts und gegen jede

Regierungsintervention in die Arbeit der Gewerkschaften.

Die nationale Bischofskonferenz Brasiliens hat ihre Beunruhigung über die „ungeöhnliche Repression“ gegenüber den streikenden Metallarbeitern bekundet. In einem in Brasilia veröffentlichten Kommuniqué drückten die Bischöfe vor allem ihr Bedauern über den Tod des Gewerkschaftsführers Santos Dias da Silva, „eines für seine gewaltlosen Aktionen bekannten Arbeiters“ aus, der am Dienstag von der Polizei ermordet worden war. „Dieser Arbeiter hat für gerechte Gehälter gekämpft, um den Tod von Kindern und Familien zu verhindern, die mit Hungerlöhnen ihr Leben fristen“ heisst es in der Entschliebung weiter.

Die neue Politik der Regierung Figueiredo sieht nun vor, daß fortan im Abstand von jeweils 6 Monaten im Jahr lediglich 2 Lohnerhöhungen gewährt werden, deren Bemessung sich das Regime unter dem "liberalen" Arbeitsminister Macedo weiterhin vorbehält.

Gegenstand künftiger Direktverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern soll lediglich eine 4 bis 5 prozentige Lohnparzelle sein, die sich nach der jeweiligen Unternehmensproduktivität richtet.

Mehr als 200 Gewerkschaftsführer aus ganz Brasilien reisten kurz vor der Verabschiedung dieser neuen (?) Lohn(knebel)politik nach Brasília, wo sie Ende Oktober die Parlamentsdebatte und die Beschlüsse über die verschiedenen Änderungsvorschläge der Oppositionspartei MDB verfolgten.

In der Hauptstadt versuchten noch einmal die kämpferischsten Gewerkschafter durch ihre persönliche Anwesenheit "physischen Druck" auf die Entscheidungsträger auszuüben - schliesslich hatten sie in Zusammenarbeit mit der MDB zahlreiche Änderungsvorschläge der Regierungs-Novellierung ausgearbeitet, die dann in einer Gemischten Kommission (zusammengesetzt aus Regierungs- und Oppositionsmitgliedern) von den Regierungsmitgliedern "gekippt" wurden.

Parlamentarische Schikanen, die dazu führten, daß die Regierungspartei ihre einschlägigen Kommissionsmitglieder "auf Dienstreisen" schickte um somit die Änderungsvorschläge der Opposition zu umgehen - die nur bei anwesender Mehrheit der Parlamentsmitglieder überhaupt gewählt werden konnten - liessen der Opposition nichts anderes übrig, als das "kleinere Übel" - die neue Lohnpolitik der Regierung zu wählen.

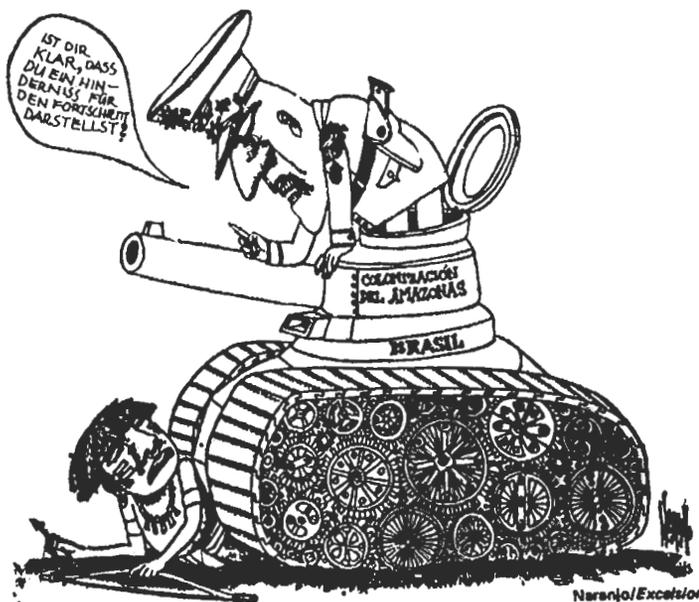
Somit war die Bahn frei für eine Verhärtung der Unternehmerhaltung in der Lohnrunde der Metallarbeiter von Sao Paulo. Am 29. Oktober scheiterte der erste Verhandlungsversuch. In der Nacht zum 30. Oktober riefen die Gewerkschaften von Sao Paulo, Osasco und Guarulhos zu einem gemeinsamen Massenstreik auf, der sofort von circa 400 tausend Metallarbeitern befolgt wurde. Streikposten zogen vor hunderten von Betrieben auf, die Gewerkschaften benachbarter Bezirke, wo die Automobilindustrie angesiedelt ist, solidarisierten sich. Nach geltendem Unrecht(!), verstießen sie damit gleichzeitig gegen die herrschende Arbeitsgesetzgebung und das "Gesetz der Nationalen Sicherheit" - beide verbieten Solidaritätsaktionen zwischen den Gewerkschaften.

Am 30. Oktober reagierte die Militärpolizei von Sao Paulo mit General Mobilmachung und besetzte sofort eine Reihe von Gewerkschaftszentralen. In Sao Paulo-Stadt wurden dabei sofort 250 Gewerkschaftsführer verhaftet, Druckmaschinen und Informationsmaterial beschlagnahmt, die Gewerkschaftszentralen "versiegelt" und unter militärische Bewachung gestellt.

Einzelne Bischöfe stellten ihre Kirchenhäuser den Streikenden zur Verfügung. Aber selbst davor machte die Militärpolizei keinen Halt: in der ersten Novemberwoche wurde beispielsweise die Socorro-Kirche in Sao Paulo von der Polizei umzingelt, die Fenster und Vitrale mit Tränengasbomben zertrümmert und die Streikenden, die dort tagten, massenweise bei ihrem eiligen Verlassen der Kirche, die in Rauchschwaden gehüllt war, verhaftet.

Doch der Streik der Metallarbeiter ging auch am 8. November (Redaktionsschluss) in Sao Paulo weiter. Die Beteiligung war nicht mehr die Anfängliche, aber 300 Tausend erklärten sich für die Ausdehnung des Streiks weiterhin bereit.

In Sao Paulo "überprüfte", vor Ort, der Gesamtpersonalchef von VW, Briam - ehemals Chefredakteur des IG-Metall Funktionärblattes "Der Gewerkschafter" (!) - die Anklagen gegen den VW-Konzern, der im März Polizei aufs Werksgelände geholt haben soll, als die Automobilarbeiter streikten. Doch, darüber kein Wort in der deutschen Presse.



## URUGUAY

### Drei Jahre Folter

Über eine buchstäblich 3 Jahre und 5 Monate währende Folter berichtet Alcides Martin Lanza Perdomo, Mitglied der uruguayischen PC, dem Internationalen Sekretariat von Amnesty International. Vom 2. Februar 1976 bis zum 1. Juli 1979 befand er sich im Gewahrsam der uruguayischen Militärs in Zellen, Lagerschuppen, ausrangierten Eisenbahnwaggons und Kellern und unter anderem auch in einem "Schweinchen" genannten Kasten, einer Innovation unter den schier unerschöpflich scheinenden Methoden und Instrumenten der lateinamerikanischen Foltermaschinerie.

#### Zeugenaussage

"Ich heiße ALCIDES MARTIN LANZA PERDOMO und wurde am 11.11.1919 in Uruguay geboren.

Ich wurde am 2. Februar 1976 um 14 Uhr an der Kreuzung Paysandú- und Ejidostraße in Montevideo von Polizisten in Zivil festgenommen. Man brachte mich in einen kleinen Laden oder Werkstatt, wo ich eine große Unordnung und einen Polizisten bemerkte, der eine Kiste herausrug, die offensichtlich aus einer Plünderung stammte.

Dort wurde ich geschlagen und mit Zigaretten verbrannt; was als Tracht Prügel begann, endete im "trockenen U-Boot" und im "nassen U-Boot" (Methoden, bei denen der Malträtierte fast ertränkt oder erstickt wird, d.Ü.) sowie in der "Telefon"-Folter (der Gefolterte wird unaufhörlich und sehr heftig auf beide Ohren geschlagen), in Folge derer ich ein volles Jahr auf dem linken Ohr taub blieb. Mit einer Kapuze versehen und gefesselt, warfen sie mich in einen geschlossenen Lieferwagen oder Lastwagen und sagten mir: "Du bist entführt"; sie machten auf der ganzen Fahrt mit dem Verhör und den Anklagen, die sie schon vorher angefangen hatten, weiter. Meine einzige Antwort war immer negativ.

Auf meine sich wiederholende Antwort "Ich weiß nicht" sagten sie zu mir: "Hier kommst du nicht lebend raus. Das ist noch gar nichts im Vergleich zu dem, was dir in der 'Maschine' bevorsteht." Die Fahrt auf dem Boden des Lastwagens dauerte viele Stunden.

Nach Ankunft an "der Maschine" begann das strenge Verhör, das eingeleitet wurde mit einer medizinischen Untersuchung, bevor die intensive Folter begann. Zunächst wechselten das "nasse U-Boot", "plantones" (stundenlanges Stehen) und verschiedene Quälereien einander ab. Bei einem dieser insgesamt 12 bis 15 "U-Boote" wurde ich ohnmächtig und erwachte davon, daß ein Krankenpfleger mit mir Mund-zu-Mund-Beatmung machte. Ich glaube, das war am 15., und im gleichen Moment hörte ich, wie jemand sagte: "Der Arzt rät von weiteren U-Booten ab, weil er das nächste nicht überleben wird."

Mehr als 30 Tage machten sie mit den anderen Foltermethoden weiter, indem sie mich noch "Aufhängen" und wieder stundenlanges Stehenlassen zufügten.

Am 8. März verlor ich das Bewußtsein ganz, und von dem, was passierte, kriegte ich nichts mit bis zum 3. April. Bei meinem Erwachen war die erste Frage: "Warum bist du barfuß?" Ich antwortete: "Nein; ich war es jedenfalls nicht." Die Stimme beharrte darauf und bedeutete mir, auf meine Füße zu schauen. Auf meine Antwort, daß ich nichts sah, hob mir einer die Binde oder Kapuze, die ich anhatte, hoch, damit ich wirklich sehen konnte, daß ich keine Schuhe anhatte. "Wie waren deine Schuhe?" fragte jemand. "Blaue Stoffsandalen mit Gummisohlen". Noch

bevor ich geantwortet hatte, brachten sie sie. Im selben Augenblick konnte ich sehen, daß sie kaputt waren und es unmöglich war, mir überhaupt die Schuhe anzuziehen, sowohl wegen des Zustands meiner Schuhe als auch meiner Füße, denn letztere waren geschwollen wie aufgeblasene Plastiktüten und blutverkrustet und voller Wunden und Striemen. (...)

Die psychische Folter mit Geräuschen war immer am schwierigsten zu überstehen: die ständige Drohung, die Kinder zur Folter zu bringen, daß meine Genossin bei der Folter starb und daß...

"Du wirst der einzig Verantwortliche für ihren Tod sein; sagst du nun aus?"

"Ich habe nichts auszusagen," war meine Antwort wie immer, (...)

Dreimal wurde ich zum Baden gebracht, dabei bespritzten sie mich aus 3-Zoll-starken Schläuchen 20 bis 30 Minuten lang mit eiskaltem Wasser. Das erste Mal badeten sie mich in voller Kleidung und ließen mich so, bis ich trocknete. Die anderen Male badeten sie mich nackt und dann blieb ich so, drei Tage und Nächte nur mit einem Poncho bedeckt. Und dazu kam, daß jedesmal einige Jugendliche versuchten, mich mit einer stumpfen und klemmenden Schere zu rasieren. Das war ein zusätzliches Vergnügen ... für sie. (...)

Danach lernte ich eine neue Foltermethode kennen - ich glaube, so um den 10. Juli -, die ich näher beschreiben will. Sie nannten sie "Schweinchen". Sie besteht aus einem Kasten von 75 x 120 cm, der aus rohem Holz ist und eine kleine Tür an der breiten Seite und einen in der Höhe verstellbaren Deckel hat, der als Presse fungiert. Ein 3/4-Zoll-starkes verchromtes Eisenrohr steckt horizontal in dem Kasten, ungefähr 80 cm über dem Boden.

Der Folterprozeß beginnt mit Schlägen von Peitschen, die aus lederverkleideten Stahlruten bestehen, und dabei vertauschen sie den Draht, mit dem sie mich sonst immer festschnallten (ein dickes, ausgefranztes Stahlkabel, das man bei elektrischen Leitungen benutzt und das die Handgelenke zerschneidet), mit den neu aus den Vereinigten Staaten eingeführten Handschellen, die sich bei der geringsten Bewegung noch fester in das Fleisch einschneiden und so schon für sich selbst eine Folter sind.

Die Hände auf dem Rücken gefesselt, sperren sie mich durch die Seitentür in den Kasten und legen mich rittlings auf die Eisenstange. Die ebenfalls gefesselten Füße stützen sich auf dem Boden ab. Dann legen sie den Deckel, der als Presse fungiert, auf den Rücken, so daß der Kopf und der hintere Teil des Körpers gegen die Wände an jedem Ende des Rohrs gestützt bleiben, und die Brust und die Schamgegend stützen sich nur auf das Rohr, wobei vor allem die Hoden unter einem ständigen starken Druck sind. Bei all dem ist es gänzlich unmöglich, sich zu bewegen.

Als aber diese Methode gescheitert war, wandten sie eine noch brutalere an, die darin besteht, daß sie anstatt des Eisenrohrs ein Rohr in der Form eines umgekehrten T's, d.h. mit der scharfen Kante nach oben, einsetzen. Und dann veränderten sie die Stellung des Körpers, indem sie ihn mit der T-Stange einige Zentimeter haben, was bewirkt, daß man kaum noch mit den Spitzen der Zehen den Boden berührt und immer den starken Druck des Deckels auf dem Rücken hat.

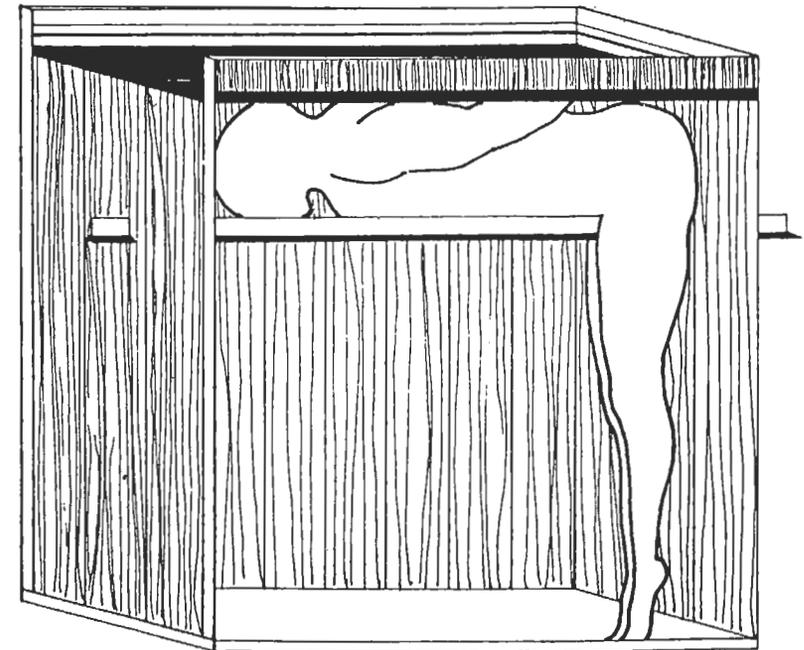
Nach unendlichen Stunden unter dieser Folter war ich völlig bewegungsunfähig, ohne Gefühl in den Beinen, Hüften und Armen, ich wurde mit einer Leiter weggetragen und auf ein paar Ponchos in einem Schuppen geworfen, wo noch mehr Genossen waren. (...)

Das, was ich berichtet habe, ist nur ein kleiner Prozentsatz der verschiedenen Methoden und Formen, wie die Gefangenen behandelt wurden. Aber es ist sehr wichtig, die im Gegensatz dazu stehende Solidarität, das Verhalten und den gegenseitigen Respekt unter den gefangenen Genossen hervorzuheben. Ihre große menschliche Wärme und Festigkeit angesichts der Kerkermeister drückte sich in Tausenden verschiedenen Formen aus: z.B. wenn neue Genossen aus den Quartieren kamen, immer mit Zeichen der erlittenen Quälereien und Zwangsarbeit, fanden sich Art und

Weisen, die anfängliche Isolierung zu durchbrechen und die ärmlichen Habseligkeiten mit den Ankommenden zu teilen, indem man ihnen sofort Kleidung, Schuhe, Essen, Kaffee, Tee oder Mate zukommen läßt. Die besten Thermosflaschen mit heißen Getränken nehmen den Weg zu ihnen. Die Gefangenen, die ihre Strafe verbüßt haben und den Kerker verlassen, tun das immer nur mit der Kleidung, die sie auf dem Leibe tragen, sie überlassen das, was ihr Eigentum drinnen war, dem gemeinsamen Fonds; damit kann denen geholfen werden, die es brauchen. (...)

Drinnen weiß man alles, was draußen vorgeht: sowohl in Uruguay selbst als auch im Ausland: jede Widerstandsaktion in Uruguay gegen die Ungerechtigkeit, die zügellose Verfolgung der arbeitenden Massen und die kulturelle Unterdrückung, für (...) die gewerkschaftliche und politische Freiheit (...).

Fast dreieinhalb Jahre lang war Alcides Martin Lanza Perdomo den geschilderten und anderen Foltern wie Einzel- und Isolationshaft, Zwangsarbeit, willkürlichen und sadistischen Bestrafungen, Unterernährung und mangelnder medizinischer Versorgung ausgesetzt - wie viele der Genossen, die mit ihm zusammen gefangengehalten wurden. Nach "Verbüßung seiner Haft" wurde ihm anheimgestellt, entweder weiter in Gefangenschaft zu verbleiben oder als Ausgebürgertter außer Landes zu gehen. Seit dem 1. Juli 1979 lebt er in Schweden.



## Das Volk mit der Geduld am Ende?

Fast sechs Jahre lang haben die venezolanischen Massen vergeblich darauf gewartet, daß dem Emporschnellen der Öleinnahmen auch eine entsprechende Verbesserung ihrer Lebensbedingungen folgen würde. In den Wahlen vom Dezember letzten Jahres hatte die sozialdemokratisch orientierte Acción Democrática (AD) die Quittung dafür erhalten, daß sich ihr Präsident Carlos Andrés Pérez viel um gigantische Industrieprojekte, aber wenig um die Interessen der großen Mehrheit der venezolanischen Bevölkerung gekümmert hatte; AD wurde von der christdemokratischen Opposition unter Führung des jetzigen Präsidenten Luis Herrera Campins abgelöst (vgl. LN 66 und 67). Als dann - trotz erneut steigender Einnahmen aus dem Ölsektor - die erste einschneidende wirtschaftspolitische Maßnahme des neuen Präsidenten zu einer drastischen Erhöhung der Lebenshaltungskosten führte, hatte das bloße Warten auf bessere Zeiten ein Ende.

Im August hatte die Regierung die seit Jahren bestehenden Preisbindungen von Grundnahrungsmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs aufgehoben. Die darauf folgende Preissteigerung vieler solcher Produkte traf natürlich in erster Linie die Masse der ärmeren Venezolaner. Daraufhin rief der zentrale Gewerkschaftsverband CTV zu einem landesweiten Generalstreik und zu Demonstrationen am 25. Oktober in allen größeren Städten des Landes auf, um gegen die Verteuerung der Lebenshaltung zu protestieren und eine allgemeine Lohnerhöhung zu verlangen.

Der Aufruf zum Generalstreik wurde weitgehend befolgt. Zur Demonstration gingen allein in Caracas über 300.000 Menschen auf die Straße; es war die größte Mobilisierung seit 20 Jahren. Im Stadtzentrum gingen Polizei und Militär brutal gegen die Demonstranten vor. Dutzende Schwerverletzte waren die Folge, und von 700 Verhaftungen ist die Rede. Die erbitterte Menge ließ Bankfilialen und Autos in Flammen aufgehen.



Demonstration  
in  
Caracas

Diese Ereignisse haben in Venezuela eine Protestwelle ausgelöst, die nun schon über zwei Wochen anhält. Wegen anhaltenden Demonstrationen wurden in der letzten Woche die Oberschulen geschlossen. Die Presseagenturen haben bisher vier Todesopfer gemeldet, einen Arbeiter, zwei Studenten und einen Schüler; die tatsächliche Zahl liegt wahrscheinlich höher.

Zur Einschätzung dieser Bewegung und ihrer weiteren Perspektive ist es nötig, auf einzelne Aspekte der politischen Entwicklung der letzten Monate etwas genauer einzugehen.

### Luis Herrera: Gegen Korruption, für die Bourgeoisie

Über die Kampagne gegen die Korruption, d.h. konkreter gegen die Korruption der Regierung Carlos Andrés Pérez, die die ersten Monate von Herreras Präsidentschaft weitgehend ausfüllte, haben wir in LN 70 und 72 berichtet. Dieser Politik folgte noch ein weiterer Schritt, der von den eigentlichen ökonomischen Problemen ablenkte: Guerrillaführern, die weitgehend noch seit den Kämpfen der 60er Jahre im Untergrund lebten und politisch arbeiteten, wurde bei Rückkehr in die politische Legalität Straffreiheit zugesichert. Der bekannteste von ihnen, Douglas Bravo, ist der Führer der Partei der venezolanischen Revolution (PRV), die sich in den 60er Jahren von der Kommunistischen Partei (PCV) abgespalte, um den bewaffneten Kampf fortzusetzen; die PCV und später auch der MAS (Movimiento al Socialismo) wurden von der PRV des Reformismus beschuldigt. Diese Politik knüpft offensichtlich an die Pazifizierungspolitik seines christdemokratischen Amtsvorgängers Rafael Caldera (Präsident von 1969 bis 1974) an, unter dem ein beträchtlicher Teil der gegenwärtigen Führer der "etablierten" linken Parteien amnestiert wurde.

Setzte diese Maßnahme noch die mit der Anti-Korruptionskampagne eingeschlagene populistische Orientierung der Regierung fort, ohne daß wirtschaftspolitisch eine klare Richtung erkennbar wurde, so mußte Luis Herrera in den letzten Monaten endgültig Farbe bekennen. Vom politischen Spektrum innerhalb der christdemokratischen Partei COPEI her war sowohl eine populistische Wendung auch im wirtschaftlichen Bereich (Lohnerhöhungen, verbesserte sozialpolitische Leistungen, mehr Mittel zur Verbesserung der Situation in den Elendsvierteln) als auch eine Wendung hin zu Positionen des (ökonomisch) liberalen Flügels der venezolanischen Bourgeoisie möglich. Die zwei wichtigsten Maßnahmen der letzten Monate deuten auf die letztgenannte Tendenz:

-Die Aufhebung der Preisbindungen entsprach einer bereits seit langem erhobenen Forderung des Unternehmerverbandes FEDECAMARAS. Als es im Mai 1977 zu erheblichen Versorgungsengpässen bei Lebensmitteln gekommen war, sprach bereits vieles dafür, daß es sich um eine weitgehend von FEDECAMARAS manipulierte künstliche Verknappung handelte; jedenfalls brach seitdem die politische Propaganda gegen die Preisbindungen nicht mehr ab. Wenn den entsprechenden industriellen und agrarischen Unternehmern Preise bezahlt würden, die eine Erweiterung der Produktion lohnend erscheinen lassen, gäbe es keine Versorgungsengpässe. Die andere Seite des Arguments, nämlich, daß die Engpässe auch dadurch beseitigt würden, daß die ärmsten Bevölkerungsgruppen sich selbst die allernotwendigsten Produkte nicht mehr verkaufen können, wurde aus gutem Grund nicht in den Vordergrund gestellt ...

Sicherlich bedeutet die eingetretene Preissteigerung vieler Lebensmittel um oft mehr als 50% eine Verbesserung der Situation des Agrarsektors, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Aufhebung der Preisbindung tatsächlich zu einem deutlichen

Ansteigen der Agrarproduktion führt. Davon wird jedoch in erster Linie der kapitalistische Sektor profitieren, der in der Lage ist, auf derartige "Anreize" flexibel zu reagieren. Diese Maßnahme trifft also in erster Linie die arme Stadtbevölkerung, ohne der armen Landbevölkerung viel zu nutzen.

- Im Oktober wurde der Haushaltsplan für 1980 vorgelegt. Er war vor allem deshalb mit Spannung erwartet worden, weil Luis Herrera seine Wahlkampagne gerade auf die Vorwürfe gestützt hatte, die Pérez-Regierung hätte die Öleinnahmen verschwendet, die laufenden Ausgaben in unverantwortlicher Weise erhöht und durch leichtsinnige Politik einen Schuldenberg aufgetürmt. Angesichts der laufenden Großprojekte im Bereich der Stahl- und Aluminiumindustrie, der Elektrizitätsgewinnung und des Ausbaus der Infrastruktur war klar, daß an eine Verringerung der Staatsausgaben kaum zu denken war; das Budget liegt denn auch mit 57,08 Mrd. Bolívares (etwa 25 Mrd. DM) um 23% über dem vom vorigen Präsidenten aufgestellten Haushaltsplan für 1979 - die laufenden Ausgaben steigen um weitere 14%. Die Staatsverschuldung ist 1979 um 32% gestiegen, und es erscheint sehr unwahrscheinlich, daß es 1980 bei der vorgesehenen Zunahme um nur 1% bleibt. Von neuen sozialpolitischen Initiativen ist bei alledem nicht die Rede.

Deutet der Haushaltsplan also in erster Linie auf Kontinuität hin - was, u.a. gemäß der radikalen Kritik von COPEL an der Pérez-Regierung, eine schlechte Kontinuität ist -, so deutet die Aufhebung der Preisbindung, global gesagt, eine Rechtswendung der Wirtschaftspolitik an. Wird diese Politik fortgesetzt, ist eine Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen zu erwarten.

### Die politische Opposition

Wie gesagt, hatte der Gewerkschaftsdachverband CTV zum Generalstreik und zu den Demonstrationen vom 25. Oktober aufgerufen. Für venezolanische Verhältnisse ist das etwas sehr Außergewöhnliches, da AD als eindeutig führende politische Kraft in der CTV Massenaktionen eher verhindert als gefördert hat. Nun befindet sich AD seit März dieses Jahres in der Opposition, und hat darüber hinaus in den Gemeindewahlen vom 3. Juni eine vernichtende Niederlage erlitten (vgl. LN 72). Es lag nahe, daß die Partei aus der gegenwärtigen regierungsfeindlichen Stimmung Kapital schlagen wollte und darüber hinaus auch die innerparteiliche Krise zu überspielen suchte, in die sie die Korruptionsaffären der Regierung Pérez gestürzt haben. Aber schon die großen Aktionen der letzten Wochen gerieten schnell außer Kontrolle, und angesichts der im Volke noch sehr lebendigen Erinnerung an die Pérez-Regierung kann sich eine Mobilisierungspolitik von Acción Democrática nur als ein Bumerang erweisen.

Ob die linken Parteien allerdings in der Lage sein werden, dieser Protestbewegung eine politische Perspektive zu geben, ist zumindest fraglich. Zunächst einmal ist die "parlamentarische Linke" - d.h. vor allem MAS, die Kommunistische Partei und der venezolanische MIR - von der Schärfe und Breite des Protests selbst überrascht worden. In den letzten Jahren jedenfalls war die Linke nicht in der Lage gewesen, ein konkretes Bild von der Andersartigkeit einer sozialistischen Gesellschaft zu entwerfen und eine klare politische Kampfperspektive zu entwickeln. Aber vielleicht hilft die spontane Mobilisierung der letzten Wochen der organisierten Linken auf dem Wege dahin.

## GUATEMALA

### Interview mit einem Gewerkschaftsführer

Am 3. und 4. November fand in Antwerpen ein Treffen mehrerer europäischer Solidaritätsgruppen für Guatemala statt. Teilnehmer waren 35 Delegierte aus folgenden Ländern: Frankreich, England, BRD, Schweden, Schweiz, Spanien, Belgien und Holland. Aus Guatemala und aus dem costa-ricensischen Exil waren die Gewerkschaftsführer Miguel Angel Albizures und Ismael Marquez gekommen, um über die aktuelle Situation in Guatemala zu berichten und die Solidaritätsarbeit der verschiedenen Gruppen besser zu koordinieren. Weiteres Ziel des Treffens war die Verbesserung des Informationsflusses in der Zukunft. Bei dieser Gelegenheit stellten wir Miguel Angel folgende Fragen:

**Fr.:** Welche Organisationen repräsentierst du?

**Antw.:** Nun, ich komme als Repräsentant der CNUS (COMITE NACIONAL DE UNIDAD SINDICAL/Nationales Komitee der gewerkschaftlichen Einheit) und der FRENTE DEMOCRATICO CONTRA LA REPRISION/Demokratische Front gegen die Repression). Die CNUS ist die Organisation, die den größten Teil der Gewerkschafts- und Bauernorganisationen vereinigt. 98 % der Gewerkschaftsorganisationen sind in der CNUS organisiert. Sie hat es übernommen, alle Verletzungen der gewerkschaftlichen Rechte anzuprangern und die demokratischen Rechte wiederherzustellen.

Die FRENTE DEMOCRATICO CONTRA LA REPRISION wurde am 24. März 1979 gegründet. An der Gründungsversammlung nahmen ca. 170 verschiedene Organisationen teil, die durch 700 Delegierte vertreten wurden. Trotz der starken Repression war es uns möglich, diese Gründungsversammlung in Guatemala Stadt abzuhalten und eine gemeinsame Plattform für den Kampf zu entwickeln. In der FRENTE sind integriert: die CNUS, die Angestellten des öffentlichen Dienstes, die Bauern, die Bewohner der Elendsviertel, die Studenten mit ihren verschiedenen Organisationen, verschiedene 'Colegios Profesionales', verschiedene Schülerorganisationen der Sekundarstufe und zwei politische Parteien: die PSD (Partido Socialista Democrático/Sozialdemokratische Partei) und die FUR (Frente Unido de la Revolución, Vereinigte Revolutionäre Front).

Die FRENTE stellt eine gemeinsame Basis für verschiedene Organisationen dar, die für die Wiederherstellung der demokratischen Rechte des guatemalteckischen Volkes kämpfen und die bestehende Militärdiktatur des Generals Lucas Garcia ablehnen.

In der gegebenen Situation der Unterdrückung hat die FRENTE die Notwendigkeit gesehen, im Ausland eine Vertretung zu schaffen. Diese Vertretung in San José/Costa Rica soll dazu dienen, den verschiedenen Solidaritätsgruppen zu Guatemala Informationen zu geben. Es haben sich Solidaritätsgruppen nicht nur in Europa, sondern auch in Lateinamerika und in USA gebildet. Die Vertretung in Costa Rica will sowohl Informationen an die bestehenden Gruppen im Ausland wie auch an die Organisationen des Volkes in Guatemala selber geben. Denn es ist unsicher und gefährlich, aus Guatemala Post ins Ausland zu schicken, wie es auch unsicher ist, daß Informationen in Guatemala ankommen. Wenn die Adressaten Institu-

tionen oder Mitglieder einer demokratischen Organisation sind. Deshalb denken wir daran, 3 Vertretungen der PRENTE im Ausland zu schaffen; eine in Costa Rica, die zuständig ist für Lateinamerika und die Karibik, eine in Mexiko, die zuständig ist für Mexiko, USA und Kanada, und eine in Europa, die zuständig ist für Europa und Afrika.

Fr.: Was glaubst du bringt dieses Treffen auf europäischer Ebene.

Antw.: Nun, ich glaube, daß wir von der Seite der europäischen Solidaritätsgruppen schon Unterstützung bekommen haben, die uns beim Kampf in Guatemala nützlich war. Dieses erste europäische Treffen ist für uns sehr wichtig, weil es sich darum handelt, auf der Ebene der Solidaritätsgruppen eine Reihe von Aktionen zu koordinieren, die das Ziel haben, die Regierung von Guatemala zu isolieren, die Repression öffentlich zu machen und die Solidarität in materieller und moralischer Hinsicht mit dem guatemalteckischen Volk zu stärken, das gegen die jetzige Regierung kämpft.

Fr.: Kannst du uns etwas über die momentane politische Situation sagen, in der das guatemalteckische Volk lebt?

Antw.: Momentan versucht die Regierung durch verschiedene Maßnahmen eine Situation des Terrors zu schaffen, mit der die Mobilisierung der Bevölkerung verhindert werden soll. Das zeigt sich vor allem in der Repression, die man gegen die unteren Bevölkerungsschichten ausübt, und in der hohen Zahl der Morde, die begangen werden; es werden täglich 8-10 Menschen umgebracht. Die Repression zeigt sich außerdem in den ständigen Verhaftungen derer, die gegen diesen Zustand protestieren, und in der allgemeinen Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der aktuellen politischen Situation.

Die Unterdrückung ist sehr stark, wenn man außerdem die ökonom., kulturellen, gesundheitlichen und Erziehungs-Aspekte in Rechnung stellt, in all diesen Hinsichten ist die Lebenssituation des guatemalteckischen Volkes erbärmlich. In ökonomischer Hinsicht zeigt sich das in der Einfrierung der Löhne, während die Preise für Grundnahrungsmittel ständig steigen. Ein Beispiel mag das zeigen: der gesetzlich festgelegte Mindestlohn im Industriesektor erreicht momentan kaum 2 Quetzales täglich (1 Quetzal= 100 centavos= 1 Dollar), im Agrarsektor beträgt er einen Quetzal täglich, wobei es viele Sektoren gibt, in denen nicht einmal dieser Mindestlohn gezahlt wird. In den nationalen regierungseigenen Fincas zahlt man Löhne von 60 centavos täglich, während auf den privaten Fincas, wo die Besitzer unkontrolliert tun können, was sie wollen, vielfach Tageslöhne von nur 25 cent. gezahlt werden.

Bei diesem Beispiel muß man in Rechnung stellen, daß z.B. ein Pfund Zucker, das vorher 8 centavos kostete, nun 16 centavos kostet. Das Pfund Bohnen (Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung) kostete bisher 10 centavos und kostet nun 30-33 centavos. Dies zeigt den enorm hohen Anstieg der Preise für die Produkte des täglichen Gebrauchs.

Fr.: Im August dieses Jahres wurde die Kalvarienkirche in der Hauptstadt Guatemalas von Bauern besetzt. Kannst du uns näheres darüber erzählen?

Antw.: Da muß man weiter ausholen. Die Arbeiter der Finca 'El Isotal' haben angefangen sich seit einem Jahr gewerkschaftlich zu organisieren. Aber die von ihnen vorgetragenen Probleme wurden nicht in Angriff genommen. (Die Finca 'El Isotal' liegt

nahe bei Chimaltenango, ungefähr 60 Km von der Hauptstadt entfernt). Schließlich legten die Arbeiter eine Reihe von Forderungen vor, und die Antwort darauf war, daß verschiedene von ihrer Arbeitsstelle entlassen wurden. Unmittelbar danach begannen in der Hauptstadt Verhandlungen mit den zuständigen Behörden und mit dem Arbeitsministerium, wo man versuchte zu einer Übereinkunft zu kommen. Dabei wurde die Zusammenarbeit zwischen den gerichtlichen und administrativen Behörden und den Großgrundbesitzern offensichtlich. Kein einziges der von den Arbeitern vorgetragenen Probleme wurde gelöst, und das, nachdem sie über ein Jahr versucht hatten, dies mit den Besitzern der Finca und den zuständigen Behörden zu besprechen. So entschlossen sich die campesinos, einen Protestmarsch von der Finca, wo sie leben und arbeiten, bis zur Hauptstadt zu machen. Dieser Protestmarsch, der am 4. August 1979 beginnen sollte, wurde vehement durch Polizeigewalt bzw. durch mobile Einsatzkommandos unterdrückt. Die Regierung, die diese Maßnahme gegen die campesinos rechtfertigte, sagte, daß es überhaupt keine Erlaubnis für diese Art des Protestes gegeben habe.

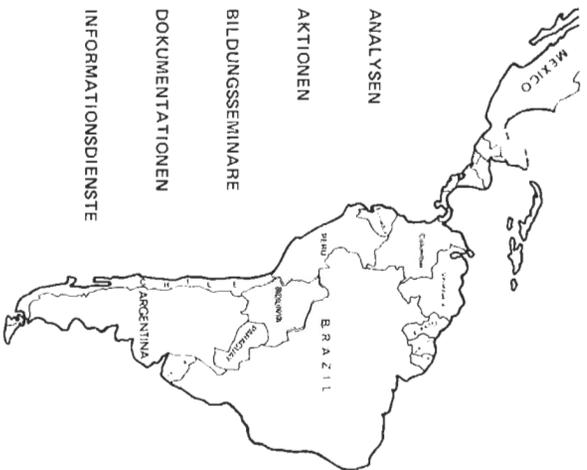
Obwohl ohne Zweifel die Verfassung der Republik Guatemala sehr klar besagt, daß man das Recht hat, sich zu versammeln, eine Kundgebung abzuhalten und daß dies Rechte sind, die weder geschmälert noch verkürzt werden dürfen. Nun, das kümmert die Regierung überhaupt nicht, was in der Verfassung steht, und sie hat immer wieder gegen diese Verfassung verstoßen.

Als dieser Protestmarsch scheiterte und mehrere campesinos verhaftet und eingekerkert wurden, entschieden sich schließlich die übrigbleibenden, durch die CNUS beraten, die Kalvarienkirche in der Hauptstadt zu besetzen und den Priester dieser Kirche zu bitten, sich für sie und ihre Probleme einzusetzen. Die Bestürzung der campesinos war groß, als dieser Priester Ciron Perrón die Polizei rief und dieser den Eintritt in die Kirche erlaubte. In der Kirche wurden 40 campesinos festgenommen und in verschiedene Gefängnisse gebracht. Am selben Tag wurden noch am Mittag 28 campesinos freigelassen, nachdem sie allerdings durch den Chef der Geheimpolizei ("La Judicial") bedroht worden waren, die übrigen zwölf blieben weiterhin in Haft. Zweieinhalb Stunden später, um 14.30 Uhr wurde einer der campesinos - derjenige, der die Besetzung der Kirche angeführt hatte und dann mit den anderen verhaftet worden war - ermordet aufgefunden, erschossen und mit deutlichen Spuren der Folterung, was eine klare Beteiligung der staatlichen Polizei an dieser Form der Repression beweist.

In den folgenden Tagen begann man verschiedene Aktionen gegen die Ermordung des compañero Julio César Archila und man verteilte eine Erklärung an die Presse, den Rundfunk und die Behörden, in der über diesen Fall berichtet wurde. Mit der CNT arbeiteten zwei compañeros, Yolanda Urizar Aguilar, 16 Jahre alt, und Freddy Valiente Contreras, 17 Jahre alt. Diese beiden sollten zu dem Gerichtsgebäude gehen, wo die Verhandlung stattgefunden hatte, und dort wurden sie aber von der Polizei verhaftet. Später wurden entsprechend der Verfassung Erkundigungen eingezogen über den Verbleib der Verhafteten, aber keiner der angesprochenen Richter wollte sich mit dem Fall befassen. Erst sieben Stunden später erfuhr man, daß die beiden verhafteten compañeros aufs grausamste gefoltert worden waren.

Nach der Erklärung der compañera Yolanda, die nicht nur in der Arbeiterbewegung, sondern auch in der Studentenbewegung aktiv ist, hat der Chef der Geheimpolizei selbst angefangen, sie zu schlagen, sie auf den Boden geworfen und später griffen dann andere Geheimpolizisten ein, zogen sie aus und vergewaltigten sie. Sie selbst hat dann das Bewußtsein verloren...

FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM  
CHILE - LATINAMERIKA e.V.  
SAVIGNYPLATZ 5 1000 BERLIN 12 TEL. (030) 313 50 65  
Postfachkonto: Berlin-West 17 69 66 - 104



LATEINAMERIKA - ZEITSCHRIFTENARCHIV  
- BILDARCHIV  
- MEDIENARCHIV

#### WAS IST DAS FDCL

Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika wurde 1974 mit dem Ziel gegründet, umfangreiche private Sammlungen von Informationsmaterial über Chile und andere lateinamerikanische Länder zu einem Archiv zusammenzufassen.

Hervorgegangen aus der Chile Solidaritätsbewegung versteht sich das FDCL als notwendige Informationsquelle für Solidaritätsarbeit mit den Völkern Lateinamerikas.

Das FDCL ist heute zu einem breit nutzbaren Informationszentrum ausgebaut worden, das gezielt und rasch Informationsmaterial zu einzelnen Ländern und Problemen Lateinamerikas zur Verfügung stellen kann und zunehmend auch selbst Analysen, Dokumentationen und Bildungsmaterial erstellt.

Ein Fotoarchiv und ein Medienarchiv (Filme, Dia-Ton-Serien, Ausstellungen) sind dem FDCL angegliedert.

Das FDCL ist ein gemeinnütziger Verein.

#### WAS WILL DAS FDCL

Das FDCL hat nach seiner Satzung die Förderung von Wissenschaft, Forschung, Bildung und Erziehung zu Themen über Lateinamerika zum Ziel. Es will damit einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten.

#### WAS MACHT DAS FDCL

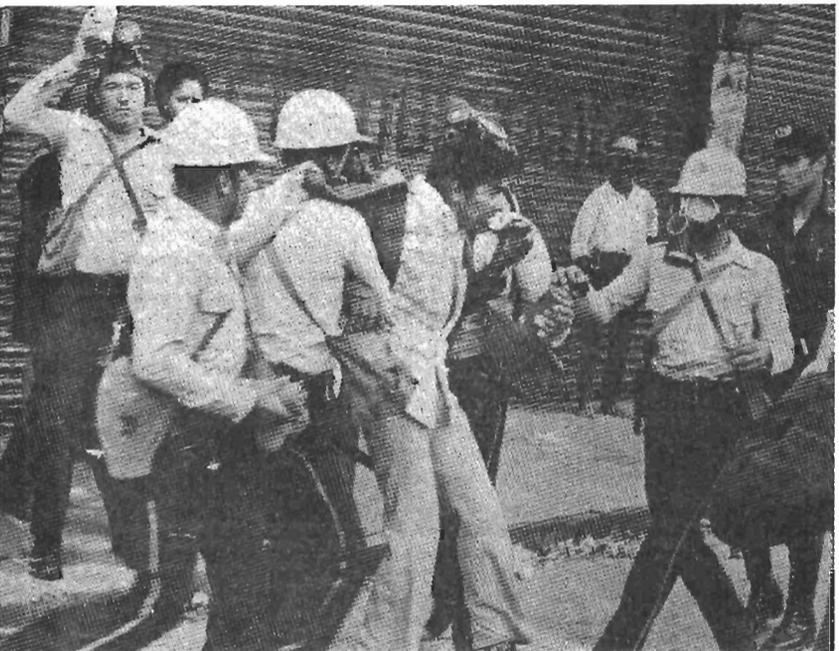
Über sein Archiv vermittelt das FDCL Informationen zu Lateinamerika. Zu seinen regelmäßigen Benutzern zählen u.a. amnesty international, gewerkschaftliche und kirchliche Gruppen, Lateinamerika-Solidaritätsgruppen, Lehrer, Journalisten, Studenten und Wissenschaftler (darunter viele Lateinamerikaner).

Das FDCL führt bildungspolitische Seminare durch mit den Schwerpunkten: Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Lateinamerika auf ökonomischer, gewerkschaftlicher und politischer Ebene.

Das FDCL fördert Projekte, die der unabhängigen sozialen und ökonomischen Entwicklung Lateinamerikas dienen.

Es leistet ideelle und materielle Hilfe für Verfolgte im Sinne der UN-Menschenrechtskonvention.

Diese Fälle sind nicht selten in Guatemala; was man an ihnen sehen kann, ist die direkte Beteiligung der staatlichen Polizei. Die compañeros Yolanda und Freddy sind bis heute nicht frei, im Gegenteil; die Meinung des Richters ist, daß man sie nicht freilassen darf, sondern daß sie in ein Erziehungsheim für Minderjährige gehören. Diese Erziehungsheime dienen wahrhaftig nicht der Erziehung, sondern eher der Verkrüppelung von Jugendlichen. Es gibt dort nichts, was irgendwie zur Wiederherstellung der Jugendlichen beitragen könnte, zum anderen gibt es keinen Grund, sie dort festzuhalten, weil es nichts gibt, was sie getan haben; sie haben in keiner Weise irgendein Verbrechen begangen, vielmehr sind sie selbst Opfer der Polizei geworden. Die Meinung des Richters ist, daß er damit einverstanden wäre, sie freizulassen, wenn sie das Land verließen. D.h., daß die Behörden selbst diese zwei Jugendlichen zwingen wollen, ihr Land zu verlassen, ins Exil zu gehen, wo sie doch das volle Recht haben, in ihrem Land zu leben. Aber damit war der Konflikt noch nicht beendet. Die Proteste haben bis heute angehalten und gleichzeitig haben die Maßnahmen gegen die campesinos sich bis heute fortgesetzt.



# CHILENISCHE GRUPPE WUPPERTAL



# CHILE 1979

## Eine Information

zur sozialen Situation in Chile

-- und wie man konkret helfen kann

v.i.S.d.P. und Kontaktadresse  
JÜRGEN WINTER  
CHILENISCHE GRUPPE WUPPERTAL

PLATZHOFFSTR. 13  
56 WUPPERTAL 1

Tel.: (0202) 3015 23

1980 plant das FDCL die Herausgabe eines Informationsdienstes mit aktuellen Nachrichten aus der Gewerkschaftsbewegung, über die Tätigkeit multinationaler Konzerne und über Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika.

Dieser Informationsdienst ergänzt die Analysen und Berichte der LATEINAMERIKANACHRICHTEN mit aktuellen Informationen, die möglichst schnell in der Öffentlichkeit verbreitet werden sollen.

### WER TRÄGT DAS FDCL

Das FDCL wird vornehmlich durch den persönlichen Einsatz seiner Mitglieder sowie durch Spenden seines FÖRDERERKREISES getragen.

Der FÖRDERERKREIS FDCL wird regelmäßig (mindestens einmal im Jahr) über die Aktivitäten des FDCL in einem Rundbrief informiert. Jeder Förderer erhält kostenlos oder zu einem Vorzugspreis die Publikationen des FDCL.

BEITRITTSERKLÄRUNG für den  
FÖRDERERKREIS FDCL

PUBLIKATIONEN des FDCL

einsetzen an: FDCL  
Savignyplatz 5  
1000 BERLIN 12

Ich erkläre meinen Beitritt zum  
FÖRDERERKREIS FDCL

Meinen Beitrag von mtl.....DM  
überweise ich (per Dauerauftrag)  
mtl./viertel-/halb-/ganzjährlich  
auf  
PSchKto.FDCL, Nr. 17 69 66 - 104  
PSchAmt Berlin West

- "Fußball und Folter - Argentinien WM '78" (in Zusammenarbeit mit der Vereinigung Internationaler Kulturaustausch Westberlin)
- "Kinder des Elends" (in Zusammenarbeit mit der Vereinigung Internationaler Kulturaustausch Westberlin)
- Zwei Kinderbücher (deutsch-span.) (in Zusammenarbeit mit dem Equipo de Ediciones Educativas "La Semilla" Lima/Perú)

- Fliege Kleiner Drachen  
(Vuela Cometa)

- Die mutigen Mäuse  
(Los ratoncitos valientes)

Geeignet für Kinder von 5-8 Jahren  
zum Vorlesen, selber Lesen, anmalen

FDCL-Katalog I (Zeitungen und  
Zeitschriften zu Chile)

FDCL-Katalog II (Zeitungen und  
Zeitschriften zu Lateinamerika)

Ich unterstütze die Arbeit des FDCL  
mit einer einmaligen Spende in Höhe  
von DM.....

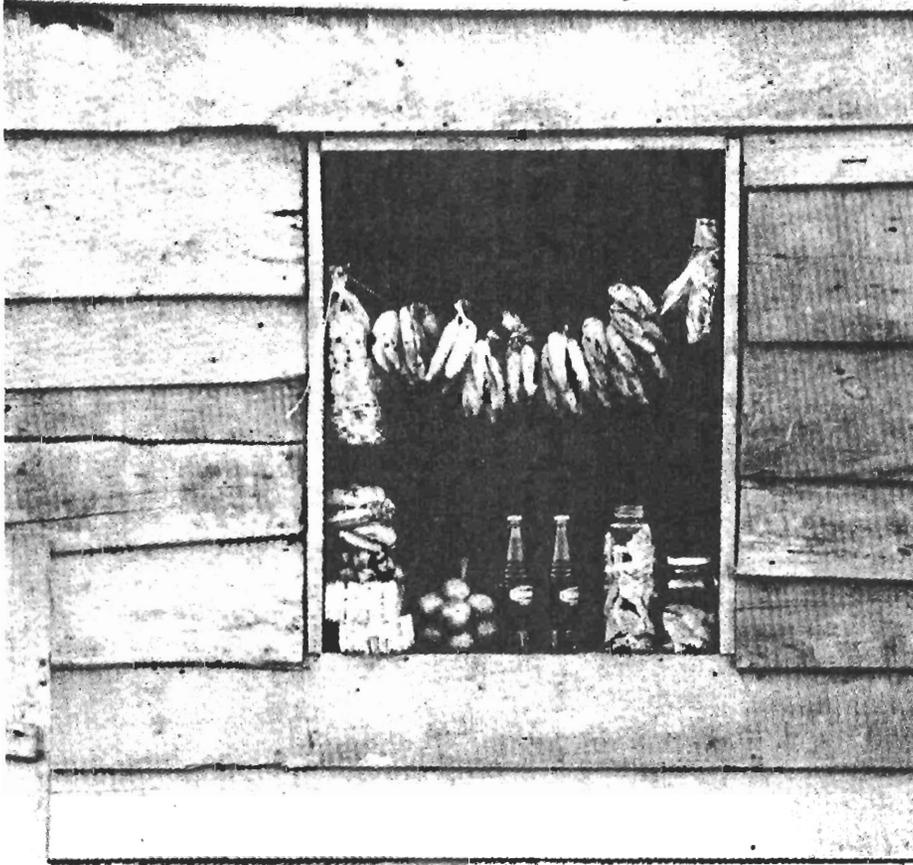
Datum:.....

Unterschrift:.....

# EINBLICK

diá Kalender 1980

BEGEGNUNGEN IM NORDOSTEN VON  
SPANIEN



## DritteWeltLaden

Petra Bald-Lotz  
Bücher · Schallplatten · Waren  
Verkauf und Vertrieb  
Friedrichstraße 10  
5600 Wuppertal 1  
Telefon: 0202-440039

diá

Lateinamerikanische Kulturvereinigung  
Société Culturelle Latino-Américaine  
Sociedad Cultural Latinoamericana  
Postfach 140, CH-9000 St.Gallen

# KIRCHE IN LATEINAMERIKA

SONDERNUMMER DER LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

BERLIN(WEST) APRIL 1979 Solidaritätspreis DM 8,-



Wanderer es gibt keinen Weg, der Weg entsteht  
beim Gehen. Der Weg das sind deine Fußstap-  
fen und sonst nichts.

Antonio Machado

Diese Sondernummer umfaßt Berichte, Analysen und  
Dokumente zur Situation der Kirche in Lateinamerika -  
unter besonderem Bezug auf die Bischofskonferenz in  
Puebla.

Umfang: 208 Seiten; Preis DM 8,-

Zu beziehen bei: LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN,  
c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12